

<i>Wirtschaftspolitik:</i> <i>Neue Weltordnung – eine Verschwörung?</i>	36
<i>Sozialpolitik:</i> <i>Human-ökologisches Grundeinkommen</i>	41
<i>Wahlkampf:</i> <i>Bundestagswahl 2017 – nur mit uns!</i>	48



Das ÖDP-Journal
Nr. 170 Mai 2016

Ökologie Politik

Fluchtursachen



UMSCHAU

Ökolumne: Europa und der Terror	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: FLUCHTURSACHEN

Rolle der Europäischen Union	
Hunger wird billigend in Kauf genommen von Prof. Dr. Klaus Buchner, MdEP	10
Freihandelsabkommen	
Europa plündert Afrika von Mike Nagler	14
Klimawandel	
„Oft ein Verstärker bestehender Probleme“ Interview mit Jan Kowalzig	16
Menschenrechtsverletzungen	
„Die wenigsten Flüchtlinge kommen nach Europa“ Interview mit Wiebke Judith	20
Fluchtrouten und Auffanglager	
Fortsetzung einer humanitären Katastrophe von Sarah Hammerl	22
Unterrichtsmaterialien	
Warum? Wie? Wohin? von Petra Gaidetzka	24

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Zahlen und Fakten 2015	
Mehr Asylsuchende als je zuvor von Dirk Morlok	26
Asylrecht und Menschenrechte	
Die Mär der rechtswidrigen Flüchtlingspolitik von Hermann Striedl	28
Lehren, Chancen, Perspektiven	
Brain gain statt brain drain von Ulrich Post	30
Flüchtlingsunterkünfte	
Wohnraum, keine Stahlcontainer! von Günther Hartmann	32

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

New World Order	
Entflechtung einer Verschwörungstheorie von Paul Holmes	36
Über Yanis Varoufakis' „Time for Change“	
Die rote oder die blaue Pille? von Bernd Wimmer	39
Human-ökologisches Grundeinkommen	
„Pro Monat 1.000 Euro“ Interview mit Kurt Rieder	41

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	44
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	45
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	47
Wahlkampfmodus eingeschaltet Bundestagswahl 2017 – nur mit uns! von Volker Behrend und Florence von Bodisco	48
Verbände	50
Neues aus der ÖDP	54
Presseticker	62
Leserbriefe	64
Impressum	67

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: Kashif Syed/Oxiam

Liebe Leserinnen und Leser,

was würden Sie machen, wenn eine Bombe Ihre Kinder töten würde? Wenn Sie von der ortsansässigen Polizei wegen Ihrer Aktivität in einer Umweltschutzinitiative gefoltert werden würden? Würden Sie bleiben, wo Sie wohnen, woher Sie stammen, wo Sie aufgewachsen sind? Wohl kaum!

Absolut en vogue ist in diesen Tagen und Monaten der Flüchtlingskrise das politische Gerede über die Fluchtursachen geworden. Die Bekämpfung dieser Fluchtursachen – ein wesentlicher Programmpunkt der ÖDP – steht nun in jedem Redemanuskript eines klugen Politikers. Zynischerweise wird erst über die Gesamtproblematik gesprochen, seit sich Millionen von Menschen auf den Weg gemacht haben und nicht mehr wie bisher zumeist erfolglos an den Außengrenzen der Europäischen Union scheitern.

Jahrelang hat uns das Schicksal der Geflüchteten, in unseren klimatisierten Autos sitzend, hier in Europa doch eigentlich kaum interessiert. Aber nun, seitdem die Flüchtlinge mit verängstigten und zermürbten Gesichtern auf unseren Straßen auftauchen, geht auch bei uns im Land die Angst um. So viel Angst, dass plötzlich eine Partei in die Parlamente schießt, die zwar viel lamentiert, aber auch keine Lösungen für die massenhafte Flucht von Millionen von Menschen weltweit anzubieten hat.

Anstatt beim Thema Fluchtursachen ernst zu machen und endlich den Hunger, die Armut, die Kriege, den Klimawandel, die Umweltzerstörung, unsere destruktiven Konsummuster und so vieles mehr glaubwürdig zu bekämpfen, verharren viele in Angst vor dem vermeintlich Fremden und der alte Kontinent (zer-)fällt in die Zeit der Zäune und Mauern zurück.

Ohne eine großzügige Aufnahme von Geflüchteten wird es, das sei allen Verängstigten gesagt, wohl nicht gehen. Den Schießbefehl an unseren Grenzen darf es nie wieder geben! Das größere Leid erfahren diejenigen, die ihre Heimat verlassen mussten. Eine Bekämpfung der Fluchtursachen wird nur mittel- bis langfristig zu machen sein. Im Kern sind die Grundforderungen der ÖDP-Programmatik die Leitlinie für eine gerechtere Welt, in der in der Folge auch weniger Menschen ihrer Heimat den Rücken kehren müssten. In der Zwischenzeit braucht es einen Marshallplan für den Nahen Osten und Nordafrika, wie es der ÖDP-Politiker Bernhard Suttner fordert, und es muss Schluss sein mit der geplanten Ideenlosigkeit, beispielsweise bei der Unterbringung der Geflüchteten in tristen Containern. Wir brauchen die pure Einsicht, dass wir Menschen in Not helfen müssen. Die Gründe für ihre Not sind dabei erst einmal völlig egal. Während der Weltkriege sprach in Amerika niemand von der Bekämpfung der Fluchtursachen, als Millionen von Europäern den Kontinent wegen Krieg und Faschismus verließen.

Mit unserem Zynismus muss Schluss sein – lasst uns unseren Nächsten helfen und dennoch den Ursachen ihres Leids auf den Grund gehen. Die ÖDP steht für eine Politik, die beide Themen in den Mittelpunkt rückt.

Es grüßen Sie herzlich

Pablo Ziller

Günther Hartmann



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Europa und der Terror

In den letzten Jahren erleben wir in Europa immer wieder islamistische Terroranschläge – in Madrid, London, Paris und jetzt in Brüssel. Meistens handelte es sich bei den Attentätern um radikalisierte Kriegsheimkehrer mit Zugang zu Waffen, Sprengstoffen und Terrorwissen. Sie sind in Europa aufgewachsen und haben sich hier radikalisiert, meistens in Moscheen, wo die Imame von Saudi-Arabien bezahlt werden und die wahhabistische oder salafistische Auslegung des Islams dominiert. Das ist zumindest in Frankreich und Belgien so. Auch in Deutschland entstand die salafistische Szene in Bonn in saudischen Einrichtungen, die inzwischen verboten wurden. Dort gab es auch die ersten Anschlagversuche in Deutschland.

Der Salafismus ist eine ultrakonservative Strömung innerhalb des Islams. Ihre Anhänger wünschen sich einen islamischen Staat. Es gibt im Salafismus viele Anhänger, die davon überzeugt sind, dass man die islamischen Normen (Scharia) auch mit Gewalt durchsetzen muss. Muslime mit anderen Glaubensauffassungen werden als „Ungläubige“ bekämpft. Salafisten gehen gezielt auf besonders labile und haltlose Jugendliche zu, um sie zu radikalisieren. Der Islam wird benutzt, um Unterschiede zu betonen und unangemessenes Verhalten bis hin zum Terror zu rechtfertigen.

Die Proteste in Dänemark gegen die Mohammed-Karikaturen wurden besonders von der damaligen islamistischen ägyptischen Regierung initiiert. Die Pariser Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ hatte die dänischen Karikaturen der Zeitung „Jyllands Posten“ nachgedruckt und dann auch später eigene Mo-

Wer Kriege sät, wird Flüchtlinge ernten.

ammed-Karikaturen veröffentlicht. In Paris wurden die Terroranschläge vom IS durchgeführt mit dem Ziel, die Muslime zu radikalieren und sie für sich zu rekrutieren, aber die große Mehrheit der Muslime nimmt dem IS seine Propaganda nicht ab.

Bisher scheiterte eine Koalition der Vernunft daran, dass der Westen in der Vergangenheit häufig versucht hat, islamistische Kräfte gegen gegnerische Regimes zu instrumentalisieren. Beispiele dafür waren Libyen und Afghanistan. Das Zerstückeln von Staaten wird oft durch Interventionen vorangetrieben. Dies ist eine gängige Praxis, um Einflusszonen der Großmächte zu sichern. Russland setzt heute auf die Schaffung eines Rumpfstaaes in Westsyrien. Die türkische Regierung unter Erdogan treibt selber

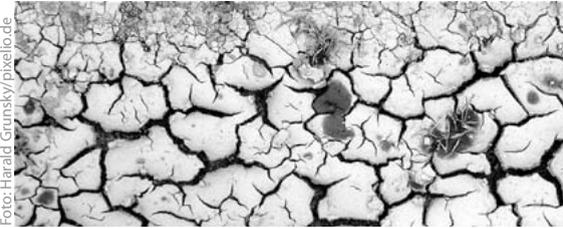
die Re-Islamisierung seiner Gesellschaft voran und ist zugleich daran interessiert, durch eine Schwächung der kurdischen Autonomiebewegung den Norden und Westen Syriens in eine eigene Einflusszone zu verwandeln. Saudi-Arabien hat den IS und die anderen Dschihadisten mit Geld und Waffen unterstützt. Die Türkei, Saudi-Arabien und das syrische Assad-Regime haben für ihre eigenen Interessen mit dem IS heimlich kooperiert. Russland und die Türkei versuchen sich jetzt über die Zuspitzung von Konflikten, Vorteile gegenüber der EU zu erpressen.

Jedoch gilt: Wer Kriege sät, wird Flüchtlinge ernten. Es gibt Fluchtursachen, die so gravierend sind, dass sie für Generationen irreparabel sein werden. Die Industriestaaten haben die Bodenschätze an sich gerissen und dabei Umwelt und Grundwasser vergiftet. Die Afrikaner verlieren durch die subventionierten Lebensmittel der Amerikaner, Europäer und Japaner rund 20 Mrd. Dollar pro Jahr – das Doppelte der Entwicklungshilfe, die nach Afrika fließt. Weder die kleinbäuerliche Landwirtschaft noch die Fischerei ist der Konkurrenz auf dem Weltmarkt dauerhaft gewachsen. Oft werden die bisherigen Bewohner und Nutzer des Landes vertrieben. In Afrika südlich der Sahara zählt die UNO gegenwärtig 206 Mio. Hungernde.

Die in den Dritte-Welt-Staaten auftretenden Verteilungskämpfe um die wenigen Reichtumsquellen, die es in den Ländern gibt, machen Korruption und politische Machtkämpfe zu einem Dauerzustand. So entstehen Bürgerkriege, in denen die Menschen auf Grundlage ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten um die verbleibenden Ressourcen kämpfen.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

El Niño sorgt in Äthiopien für schwere Dürren



Bereits im April könnten mehr als 10 Mio. Menschen in Äthiopien von einer akuten Hungerkrise bedroht sein, warnt die internationale Hilfsorganisation CARE. Aufgrund des Wetterphänomens El Niño durchlebt das Land am Horn von Afrika schon das zweite Dürrejahr in Folge. In manchen Gebieten ist die Produktion von Getreide um 70 % gefallen. El Niño hat Äthiopien und viele andere Länder des afrikanischen Kontinents so stark getroffen wie schon lange nicht mehr. Gerade arme Familien, die keine Reserven bilden können, stehen jetzt vor dem Nichts.

» <http://tinyurl.com/h9qnqwo>

Russland unterstützt Rechtsextremisten in der EU

Seit Herbst 2015 beobachtet die EU-Kommission Propagandaaktivitäten Russlands in Europa. Aufgefallen ist ihr dabei die Unterstützung rechtsextremer Gruppierungen. Als Ziel wird die Destabilisierung der EU und der NATO vermutet. So reiste im Oktober 2015 AfD-Vizechef Alexander Gauland mit einer Parteidelegation nach Sankt Petersburg – auf Kosten der Stiftung „Sankt Basilius der Große“, hinter der der russische Oligarch Konstantin Malofejew steckt, der auch beschuldigt wird, prorussische Kämpfer in der Ostukraine zu finanzieren. Gegen den Unternehmer hatte die EU deshalb ein Einreiseverbot verhängt.

» <http://tinyurl.com/gr67v4z>

Attac bleibt Gemeinnützigkeit weiterhin verweigert

Das Finanzamt Frankfurt verweigert der globalisierungskritischen Organisation Attac weiterhin die Gemeinnützigkeit. Der Einspruch des Trägervereins gegen

den aberkennenden Bescheid wurde abgelehnt. Attac will gegen diese Entscheidung klagen, doch bis zur endgültigen Entscheidung können Jahre vergehen. Bis dahin wird Attac ohne den Status der Gemeinnützigkeit weiter seine Satzungszwecke erfüllen, obwohl die Organisation nun keine öffentlichen Zuschüsse oder Zuwendungen von Stiftungen erhalten kann.

» <http://tinyurl.com/hospvt3>

Untätigkeit bei Gefahren durch Umwelthormone

Die Bundesregierung nimmt die Gefahren von Umwelthormonen, sogenannte „endokrine Disruptoren“ (EDCs), nicht ernst und erachtet Gesetze und Informationsprogramme als unnötig. EDCs gelten als mögliche Ursache von Brustkrebs, Hodenkrebs, Hodenhochstand, Unfruchtbarkeit, Diabetes und Übergewicht. Wissenschaftler der Weltgesundheitsorganisation und anderer Institutionen fordern ein sofortiges politisches Handeln. Im Dezember 2015 gab der EuGH einer Klage Schwedens statt und erklärte die Untätigkeit der EU-Kommission bei der Regulierung von EDCs für gesetzeswidrig. Frankreich allerdings hat Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen verboten.

» <http://tinyurl.com/jjuuw4cu>

Glyphosat als „nicht krebserregend“ eingestuft

Die „Internationale Agentur für Krebsforschung“ (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stufte im März 2015 den Unkrautvernichter Glyphosat von Monsanto als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Die EU-Zulassung für Glyphosat läuft im Sommer 2016 aus. Doch das „Bundesinstitut für Risikobewertung“ (BfR) und die „Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit“ (EFSA) bewerten den Wirkstoff als „nicht krebserregend“ und stimmen für seine erneute Zulassung – entgegen dem Appell zahlreicher Wissenschaftler.

» <http://tinyurl.com/jk6rpdn>



Weltbiodiversitätsrat warnt vor Insektensterben

Die Menschheit organisiert ihre eigene Hungerkrise, wenn sie weiter in diesem Tempo die Existenz der weltweiten Bestäuber gefährdet, warnt der Weltbiodiversitätsrat auf seiner Jahrestagung. Bienen, Schmetterlinge, Käfer, Wespen und andere Insekten – in einigen Weltre-



Foto: Petra Dirscher/pixelio.de

gionen sind mehr als 40 % der wilden Bestäuberpopulationen betroffen, besonders in Nordwesteuropa und Nordamerika, wo ihnen vor allem die intensive Landwirtschaft seit Jahren zusetzt.

» <http://tinyurl.com/h2vcz3>

Regenwaldabholzung sorgt für Zika-Virus-Epidemie

Allein in Brasilien haben sich mindestens 1,5 Mio. Menschen mit dem Zika-Virus angesteckt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat den globalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Mittlerweile sind Infektionen in mehr als 30 Ländern nachgewiesen. In Lateinamerika brachten infizierte Schwangere missgebildete Kinder zur Welt. Übertragen wird das Virus durch tropische Mücken. Die haben sich aufgrund von Umweltzerstörung und Klimawandel rasant ausgebreitet. Die Abholzung von Regenwäldern und die Erhöhung der Temperatur haben ideale Lebensbedingungen für die Mücken geschaffen.

» <http://tinyurl.com/j6shpge>

Deutschland emittiert mehr CO₂ durch Konsum

Wissenschaftler der Universität Graz haben die CO₂-Emissionen verschiedener Länder mit drei unterschiedlichen Ansätzen berechnet: auf Grundlage der Emissionsbilanz fossiler Rohstoffförderung, auf Grundlage der Produktion und auf Grundlage des Konsums. Am schlechtesten schneiden die westlichen Industrieländer beim Konsumprinzip ab. Deutschland z.B. stößt

nach dem Produktionsprinzip jährlich etwa 13 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Kopf aus, nach dem Konsumprinzip hingegen 18 Tonnen. Berechnungen nach dem Konsumprinzip kommen vor allem China zugute.

» <http://tinyurl.com/hsgghhe>

Klimaerwärmung um 1,5 Grad wohl schon bis 2020

Das Klima heizt sich schneller auf, als bislang angenommen. Australische Forscher halten einen Temperaturanstieg von 1,5 Grad bis 2020 und von 2 Grad bis 2030 für realistisch. Den Trend der galoppierenden Erwärmung bestätigt auch die US-amerikanische Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA in einem aktuellen Bericht. Darin beklagt sie die rapide anwachsende Menge von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Die Messungen zeigen, dass deren Konzentration noch nie so schnell wuchs wie im vergangenen Jahr: von 400,26 ppm im Februar 2015 auf 404,02 ppm im Februar 2016 – eine Zunahme von 0,94 %. In vorindustriellen Zeiten war ein Wert von 280 ppm üblich, zu Beginn der Messungen in den 1950er-Jahren hatte man Werte von 320 ppm ermittelt.

» <http://tinyurl.com/zmu3hob>



Foto: W.R. Wagner/pixelio.de

CDU/CSU will Brennelemente-Steuer abschaffen

Mit einer Steuerbefreiung in Milliardenhöhe wollen CDU und CSU fünf Jahre nach Fukushima den Betrieb von Atomkraftwerken wieder fördern und die 2011 eingeführte Brennelemente-Steuer streichen. Insgesamt bekämen Eon, RWE, Vattenfall und EnBW dadurch mindestens 5 Mrd. Euro geschenkt. Gleichzeitig versuchen die Konzerne gerade, die Milliardenkosten für die Atommülllagerung auf den Steuerzahler abzuwälzen.

» <http://tinyurl.com/joewm77>

Erneuerbare Energien und Braunkohle legen zu

Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion stieg von 2010 bis 2015 von 16,6 % auf 30,1 %. Sie haben damit den Rückgang der Kernenergie mehr als kompensiert: Deren Anteil sank im gleichen Zeitraum von 22,2 % auf 14,1 %. Wind und Photovoltaik liefern den günstigsten Strom, allerdings ist der wetterabhängig – daher wird die Flexibilisierung des übrigen



Foto: Claus Weisweiler/pixelio.de

Kraftwerksparks und der Nachfrage immer wichtiger. Die Stromproduktion von Braunkohlekraftwerken stieg um 6 %, die von Steinkohlekraftwerken blieb konstant, die von Gaskraftwerken sank um ein Drittel. Der Grund dafür liegt in den niedrigen CO₂-Preisen im EU-Emissionshandel, die sich von 2010 bis 2015 halbierten, wodurch die CO₂-intensiven Kohlekraftwerke einen Vorteil erlangten.

» <http://tinyurl.com/jfjovlgv>

Hohe Subventionen für geplantes Atomkraftwerk

Das neue Atomkraftwerk „Hinkley Point C“ soll 2025 ans Netz gehen. Die britische Regierung will mit ihm die Versorgungssicherheit des Landes sicherstellen und hat den Investoren für die Laufzeit von 35 Jahren eine garantierte Einspeisevergütung von umgerechnet 120,51 Euro pro Megawattstunde versprochen. Das sind rund



Foto: Bioern Schwarz/pixelio.de

40 % mehr, als z. B. ein neuer Windpark in Deutschland erhält. Bereits jetzt werden Baukosten von mindestens 30 Mrd. Euro veranschlagt. Hinzu kommen Betriebszuschüsse aus Steuermitteln, die sich auf 108 Mrd. Euro summieren werden.

» <http://tinyurl.com/zt3x9r7>

Menschliche Tragödien in und um Fukushima

Die Brennstäbe aus dem Abklingbecken von Reaktor 4 sind entfernt, die geschmolzenen Reaktorkerne noch nicht, denn die tödliche Strahlung macht eine Annäherung unmöglich. Täglich sind rund 7.000 Menschen im Einsatz, bisher insgesamt 46.000: Arbeitslose, Verarmte, Obdachlose werden rekrutiert. Als Strahlendosis wird ihnen ein Vielfaches von dem für reguläre Mitarbeiter zugemutet. Zwar werden offiziell kaum Krankheits- oder Todesfälle als Folge der Strahlung anerkannt, doch Insider berichten von vielen Arbeitern, die kurze Zeit nach ihrem Einsatz schwer erkrankten und starben. Die Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs bei Kindern liegt zurzeit 20–50-mal höher als vor der Reaktor-Katastrophe. Bei 92 % der operierten Kinder wurden zudem bereits Lymphknotenmetastasen, Invasion und Fernmetastasen festgestellt.

» <http://tinyurl.com/zgaqv5j>

Neuer Dokumentarfilm über Risiken des Mobilfunks

Too big to fail? Mit den weltweit fast 7 Mrd. Mobilfunktelefonen wird ein Jahresumsatz von 17 Billionen (17.000.000.000.000) US-Dollar gemacht. Über die Gesundheitsrisiken der ständig steigenden Strahlenbelastung wird geschwiegen. Und die wenigen Kritiker werden mit unlauteren Methoden zum Schweigen gebracht. Der österreichische Dokumentarfilmer Klaus Scheidsteger drehte darüber einen 85-minütigen Film: „Thank you for calling“. Bisher war er allerdings nur in wenigen Kinos zu sehen. Dass er im Fernsehen zu sehen sein wird, ist angesichts der Tatsache, dass die Mobilfunkbranche zu den zahlungskräftigsten Werbekunden gehört, so gut wie ausgeschlossen.

» www.thankyouforcalling.eu



Bücher

Flüchtlingskrise & Terrorismus

Slavoj Žižek

Der neue Klassenkampf

Die wahren Gründe für Flucht und Terror
Ullstein, Dezember 2016
96 Seiten, 8,00 Euro
978-3-550-08144-6



Der slowenische Philosoph interpretiert die Flüchtlingsströme und den islamistischen Terror pointiert und provokant als „neuen Klassenkampf“. Damit wendet er sich gegen die Auffassungen, es handele sich hier um einen Konflikt zwischen Religionen und Kulturen. Sich intensiv mit dem Islam zu beschäftigen, hält er deshalb nicht für notwendig, denn religiöser Fundamentalismus, extremistische Ideologien und Terrorismus sind für ihn vor allem die irrationale Folge sozialer Verwerfungen, ausgelöst durch eine globalisierte Wirtschaft. Deshalb sollten wir weniger über Militäreinsätze nachdenken, sondern mehr darüber, wie ein wirklich fairer Welthandel aussehen könnte. Gleichzeitig warnt Žižek vor einem kulturellen Relativismus, plädiert für ein deutlicheres Bekenntnis zur europäischen Freiheit, Demokratie und Lebensweise, für eine klare europäische Leitkultur. (gh)

Wirtschaftstheorie & Verantwortung

Hans Christoph Binswanger

Die Wirklichkeit als Herausforderung

Grenzgänge eines Ökonomen
Murrmann, Februar 2016
150 Seiten, 20,00 Euro
978-3-86774-538-3



Der große Vordenker einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zeigt in zwölf Essays, die oft Texte der Bibel und Werke Goethes als Ausgangspunkt haben, wie wirklichkeitsfremd und eindimensional die heutige Wirtschaft denkt und agiert. Um den großen Herausforderungen der Gegenwart gerecht zu werden, sollte, ja muss sie ihren beschränkten Tunnelblick öffnen und endlich das große Ganze wahrnehmen. Das Nicht-Rationale besitzt für ihn einen hohen Erkenntniswert und dessen Nichtbeachtung wäre völlig irrational. (gh)

Mutterschaft & Selbstbestimmung

Alina Bronsky, Denise Wilk

Die Abschaffung der Mutter

Kontrolliert, manipuliert und abkassiert – warum es so nicht weitergehen darf
DVA, März 2016
256 Seiten, 17,99 Euro
978-3-421-04726-7



Mütter werden in unserer Gesellschaft zunehmend bevormundet, entmutigt und überwacht. Gleichzeitig erwartet die Berufswelt, aber auch die Politik, die Gesetzgebung und das persönliche Umfeld, dass sie die Kinderbetreuung auf ein notwendiges Minimum reduzieren. Die meisten Mütter geben diesem Druck unreflektiert nach und passen sich an. Sie möchten nicht als „Heimchen hinterm Herd“ gelten. Das Buch liefert eine umfassende Analyse der Entwicklungen, zeigt die Nutznießer und erläutert, was sich ändern sollte, damit Frauen wieder mehr Selbstbestimmung erhalten und Prioritäten setzen können. (gh)

Medien & Meinungsmonotonie

Uwe Krüger

Mainstream

Warum wir den Medien nicht mehr trauen
C.H.Beck, März 2016
170 Seiten, 14,95 Euro
978-3-406-68851-5



Der Leipziger Journalismus-Forscher, mit dem in der ÖkologiePolitik 165 „Manipulation“ ein längeres Interview erschien, beleuchtet in seinem neuen Buch das wachsende Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der „vierten Gewalt“: den Medien. Zwar kommt der Pauschalvorwurf „Lügenpresse“ bei vielen allzu schnell, trotzdem ist die Homogenität der Berichterstattung oft auffällig. Laut einer Meinungsumfrage haben 47% der Deutschen den Eindruck, dass einseitig berichtet wird. Das Buch geht dem nach – nüchtern und sachlich. Und es kommt zu dem Ergebnis, dass es in den großen Medien tatsächlich eine Verengung des Meinungsspektrums gibt. Das hat mit Lobby-Netzwerken und vertraulichen Hintergrundkreisen zu tun, aber auch mit der sozialen Herkunft der Journalisten und den dramatisch verschlechterten Arbeitsbedingungen der Branche. (gh)

Sprache & Meinungsmanipulation

Daniel Baumann, Stephan Hebel

Gute-Macht-Geschichten

Politische Propaganda und wie wir sie durchschauen können
Westend, März 2016
247 Seiten, 16,00 Euro
978-3-86489-126-7



Mit vermeintlichen Gewissheiten wird Politik gemacht, wird Politik als „alternativlos“ verkauft, dabei beruht ihre Überzeugungskraft vor allem auf einer geschickten Rhetorik, auf einer Wiederholung von Schlüsselbegriffen. Das Buch sammelt politische Floskeln, ordnet sie alphabetisch und übersetzt sie in leicht verständlichen Klartext. Es zeigt so die ganze Bandbreite von Manipulation durch Sprache. Nur wer die Codes der Macht durchschaut, kann sich angemessen wehren. Ansonsten beeinflussen die Begriffe unbewusst unser Denken, unser Fühlen und unser Verhalten. Dabei handelt es sich meist nur um Angstmacherei und nicht um eine treffende Beschreibung der Wirklichkeit. (gh)

Kompetenz & Pädagogik

Christoph Türcke

Lehrerdämmerung

Was die neue Lernkultur in den Schulen anrichtet
C.H.Beck, März 2016
320 Seiten, 14,95 Euro
978-3-406-68882-9



Gelernt wird heute eigenständig, beweglich, kreativ, weder Lehrern zuliebe noch nach Schablonen. Wie sehr diese „neue Lernkultur“ vom neoliberalen Denken durchdrungen ist und welche verheerenden Konsequenzen das hat, zeigt die Streitschrift des Leipziger Philosophie-Professors. Was keine „Kompetenz“ im Sinne einer Sach- und Fachkompetenz darstellt, welche die Wirtschaft später im Berufsleben verwerten kann, soll aus der Schule verschwinden: Persönlichkeitsentwicklung, künstlerische Fähigkeiten, kritisches Denken, politisches Bewusstsein. Das Buch will die Lehrer wachrütteln. Es ruft sie auf, sich ihre Degradierung und ihre schrittweise Selbstabschaffung nicht länger bieten zu lassen. Es ruft sie auf, sich auf das rückzubesinnen, was „Lehren“ eigentlich bedeutet, und darüber eine öffentliche Diskussion zu beginnen. (gh)

Bildungsethik & Wissenschaft

Volker Ladenthin, Anja Nostadt, Jochen Krautz (Hrsg.)

weniger ist weniger

G8 und die Kollateralschäden – Analysen und Materialien
Verlag für Kultur und Wissenschaft, Januar 2016
234 Seiten, 12,00 Euro
978-3-86269-106-7



Seit der Verkürzung der Gymnasialzeit wird hartnäckig behauptet, das G8 sei dasselbe wie das G9, nur schneller. Das Buch verfolgt die Frage, ob sich Bildung beliebig verkürzen und komprimieren lässt, ohne sich qualitativ zu verschlechtern. Dabei wird auch klar, dass wahre Bildung eben nichts ist, was sich so einfach messen lässt. Deswegen ist die Operationalisierung, wie sie mit den PISA-Tests Einzug gehalten hat, mit großer Vorsicht zu betrachten. Da die Schulreform nicht pädagogisch begründet wurde, sondern ökonomisch, wäre eine breite gesellschaftliche Diskussion über den Sinn von Bildung angebracht. (gh)

Scheidungsrecht & Psychologie

Edith Staud, Michael Staud

Die Scheidung – Schädigung oder Problemlösung?

Ein Ratgeber für alle Paare, Getrennte und Geschiedene. Mit Stellungnahmen von politischen Parteien
Books on Demand, Dezember 2015
200 Seiten, 9,99 Euro
978-1-326-35221-9



Das Buch beschreibt anhand praktischer Beispiele Probleme, die zu einer Scheidung führen können, aber auch Konflikte, die sich durch eine Scheidung in vielen Fällen ergeben. Es werden darüber hinaus die Positionen der verschiedenen Kirchen und Stellungnahmen der Parteien – auch der ÖDP! – zu diesem Thema dargestellt: Die Ehe sei ein Vertrag, der nachträglich vom Gesetzgeber immer wieder abgeändert werden kann. Vor allem die Ehe als finanzielle Absicherung, im Besonderen die erste Ehe, habe diesbezüglich an Bedeutung verloren. Nach der Erleichterung der Scheidung wurde in einem zweiten Schritt die finanzielle Absicherung geschwächt. Dies wirkt sich auf die Kinder und Partner aus erster Ehe aus, die Position der Kinder aus weiteren Ehen und aus Beziehungen ohne Ehe wurden gestärkt. (md)

Rolle der Europäischen Union

Hunger wird billigend in Kauf genommen

Die Armut in unterentwickelten Ländern ist auch das Resultat einer aggressiven europäischen Wirtschaftspolitik. Sie sieht in ihnen zum einen billige Rohstoff- und Arbeitskräfteanbieter, zum anderen große Absatzmärkte. Aufgezwungene Freihandelsabkommen machen unterentwickelte Länder wehrlos und beschleunigen ihren Niedergang.

von Prof. Dr. Klaus Buchner, MdEP

Kurz vor Weihnachten 2015 fand in Kenias Hauptstadt Nairobi die sogenannte „10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation“ statt. Daran nahm auch eine kleine Delegation von EU-Parlamentariern teil, zu der ich gehörte. Diese Delegation hatte nichts zu sagen. Man wollte sie nur dabei haben, um der Konferenz einen demokratischen Anstrich zu geben. Unsere Delegation wohnte in einem Luxushotel, das nur durch eine Sicherheitsschleuse wie auf einem Flughafen betreten werden konnte. Das Konferenzzentrum war weitläufig abgeriegelt. Wir fuhrten mit einem Kleinbus dorthin, der von einem bewaffneten Sicherheitsdienst begleitet wurde. Uns wurde dringend geraten, nicht allein aus dem Haus zu gehen – wegen der hohen Kriminalität. Offiziell beträgt die Arbeitslosigkeit zwar nur 9,2 %, doch die tatsächliche Zahl ist weit höher. In welchem Zustand befindet sich ein Land, das für ein paar Politiker derartige Sicherheitsvorkehrungen treffen muss?

Auf der Konferenz ist mir klar geworden, dass der Hunger in der Welt gewollt ist oder zumindest billigend in Kauf genommen wird. Deutlich geworden ist das am Ver-

halten des US-Unterhändlers Michael B. Froman, der sich weigerte, über früher bereits beschlossene Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers überhaupt zu sprechen. Offiziell versuchte die Unterhändler-

Die Welthandelsorganisation (WTO) verbietet es, Nahrungsmittelvorräte anzulegen, um bei Missernten Hungerkatastrophen zu verhindern.

rin der EU, zwischen den USA und Indien zu vermitteln, letztlich trug sie aber den Kurs der USA mit.

WTO verbietet, Nahrungsmittelvorräte anzulegen

Die Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) verbieten es den Mitgliedsländern, Nahrungsmittelvorräte anzulegen, um bei Missernten Hungerkatastrophen zu verhindern. In Ländern wie Indien ist das besonders nötig, weil der Monsun, der für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung ist, manchmal zu spät kommt oder nicht ausreichend Regen bringt. Dann sind große Ernteaufschläge die Folge und nur mit Nahrungsmittelvorräten können Hungerkatastrophen verhin-

dert werden. In welcher Welt leben wir, wo diese Vorräte verboten sind, weil sie ein paar Nahrungsmittelspekulanten stören?

Als Sprecher der Entwicklungsländer weigerte sich Indien, neue

Handelsverträge abzuschließen, bis das Verbot der Nahrungsmittelvorräte aufgehoben ist. Die USA wollten dem aber keinesfalls zustimmen. Es wurde lediglich der faule Kompromiss verlängert, dass vorerst kein Land vor ein Schiedsgericht gezerrt wird, das solche Vorräte anlegt.

Exporte der EU zerstören regionale Landwirtschaften

Wichtiger wäre aber ein Exportverbot für subventionierte Nahrungsmittel gewesen. Denn sowohl in den USA als auch in Europa wird die Landwirtschaft hoch subventioniert. Europäische und amerikanische Konzerne produzieren damit weit billiger als die Bauern in den Entwicklungsländern und verkau-



Das „Kenyatta International Conference Centre“ (KICC) in Nairobi war im Dezember 2015 Schauplatz der „10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation“.

fen die Erzeugnisse aus der Überproduktion unserer Agrarkonzerne dorthin. Die einheimischen Bauern können damit nicht konkurrieren. Das bedeutet, immer weniger Nahrungsmittel werden in den Entwicklungs- und Schwellenländern erzeugt. Ein bekanntes Beispiel dafür ist Mexiko, wo wegen eines Freihandelsabkommens mit den USA Millionen von Kleinbauern arbeitslos geworden sind. Um sie von den USA fernzuhalten, wurden entlang der Grenze riesige Zäune mit automatischer Überwachung errichtet.

In Afrika wird das Land der Kleinbauern deshalb oft für den Export verwendet: für den Anbau von Kaffee, Kakao, Südfrüchten oder Blumen. Dabei gibt es meist

nur eine einzige Firma, die diese Produkte aufkauft und nach Europa oder in die USA verschickt. Sie legt den Preis fest – und das sicher nicht zum Vorteil der Bauern. Jetzt wurde in Nairobi beschlossen, dass

Freihandelsabkommen bedeuten, dass wir viel mehr von unseren Waren dort absetzen können als diese Länder nach Europa exportieren.

keine staatliche Institution Mindestpreise festlegen darf. Und private Organisationen, in denen die Bauern die Preise verhandeln könnten, sind durch die neuen Regeln praktisch unmöglich geworden. Oft wird den Bauern ihr Land auch ein-

fach weggenommen. An diesem sogenannten „Landgrabbing“ beteiligen sich Konzerne vieler Nationen, leider auch aus Deutschland.

Bei der Gründung der Welthandelsorganisation waren Nahrungsmittel ausdrücklich von jeglichem Zwang der Liberalisierung ausgeschlossen. Aber die Agrarkonzerne ließen nicht locker. Sie sind heute einer der wichtigsten Verursacher des Hungers und der Kinderarbeit in Afrika.

Neue „Freihandelsabkommen“ forcieren Zerstörung

Zurzeit schließt die EU mit vielen Ländern Afrikas neue „Freihandelsabkommen“ ab. Denn bisher konnten diese Länder beliebig nach Europa exportieren, aber umgekehrt konnte der Import aus Europa beschränkt werden, um die schlimmsten der hier beschriebenen Auswirkungen zu verhindern. Diese Asymmetrie kam vor allem daher, dass Europa viel mehr Waren exportieren kann als ein einzelnes Entwicklungsland. Diese Verträge ändert die EU-Handelskommissarin jetzt und setzt durch, dass keine Importbeschränkungen für diese Länder mehr gelten dürfen. Das bedeutet, dass wir mengenmäßig viel mehr von unseren Waren dort absetzen können, als diese Län-

der nach Europa exportieren. Zölle, die das verhindern könnten, sind verboten. Die Folge: Der Aufbau einer eigenen Industrie ist unmöglich. In Kenia habe ich nur Produktionsstätten ausländischer Firmen gesehen, die dort die billige Arbeits-

kraft nutzen und ausnutzen. Jeden Tag zieht eine Schar von Arbeitern zu Fuß aus der Stadt zum Industriegebiet, weil sie sich die Busfahrt dorthin nicht leisten können.

Länder, die keine Freihandelsabkommen mit der EU abschließen, werden regelrecht erpresst. Es wird gedroht, dass sie nicht mehr exportieren dürfen, dass die Entwicklungshilfe gestrichen wird und sie wirtschaftspolitisch isoliert werden. In den letzten Monaten hat die EU auch eine Reihe von Fischereiabkommen mit afrikanischen Ländern abgeschlossen. Ein Flüchtling aus Westafrika brachte es vor Kurzem im Fernsehen auf den Punkt: „Ihr Europäer fischt mit euren Flotten unser Meer leer. Wir haben nichts mehr zu essen. Und wenn wir dann nach Europa kommen, werden wir als ‚Wirtschaftsschmarotzer‘ zurückgeschickt.“

Westliche Politik verschlimmert Lage in Kriegsgebieten

Gerade wir in Europa sind also mit schuld an den Fluchtursachen von denen, die über das Mittelmeer nach Lampedusa kommen. Aber auch an den Kriegen und dem Chaos in Afghanistan, im Irak, in Syri-

gerlich Opfer in der Zivilbevölkerung. Krankenhäuser, Straßen und Versorgungseinrichtungen werden zerstört. Das erzeugt Hass in der Bevölkerung, der sie in die Arme des IS treibt. Denn dieser wird als die einzige Kraft angesehen, die den Westen stoppen kann.

Ein Flüchtling aus Westafrika: „Ihr Europäer fischt mit euren Flotten unser Meer leer. Und wenn wir dann nach Europa kommen, werden wir als ‚Wirtschaftsschmarotzer‘ zurückgeschickt.“

en und in Nordafrika ist der Westen mit schuld. Besonders die Bombardierungen in Syrien, die von Deutschland unterstützt werden, drängen den IS nicht zurück, sondern nützen ihm. Denn bei diesen Bombardierungen gibt es unwei-

Das Wichtigste, was die EU jetzt tun müsste, wäre, in den zugänglichen Gebieten für Schulen, Nahrung und Infrastruktur zu sorgen. Die einzige Organisation, die so etwas jetzt macht, ist der IS. Das macht ihn für viele attrak-



Foto: Klaus Buchner

Demonstranten versuchten, die Medien und EU-Abgeordneten auf die großen Nachteile des Freihandels für afrikanische Kleinbauern aufmerksam zu machen.

EU-Billigfleisch treibt Bauern in den Ruin

Im südwestafrikanischen Ghana haben inzwischen fast alle Geflügelbauern aufgeben müssen, weil importiertes Hühnerfleisch aus europäischen Agrarfabriken wesentlich billiger ist. Zwar kommen in der Regel nur „Hühnerreste“ an, die sich in Europa schwer verkaufen lassen – Flügel, Hälse, Innereien –, doch aufgrund des niedrigen Preises sind sie bei der Bevölkerung beliebt – nicht nur in Ghana. So stieg der Export von Hähnchenfleisch aus der EU nach Afrika von 2009 bis 2014 von 199.000 auf 592.000 Tonnen, der aus Deutschland von 7.000 auf 48.000 Tonnen. Der Grund für den niedrigen Preis ist zum einen die Massentierhaltung, zum anderen die Tatsache, dass die Produktionskosten schon durch den Verkauf der teuren Hühnerhälften in Europa gedeckt sind, in Afrika also nur ein Zusatzgeschäft gemacht wird, das angesichts der riesigen Mengen aber durchaus lukrativ ist.

Die Importe von Hähnchenfleisch begannen in Ghana 1983 nach

einer großen Dürre. Als die Notlage vorbei war, gingen sie trotzdem weiter und begannen in den 1990er-Jahren zu boomen. Als Ghana 2003 versuchte, seinen heimischen Markt durch eine Erhöhung der Einfuhrzölle zu schützen, schaltete sich der Internationale Währungsfond (IWF) ein, forderte deren Rücknahme und drohte mit der Verweigerung von Krediten. Zölle seien nicht zur Armutsbekämpfung geeignet, meinte nicht nur die IWF, sondern auch die EU – und verstärkte den Druck, bis sich Ghana nach einigen Monaten beugte und die Einfuhrzölle wieder aufhob. Heute versucht die EU, über sogenannte „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) die Zölle in Afrika schrittweise abzuschaffen. Zwar sollen im Gegenzug die afrikanischen Länder auch zollfreien Zugang zu europäischen Märkten erhalten, doch zeigen zahlreiche Studien: Afrikas Wirtschaft ist für solch einen Wettbewerb viel zu schwach. (gh)

seits bringt gerade diese Normalisierung viel Geld für die dortige Regierung, die sie u. a. auch in ihren Krieg mit dem IS stecken wird. Im Irak wird aber der Iran als feindliches Ausland angesehen. Deshalb wird das Engagement des Iran noch mehr Menschen in die Arme des IS treiben. Auch in Nordafrika hat die westliche Politik versagt. In Libyen haben die USA und die EU geholfen, Gaddafi zu stürzen. Geblieben ist das Chaos. In Ägypten war die Unterstützung von Mursi nicht ganz so offensichtlich. Das Ergebnis ist aber ähnlich schlimm. In den anderen nordafrikanischen Ländern hat die westliche Einmischung meist ebenfalls zu einer Verschlechterung der Situation beigetragen.

Solange wir nicht die Fluchtursachen bekämpfen, wird der Flüchtlingsstrom nicht aufhören. Wäre es nicht unsere erste Pflicht, wenigstens die aktive Einmischung in die Kriegspolitik, aber auch in die Agrarpolitik der Entwicklungsländer zu stoppen? ■

Dieser Artikel basiert auf der Rede, die der Autor zum Neujahrsempfang der ÖDP München am 6. Januar 2016 im Eine-Welt-Haus hielt.

tiv. Vor Kurzem erklärte mir Riad Asaad, Gründer und ehemaliger Chef der Freien Syrischen Armee:

Teile davon aus anderen Quellen nachprüfen. Der Westen mischt also nach wie vor in Syrien kräftig mit,

Länder, die keine Freihandelsabkommen mit der EU abschließen, werden regelrecht erpresst.

Ein Großteil der Gelder, mit denen die Opposition in Syrien finanziert wird, läuft über eine Organisation namens MOM (türkisch: MOK), in die auch die USA einzahlen. Gelder erhalten auch fundamentalistische muslimische Truppen. Seine Aussage ist glaubhaft; ich konnte

und zwar nicht ganz so, wie es bei uns in den Schlagzeilen steht.

Beim Iran bin ich persönlich im Zwiespalt: Einerseits will ich, dass sich die Beziehungen zu diesem wichtigen Land normalisieren. Als Mitglied der Iran-Delegation kann ich aktiv dazu beitragen. Anderer-

Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, Physiker, war von 1973 bis 2006 Professor an der TU München und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit viele Auszeichnungen. 1983 trat er in die ÖDP ein, war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender und errang 2014 als ihr Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Seine Schwerpunkte sind dort Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Sicherheit und Internationaler Handel.



Freihandelsabkommen

Europa plündert Afrika



Die öffentliche Kritik an TTIP und CETA, den geplanten Investitionsschutz- und Freihandelsabkommen der EU mit den USA, ist mittlerweile groß. Was kaum bekannt ist: Seit 2004 drängt die EU afrikanische Staaten zum Abschluss solcher Abkommen. Diese Knebelverträge führen zu Verarmung und vergrößern damit die Zahl der Flüchtlinge nach Europa.

von Mike Nagler

Seit vielen Jahren werden zahlreichen afrikanischen Staaten zollfreie Marktzugänge in die EU wie auch die Erhebung von Schutzzöllen oder Importquoten für die eigene Wirtschaft gewährt, damit sie eine lebensfähige und stabile Ökonomie aufbauen können. Mit Letzterem soll demnächst Schluss sein! Es werden Freihandelsabkommen – sogenannte „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) – gefordert, bevor sich stabile Wirtschaftsgefüge in afrikanischen Staaten tatsächlich etablieren können.

„Nur mit der Pistole auf der Brust“, heißt es beispielsweise in Kenia, wenn man fragt, warum die Abkommen nach langem Widerstand letztlich doch unterschrieben

Händler und Futtermittelhersteller gingen pleite – schließlich hat sich auch Kenia gebeugt, genauso wie die westafrikanischen Staaten.

In Folge werden unsere Waren die fragilen afrikanischen Märkte überschwemmen, Bestehendes zerstören und neue Unternehmungen im Keim ersticken. Die Verluste aus den Zolleinnahmen werden die Lächer in den Staatshaushalten drastisch anwachsen lassen.

TTIP bedeutet weniger Importe in die EU und USA

Auch TTIP wird Auswirkungen auf die Bevölkerungen in Afrika haben. Wenn die EU und die USA ihr Handelsvolumen ausbauen wollen, bedeutet dies im Umkehrschluss weniger Importe in beide Regionen

Unsere Waren werden die fragilen afrikanischen Märkte überschwemmen, Bestehendes zerstören und neue Unternehmungen im Keim ersticken.

wurden. Die afrikanischen Staaten wissen um die Folgen und haben sich lange gegen die Abkommen gewehrt, bis man sie erpresste, indem man mit dem Entzug der Zollfreiheit drohte, falls sie nicht unterzeichnen. Strafzölle wurden erhoben und haben bereits sichtbaren Schaden angerichtet, Bauern,

aus anderen Kontinenten. Zudem bedeutet eine stärkere Allianz zwischen EU und USA automatisch auch Machtkontrolle und die Möglichkeit, anderen Staaten später ihre untereinander gemachten Handelsregeln aufzuzwingen.

Alle diese sogenannten „Freihandelsverträge“ dienen letztlich

ONLINETIPPS

Attac Deutschland
Handel mit dem globalen Süden – Stop EPAs
Attac.de, Kampagnen
<http://tinyurl.com/gv5s88d>

Attac Deutschland
Speakers Tour durch Deutschland zum Thema Economic Partnership Agreements (EPAs)
Attac.de, Kampagnen
<http://tinyurl.com/hjeq2cj>

Alexander Göbel
Das Märchen vom fairen Handel
ARD, Tagesschau, 13.12.2015
<http://tinyurl.com/hyt6lcf>

Heimo Claasen
Freier Handel wider Willen
Welt-Sichten, 12.11.2014
<http://tinyurl.com/z8narnx>

Heiner Hoffmann
Wie die EU ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber Afrika durchsetzt!
ARD, Report Mainz, 04.11.2014
<https://youtu.be/UiH-0hLCmU>

Jacques Berthelot
Unfair Trade
Le Monde diplomatique, 11.09.2014
<http://tinyurl.com/zsuepec>



Screenshot: ARD, Report Mainz, 04.11.2014

„Die in unserer Gesellschaft zutiefst verankerte Ausprägung, dem afrikanischen Kontinent helfen zu müssen, darf für uns keine Maßgabe der Politik sein“, meint Andreas Wenzel von der Südliches Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft.

dazu, die Märkte maximal zu deregulieren und zu privatisieren sowie die Macht des Marktes endgültig über die Gestaltungsmöglichkeiten politischen Handelns zu stellen.

Flucht und Migration sind derzeit täglich in den Schlagzeilen, aber selten wird nach tiefer liegenden Ursachen für Flucht gefragt. Warum sehen Menschen, abgesehen von Kriegen, in ihren eigenen Ländern keine Zukunft für sich und was trägt die Wirtschafts- und Handelspolitik der EU dazu bei? Dienen doch die von der EU verhandelten Partnerschaftsabkommen viel mehr dem EU-Interesse an freiem Zugang zu afrikanischen Rohstoffen und Zugang europäischer Konzerne zu afrikanischen Märkten als den Interessen der Menschen in den afrikanischen Ländern. Das eigene Gewissen versucht die EU hingegen mit einer „Almosenpolitik“, die sie „Entwicklungshilfe“ nennt, zu beruhigen.

Nein zu Freihandelsverträgen mit Afrika!

Diese Abkommen sind Teil einer neokolonialen Politik, die auf Er-

pressung, Konzerndiktatur und Missachtung der Menschen und der Menschenrechte basiert.

Statt dies weiter hinzunehmen, ist es notwendig, die aktuell erkämpfte öffentliche Aufmerksamkeit im Kampf um TTIP und CETA zu nutzen, um diese globalen Ungerechtigkeiten zu thematisieren und in die öffentliche Debatte zu führen. Genauso notwendig wie die Verhinderung der geplanten transatlantischen Freihandelsverträge mit den USA ist auch die Verhinderung der Freihandelsverträge mit den afrikanischen Staaten.

Die Situation der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Afrika ist schon lange verzweifelt. Die neoliberalen Rezepte von Weltbank und G8, mit Intensivlandwirtschaft und Agrarexporten die Armut auf dem Lande zu reduzieren, sind gescheitert. Die Verbote von flexiblen Schutzinstrumenten gegen EU-Billigimporte werden die Perspektivlosigkeit der Menschen in Afrika vertiefen. Auch deswegen entscheiden sich immer mehr Menschen aus Afrika, nach Europa zu migrieren.

BUCHTIPPS

Harald Klimenta, Maritta Strasser, Peter Fuchs u. a.
38 Argumente gegen TTIP, CETA, TISA & Co.
Für einen zukunftsfähigen Welthandel
AttacBasisTexte 48, Mai 2015
96 Seiten, 7,00 Euro
978-3-89965-662-6

Harald Klimenta, Andreas Fisahn u. a.
Die Freihandelsfalle
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
AttacBasisTexte 45, Januar 2014
128 Seiten, 9,00 Euro
978-3-89965-592-6

Annette Groth, Theo Kneifel
Europa plündert Afrika
Der EU-Freihandel und die EPAs
AttacBasisTexte 24, Januar 2007
96 Seiten, 7,00 Euro
978-3-89965-228-4

Mike Nagler, Jahrgang 1978, studierte Architektur und Bauingenieurwesen, engagiert sich in verschiedenen politischen Netzwerken und Initiativen und arbeitet u. a. freiberuflich als Dozent. Seit 2004 ist er im globalisierungskritischen Netzwerk Attac aktiv und dort aktuell im bundesweiten Koordinierungskreis.



www.mike-nagler.de

Klimawandel

„Oft ein Verstärker bestehender Probleme“

Umweltveränderungen können Menschen ihre Lebensgrundlagen entziehen. Der Klimawandel verändert die Umwelt massiv – schon heute, noch mehr in den kommenden Jahrzehnten, allerdings unterschiedlich. Am stärksten betroffen sind sicherlich nicht die europäischen Staaten, sondern Entwicklungsländer, in denen das Leben schon immer hart und von Armut geprägt war.

Interview mit Jan Kowalzig

ÖkologiePolitik: Herr Kowalzig, welchen Einfluss hat der Klimawandel auf Migrationsbewegungen?

Jan Kowalzig: Wenn Menschen in den armen Ländern ihre Heimat verlassen, geschieht dies immer aus sehr unterschiedlichen Gründen – das kann fluchtartig geschehen, etwa um sich vor plötzlich ausbrechenden Konflikten oder Naturkatastrophen in Sicherheit zu bringen oder um politischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung zu entgehen. Oder aber Menschen begeben sich mehr oder weniger geplant auf Wanderschaft, weil vor Ort ein Leben in Würde und frei von Armut unmöglich ist. Das kann an Marginalisierung von Teilen der Bevölkerung liegen, an fehlendem Zugang zu Land, Wasser und anderen natürlichen Ressourcen, außerdem an fortschreitender Zerstörung der Ökosysteme, von denen gerade in den armen Ländern viele Menschen abhängen, sowie an schlechten wirtschaftlichen Perspektiven ganz allgemein, was wiederum eine Folge von schlechter Regierungsführung, fehlender Infrastruktur,

mangelhaftem Zugang zu Märkten, aber auch von der unfairen Handels-, Agrar- oder Fischereipolitik der reichen Länder sein kann. Der

Klimawandel verstärkt viele dieser Gründe – die übrigens oft in einem komplexen Bündel auftreten.

Wo ist der Klimawandel heute schon ein spürbarer Grund für Migration?

Vor allem in den Teilen der Welt, wo sich jetzt schon die Niederschlagsmuster verändern. Mancherorts regnet es weniger als früher und die Pflanzen vertrocknen in einer schweren Dürre, anderswo fällt der Regen sintflutartig und spült die Ernte von den Feldern. Die Temperaturen steigen, was das Arbeiten auf den Feldern erschwert und das Wachstum der Pflanzen beeinträchtigt. Der steigende Meeresspiegel drückt Salzwasser in die

Grundwasserspeicher und führt, in Verbindung mit schweren Stürmen, außerdem zu mehr Überschwemmungen, was neben der Zerstörung von Infrastruktur auch Felder und Brunnen versalzen lässt. Diese schleichenden Veränderungen erodieren nach und nach die Lebensgrundlagen der Menschen. Sie werden dadurch anfälliger gegenüber den erwähnten bestehenden Problemen, mit denen sie sich ohnehin herumplagen müssen. Irgendwann ist der Punkt erreicht, wo die Menschen wegen eines Bündels aus Armut, Mangel an Land und Wasser, politischer Marginalisierung und nun auch noch dem Klimawandel ihre Heimat aufgeben müssen. Die Rolle des Klimawandels wird dabei in Zukunft größer werden. Das kann ganz verschiedene Formen annehmen: Weil das Land austrocknet, sinken die Ernten so stark,

dass das Einkommen nicht mehr ausreicht, die Familien zu ernähren. Trinkwasser wird knapp, das Vieh findet keine Weideflächen mehr. Flache Küstengebiete und kleine Inseln werden wegen der erwähnten Versalzung von Böden, Brunnen und Grundwasser unbewohnbar, übrigens lange bevor das Land komplett in den Fluten versinkt. Auch schwere Tropenstürme, die ganze Landstriche verwüsten, werden durch den Klimawandel weiter angefeuert. Zwar lassen sich solche Extremereignisse nicht klar dem Klimawandel zuschreiben, weil es sie auch schon früher gegeben hat, aber auslösende Faktoren wie beispielsweise steigende Wassertempe-



Jan Kowalzig, Jahrgang 1972, studierte Design mit dem Schwerpunkt „Gestaltung von politischen Kampagnen für Umweltorganisationen“ und war anschließend mehrere Jahre als Campaigner für Energie und Klima beim europäischen Netzwerk „Friends of the Earth“ in Brüssel und für die Heinrich-Böll-Stiftung in Afrika tätig. Seit 2007 arbeitet er bei Oxfam Deutschland als Referent für Klimawandel und Klimapolitik.

jkowalzig@oxfam.de

raturen werden vom Klimawandel beeinflusst.

Gibt es heute schon Migrationsströme, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind?

Große, ausschließlich vom Klimawandel ausgelöste Migrationsströme, die heute oder in naher Zukunft über die Kontinente ziehen, gibt es so nicht. Dafür sind die Zusammenhänge viel zu komplex. In Bangladesch gibt es viele dörfliche Gemeinschaften im flachen Küstengebiet und an den Flussufern, die immer wieder komplett umsiedeln müssen, weil das Land von Überschwemmungen, Erosion und Versalzung heimgesucht wird. Aus

ähnlichen Gründen laufen auf den Carteret-Inseln, einer Inselgruppe Papua-Neuguineas, bereits seit einigen Jahren Umsiedlungsprogramme. Solche Beispiele stellen die Rolle des Klimawandels sehr

Aber: Die schlimme Dürre hat bestehende Probleme weiter verstärkt und die Dürre passt zu den Klimamodellen der Wissenschaftler, denen zufolge der Nahe Osten wegen des Klimawandels trockener wird.

„Menschen, die in ohnehin prekären Verhältnissen leben müssen, geraten wegen des Klimawandels zusätzlich unter Druck.“

deutlich heraus. In den meisten Fällen aber sind die Zusammenhänge viel komplexer. Den „Klimaflüchtling“ wird es nur in den seltensten Fällen geben. Der Klimawandel tritt eher als Verstärker bestehender Probleme auf. Überall in der Welt leben Menschen in ohnehin prekären Verhältnissen, und sie geraten auch heute schon wegen des Klimawandels noch einmal zusätzlich unter Druck. Es dürfte also schon heute für viele Menschen zutreffen, dass der Klimawandel bei ihrer Entscheidung zur Migration eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hat.

Hat der Klimawandel auch in der Syrienkrise eine Rolle gespielt?

Das ist durchaus möglich. Vor Ausbruch der Krise war die Region von einer extrem schweren, jahre-

Wohin fliehen die „Klimaflüchtlinge“?

Menschen, die vor einer Naturkatastrophe, etwa einem tropischen Sturm oder einer Überschwemmung, fliehen, bleiben in aller Regel im Land oder zumindest doch in der unmittelbaren Region – und sind dann etwa in Notunterkünften auf humanitäre Hilfe angewiesen. So mussten beispielsweise 2013 auf den Philippinen rund 4 Mio. Menschen vor dem Super-Taifun Haiyan die Flucht ergreifen. In aller Regel kehren diese Menschen später wieder nach Hause zurück, um sich an den Wiederaufbau zu machen. Ist allerdings absehbar, dass wegen des Klimawandels die Katastrophen so häufig werden, werden sich viele Menschen entscheiden müssen,

„Flache Küstengebiete und kleine Inseln werden wegen der Versalzung von Böden, Brunnen und Grundwasser unbewohnbar.“

langen Trockenheit heimgesucht worden, was nicht nur die Ernten verknappt hat, sondern viele Menschen dazu zwang, in die Städte zu ziehen und dort nach Arbeit zu suchen. Das hat die sozialen Spannungen noch einmal erheblich erhöht. Natürlich ist damit der Klimawandel nicht die eigentliche Ursache.

eben nicht wieder zurückzukehren. Bei den schleichenden Veränderungen ist die Verortung schwieriger, denn die Ursachen der Flucht bzw. der Migration sind viel komplexer. Wenn die Landwirtschaft kein Auskommen mehr bietet, liegt das vielleicht an der zunehmenden Trockenheit, vielleicht aber noch mehr

an der ungleichen Verteilung des knappen Wassers, etwa zwischen Kleinbauern und Agrarkonzernen. Jedenfalls ziehen dann Menschen – übrigens vor allem die Männer – meist vom Land in die Städte, um dort nach Arbeit zu suchen, seltener ins Ausland, und wenn, dann eher in die direkten Nachbarländer mit vertrautem Kulturkreis.

Welche Länder werden besonders betroffen sein?

Der Klimawandel wird als Treiber von Flucht und Migration dort am stärksten wirken, wo die Menschen den klimatischen Veränderungen besonders stark ausgesetzt sind und sich gleichzeitig am wenigsten wehren können, etwa wegen der verbreiteten Armut. Die verwundbarsten Länder liegen nahezu allesamt in den Tropen oder Subtropen. Insbesondere in Afrika drohen erhebliche Beeinträchtigungen der

„Wenn die Landwirtschaft kein Auskommen mehr bietet, ziehen die Menschen meist vom Land in die Städte, um dort nach Arbeit zu suchen.“

Nahrungsmittelproduktion bzw. der Lebensgrundlagen für die Menschen dort. Aber auch in Süd- und Südostasien sind viele Regionen stark bedroht, etwa die flachen Küsten und Flussdeltas. Der Anstieg des Meeresspiegels könnte in den kom-

menden Jahrzehnten zig Millionen Menschen in Bangladesch dazu zwingen, ihre Heimat aufzugeben, weil ein Großteil der Bevölkerung an der sehr flachen Küste lebt. Aber auch in Lateinamerika wird es Abwanderung geben – wenn die Gletscher schmelzen, wird vielerorts das

Trinkwasser knapp werden, sodass die Menschen wegziehen müssen. Die kleinen, oft sehr flachen Inselstaaten im Pazifik und im Atlantik stehen vor einem besonderen Problem: Sie könnten komplett unbewohnbar werden oder sogar das ge-

samte Staatsgebiet verlieren, sodass sich die Bewohner nicht einfach in einer anderen Region im eigenen Land niederlassen können. Dann droht diesen Menschen nicht nur der Verlust der Lebensgrundlagen, sondern auch der Verlust ihrer kulturellen Identität und Traditionen, die oft fest mit dem Land verbunden sind. Und völlig unklar sind völkerrechtliche Fragen: Hört ein solches Land auf zu existieren, wenn es kein bewohnbares Staatsgebiet mehr hat? Verliert es dann seinen Sitz bei den Vereinten Nationen? Was geschieht mit Fischerei- bzw. Ressourcenrechten? Bekommen die ehemaligen Bewohner anderswo ein neues Staatsgebiet „zugewiesen“? Die Re-

gierung der Malediven ist jedenfalls bereits offiziell auf der Suche nach einer neuen Heimat für ihre 380.000 Bewohner.

Wie viele „Klimaflüchtlinge“ gibt es zurzeit und wie viele werden es?

Zufriedenstellend beantworten kann man diese Frage nicht, weil

„Die Genfer Flüchtlingskonvention regelt nur die Schutzansprüche von Menschen, die aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgt werden.“

es den „Klimaflüchtling“ an sich fast nicht gibt, weil meist ein Ursachenmix vorliegt. Im Durchschnitt müssen heute pro Jahr etwa 20 Mio. Menschen vor klimabedingten Katastrophen fliehen – aber nicht jede Katastrophe lässt sich eindeutig auf den Klimawandel zurückführen. Vorhersagen für die Zukunft sind gleichfalls schwierig. Vor dem steigenden Meeresspiegel werden einer Studie der British Royal Society zufolge bis 2100 weltweit bis zu 190 Mio. Menschen fliehen müssen, wobei diese Zahl sehr stark davon abhängt, wie viel in den Küstenschutz bzw. Deichbau investiert werden wird. All diese Zahlen lassen außer Acht, für wie viele Menschen der Klimawandel vielleicht nicht der einzige Grund sein wird, aber die ohnehin schwierigen Lebensbedingungen so sehr verschlechtert, dass sie sich zur Migration entscheiden – ob nun innerhalb eines Landes, etwa vom Land in die Städte, oder über Ländergrenzen hinweg. Das ist schlicht nicht zu beziffern. Sicher ist nur: Der Klimawandel wird in Zukunft zu einem wachsenden Treiber für Migration werden.

Können Klimaflüchtlinge politisches Asyl beantragen?



Foto: Nick Danzinger/Oxfam

Lang anhaltende Dürre hat in Äthiopien ehemals fruchtbares Weideland veröden lassen, sodass die Menschen dort kein Einkommen mehr haben und auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind.

Nein. Die Genfer Flüchtlingskonvention regelt nur die Schutzansprüche von Menschen, die aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Der Klimawandel gilt nicht als Asylgrund. Wer vor dem Klimawandel flieht, etwa weil seine Heimat austrocknet oder im steigenden Meeresspiegel versinkt, gilt – etwas vereinfacht gesagt – als Wirtschaftsflüchtling. Das ist äußerst zynisch, weil diese Menschen in der Regel kaum oder gar nichts zum Klimawandel beigetragen haben – ganz anders als die reichen Länder, die diese Menschen nun an ihren Grenzen abwehren wollen.

Was sollte die deutsche und europäische Politik tun?

Der Umgang mit Migration und Flucht infolge des Klimawandels muss umfassend gedacht werden. Das bedeutet zunächst, dass Deutschland und Europa deutlich mehr für den Klimaschutz tun müssen, um den Klimawandel und seine Zerstörungskraft in den armen Ländern zu begrenzen. Wichtigster Schritt ist dafür der Einstieg in den

Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle in Deutschland in den kommenden 20 Jahren. Zweitens muss Deutschland wesentlich mehr Unterstützung für die armen Länder bereitstellen, damit diese sich an die klimatischen Veränderungen anpassen können und langfristig die

oder lang ein neues völkerrechtliches Instrument geben müssen, mindestens aber wesentlich mehr Kooperation zwischen den Staaten. Und schließlich müssen Deutschland und Europa dringend ihre Flüchtlings- und Migrationspolitik verändern. Europa ist einer der Hauptver-

„Der Klimawandel gilt nicht als Asylgrund. Wer vor dem Klimawandel flieht, gilt als Wirtschaftsflüchtling. Das ist äußerst zynisch.“

Lebensgrundlagen der Menschen „klimafest“ machen, etwa zur Sicherung der Ernten durch Bewässerungssysteme oder zum Schutz vor künftigen Katastrophen durch Frühwarnsysteme. Drittens wird all das nicht verhindern können, dass der Klimawandel Menschen zu Flucht und Migration zwingt – diese Menschen brauchen dann direkte Unterstützung etwa beim Aufbau neuer Lebensgrundlagen am neuen Ort, einschließlich rechtlicher Fragen hinsichtlich ihrer Schutzansprüche. Eventuell wird es dafür über kurz

ursacher des Klimawandels. Unsere Produktions- und Konsummuster, aber auch unsere Handels-, Agrar- und Fischereipolitik zerstören anderswo Lebensgrundlagen der Menschen, die sich unter anderem auch deswegen, wenn auch nicht ausschließlich, auf den Weg machen. Das Vorhaben, den zu großen Teilen auf Kosten der übrigen Welt aufgebauten Wohlstand mit Stacheldraht und Abschottung zu verteidigen, halte ich für unverantwortlich.

Herr Kowalzig, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

ONLINETIPP

Oxfam Deutschland Migration und Flucht durch Klimawandel

Wie der Klimawandel Menschen zur Aufgabe ihrer Heimat zwingt
März 2016

<http://tinyurl.com/zbgoah>



Menschenrechtsverletzungen

„Die wenigsten Flüchtlinge kommen nach Europa“

Asylanträge stammen überwiegend von Menschen, die in ihrer Heimat Gewalt ausgesetzt sind. Die bewaffneten Kämpfe in Syrien haben bisher rund 250.000 das Leben gekostet. In vielen anderen Ländern fliehen Menschen, weil sie wegen ihrer politischen Überzeugung, Religion oder sexuellen Orientierung diskriminiert, verfolgt, gefoltert und getötet werden.

Interview mit Wiebke Judith

ÖkologiePolitik: Frau Judith, wie viele Menschen sind aktuell weltweit auf der Flucht, weil in ihrer Heimat Menschenrechte verletzt werden?

Wiebke Judith: Ende 2014 waren weltweit fast 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Das sind so viele Geflüchtete wie seit dem Zweiten

lässt sich das gut veranschaulichen: 6,6 Mio. von ihnen sind innerhalb Syriens auf der Flucht, weitere 4,6 Mio. halten sich in den Nachbarländern Libanon, Jordanien und der Türkei auf. Nach Europa hingegen kommen nur 10% der geflohenen Syrer. Viele Geflüchtete möchten



Foto: Wiebke Judith

Wiebke Judith, Jahrgang 1990, studierte Europäische und Vergleichende Rechtswissenschaften. Seit 2015 ist sie bei Amnesty International Deutschland als Fachreferentin für Asylpolitik und Asylrecht tätig.

www.amnesty.de

von Menschen, die der Gewalt und Verfolgung in diesen Ländern entfliehen. Außerdem gab es viele Asylanträge von Menschen aus dem Kosovo, Albanien und Serbien. Gegen Ende des Jahres nahmen diese Zahlen aber ab.

Welche Menschenrechtsverletzungen gibt es in diesen Staaten?

In Syrien herrscht bekanntermaßen seit fünf Jahren ein bewaffneter Konflikt, der bisher geschätzt



Foto: Günther Hartmann

250.000 Menschen das Leben gekostet hat. Regelmäßig werden Wohngebiete bombardiert, Städte belagert und von der humanitären Notversorgung abgeschnitten, Kliniken und Krankenhäuser werden angegriffen. Erst kürzlich wurden mindestens zwei Krankenhäuser gezielt attackiert, darunter ein Hospital für Frauen und Kinder. Daneben herrscht auch seit Jahren politische Verfolgung in Syrien. Seit dem Ausbruch des Konfliktes 2011 sind 65.000 Menschen „verschwunden“. Ihre Familien wissen nicht, wo sie sind, was mit ihnen passiert ist und ob sie sie je wiedersehen werden. Das ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein Land, über das nur selten gesprochen wird, jedoch als eines der repressivsten Regime der Welt gilt, ist Eritrea. Der obligatorische und quasi endlose Militärdienst entspricht praktisch Zwangsarbeit. Eritreer können ihn nicht verweigern, ohne dass ihnen Inhaftierung, Folter und unmenschliche Behandlung drohen. Der Militärdienst ist der Hauptgrund, wes-

Herkunftsstaaten“ eingestuft werden, gibt es zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird in allen drei Ländern eingeschränkt. In Marokko hat Amnesty 173 Folterfälle im Zeitraum von 2010 bis 2014 dokumentiert. In Tunesien werden LGBTI-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender – d. Red.) im Alltag diskriminiert und nicht ausreichend vor homophoben Übergriffen geschützt.

Wie groß sind die Chancen dieser Flüchtlinge, bei uns Asyl zu erhalten?

Aufgrund der geschilderten Menschenrechtsverletzungen haben die Menschen aus Syrien und Eritrea

chere Herkunftsstaaten“ deswegen grundsätzlich und fordert von der Bundesregierung, das Recht auf ein individuelles Asylverfahren zu garantieren.

Was kann und sollte die deutsche und europäische Politik gegen die Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsstaaten tun?

Bei zahlreichen Krisen und Konflikten schauen Europa und Deutschland schlicht weg. Die internationale Gemeinschaft reagierte lange nicht, während die syrische Regierung seine Bürgerinnen und Bürger verfolgt, gefoltert und getötet hat. Zentrale Aufgabe der deutschen und europäischen Politik sollte es

„Amnesty International fordert, das Recht auf ein individuelles Asylverfahren zu garantieren.“

sehr gute Chancen, Schutz in Deutschland gewährt zu bekommen. Für Menschen aus den Maghreb-Staaten wird es mit deren Einstufung zu „sicheren Herkunfts-

jedoch sein, die Aufklärung von Verstößen gegen die Menschlichkeit zu unterstützen und Menschenrechtsverletzungen öffentlich und auf diplomatischer Ebene zu thematisieren. Hier ist auch die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen von großer Bedeutung. Wichtig ist außerdem, die humanitäre Hilfe für Krisen und Konflikte außerhalb der EU aufzustocken und die Hilfszusagen endlich vollständig und zeitnah umzusetzen, um die Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Frau Judith, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

„Ein Land, über das nur selten gesprochen wird, jedoch als eines der repressivsten Regime der Welt gilt, ist Eritrea.“

halb ein großer Teil der eritreischen Bevölkerung aus dem Land flieht. Aber auch in Marokko, Tunesien und Algerien, die von der Bundesregierung als vermeintlich „sichere

staaten“ jedoch nahezu unmöglich, Asyl zu erhalten, da ihre Asylanträge nicht mehr unvoreingenommen geprüft werden. Amnesty International kritisiert das Konzept der „si-

Fluchtrouten und Auffanglager

Fortsetzung einer humanitären Katastrophe

Die Menschen fliehen vor Krieg, Folter und extremer Armut aus ihrer Heimat. Auf der Suche nach Sicherheit geraten sie zunächst auf teils lebensgefährliche Fluchtrouten und dann in überfüllte Auffanglager mit katastrophalen Lebensbedingungen. Die ersten Ankunftsländer in Europa sind überfordert – und die nationalen Regierungen blockieren eine Lösung.

von Sarah Hammerl

Betrachtet man die Berichterstattung und die Debatten, bekommt man den Eindruck, dass sich die ganze Welt auf dem Weg nach Europa befindet – vor allem nach Deutschland. Dem ist nicht so. Was wir derzeit als Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ sehen, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Zahl der Menschen, die Europa niemals erreichen, die während ihrer Flucht durch die Sahara-Wüste, unter den schrecklichsten Bedingungen in Internierungslagern in Transitstaaten, in abgelegenen Gegenden der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, in Kolumbien, in Thailand und Myanmar ihr Leben verlieren oder ohne jeglichen Schutz festsitzen, zeigt erst das ganze Ausmaß der globalen Flüchtlingskrise auf.

Angesichts der prekären und lebensbedrohlichen Situation für die Zivilbevölkerung in Syrien, dem Jemen, Afghanistan, der Zentralafrikanischen Republik, Burundi, Eritrea, Somalia, dem Irak, dem Südsudan, Libyen und vielen weiteren Ländern wird die Zahl der Flüchtenden wohl auch in nächster Zeit nicht sinken. Damit stellen Flucht und Vertreibung eine der schwersten

humanitären Krisen unserer Zeit dar. Europa nimmt derzeit nur einen Bruchteil der weltweit Vertriebenen auf. Im Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR von 2015 war

aus Kriegs- und Konfliktgebieten wie Syrien, Afghanistan, dem Irak und Somalia, mehr als ein Drittel davon sind Frauen und Kinder. Auf den griechischen Inseln Lesbos, Sa-

Was wir derzeit als Auswirkungen der „Flüchtlingskrise“ sehen, ist nur die Spitze des Eisbergs.

unter den Top-6-Aufnahmeländern von Geflüchteten kein einziger EU-Mitgliedsstaat vertreten.

Warten unter katastrophalen Verhältnissen

Die Menschen fliehen vor Krieg, Gewalt, Folter und extremer Armut – finden sich jedoch anstatt in Sicherheit häufig in prekären bis katastrophalen Umständen wieder. Ihre Flucht ist oft mit traumatischen Erlebnissen verbunden, der Zugang zu medizinischer und humanitärer Versorgung stark eingeschränkt oder gar nicht vorhanden. In Griechenland und Italien sind die Aufnahmebedingungen für Geflüchtete bis heute nicht hinnehmbar. In Griechenland kamen 2015 mehr als 850.000 Menschen über das Mittelmeer an – 91 % von ihnen

mos, Chios, Leros und Kos, die zu den Hauptankunftspunkten für Geflüchtete vom türkischen Festland zählen, warten täglich Hunderte vor Registrierungszentren, die noch immer mit viel zu geringen Kapazitäten ausgestattet sind.

Ende Dezember 2015 hat „Ärzte ohne Grenzen“ unter Protest die Arbeit in den sizilianischen Aufnahmezentren Pozzallo und Ragusa eingestellt, da sich auch nach mehreren Appellen an und Verhandlungen mit den Behörden keine verbesserten Bedingungen in den Zentren zeigten. Ähnlich sieht es entlang der Balkanroute aus. Durch unerwartete und kurzfristige Grenzschließungen zwischen einzelnen Staaten und diskriminierende Grenzpraktiken passiert es, dass Tausende plötzlich im Niemandsland stranden und



Foto: Alex Yallop/Ärzte ohne Grenzen

Indomeni, 2. März 2016: eine syrische Familie am Grenzzaun zwischen Griechenland und Mazedonien. Zu diesem Zeitpunkt stecken 11.000 Flüchtlinge, mehr als die Hälfte davon Frauen und Kinder, unter unhaltbaren hygienischen Bedingungen und ohne ausreichende Unterkunft an der Grenze fest. „Ärzte ohne Grenzen“ behandelt Hunderte Personen mit Atemwegsinfektionen, Magen-Darm-Erkrankungen, Fieber und Erkältungen.

keinerlei Unterstützung erhalten. Viele Menschen wurden auf ihrer Flucht Opfer von physischer und psychischer Gewalt. Durch die Schaffung sicherer Fluchtwege und

und Italien waren positive Signale. Dass bislang nicht einmal 600 (Stand: 16.02.2016) der versprochenen 160.000 Asylsuchenden in Italien und Griechenland in andere

für das Sterben im Mittelmeer ist das Fehlen von sicheren und legalen Alternativen für Menschen auf der Flucht nach Europa. Dass die EU auf die Zunahme der weltweiten Flüchtlingszahlen 2015 mit einer Restriktion ihrer Asylpolitik und verstärktem Grenzschutz reagiert, läuft den Grundprinzipien der Humanitären Hilfe sowie den Genfer Konventionen zum Flüchtlingschutz zuwider. ■

Der Grund für das Sterben im Mittelmeer ist das Fehlen von sicheren und legalen Alternativen für Menschen auf der Flucht.

humanitärer Aufnahmebedingungen in den EU-Staaten hätte viel Leid verhindert werden können.

Trägheit und Widerstand europäischer Staaten

Die EU-Pläne zur Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer – nach 3.771 registrierten Toten im Jahr 2015 und bereits mehr als 400 im laufenden Jahr 2016 – sowie zur Umsiedlung Schutzsuchender aus Konfliktgebieten, Griechenland

Staaten umgesiedelt wurden, zeigt aber die Trägheit und die Widerstände der Regierungen trotz des bekannten Notstands. Und auch die EU-Militärinitiative „EUNAVFORMED-Sophia“ lässt Zweifel an der Priorität der Seenotrettung gegenüber der Schleuserbekämpfung aufkommen.

Aber selbst eine gut koordinierte und umfassende Seenotrettung im Mittelmeer kann nur eine Übergangslösung sein, denn der Grund

Sarah Hammerl, Jahrgang 1988, studiert Sozial- und Kulturanthropologie und arbeitet seit Anfang 2015 bei „Ärzte ohne Grenzen“ in der Abteilung für Humanitäre Fragen mit dem Themenschwerpunkt Flucht und Vertreibung.



www.aerzte-ohne-grenzen.de

Unterrichtsmaterialien

Warum? Wie? Wohin?

In Deutschland gelten Flüchtlinge und Asylsuchende vor allem als „Problem“. Eine Furcht geht um vor Kriminalität, einem schärferen Kampf um Arbeitsplätze und fremden Kulturen. Dabei sollten die Frauen, Männer und Kinder, die fern ihrer Heimat Sicherheit und neue Lebensperspektiven suchen, vor allem als Menschen wahrgenommen werden. Der Schulunterricht kann dazu beitragen.

von Petra Gaidetzka

Wer heute vor dem Bürgerkrieg in Syrien oder vor den Terror-Milizen des IS flieht, hat keine Wahl: Die Menschen können nicht in der Heimat bleiben, weil Ortschaften und Infrastruktur zerstört sind und ihr Leben unmittelbar bedroht wird. Auch wer aufgrund seiner Religion oder politischen Überzeugung verfolgt wird, hat oft keine Wahl. Anders sieht es aus bei den Menschen, die ihr Land verlassen, weil eine Dürre die Ernte vernichtet und oder eine Epidemie wie Ebola die Fami-

lie dezimiert und den Ernährer genommen hat. Sie durchlaufen oft einen längeren Entscheidungsprozess, ehe sie sich tatsächlich auf den Weg machen. Dieser wird durch Push- und Pull-Faktoren beeinflusst.

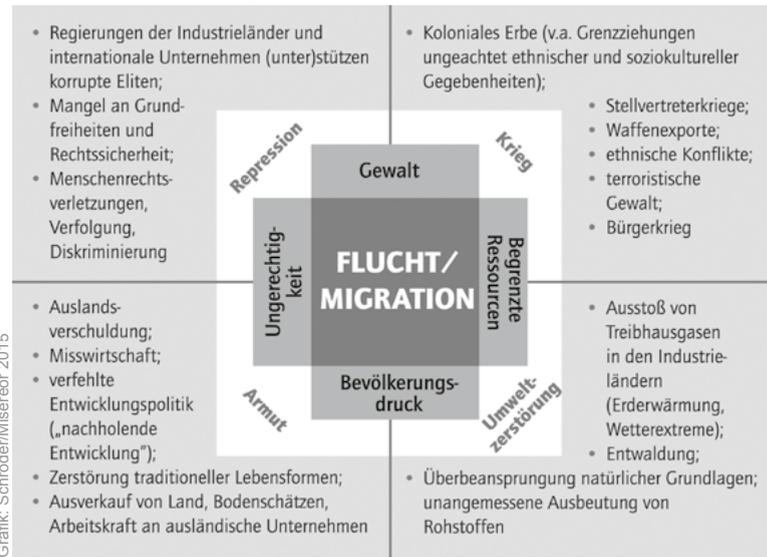
Armut ist ein Push-Faktor. Die Unmöglichkeit, sich im eigenen Land zu ernähren, ist kein Asyl-, aber doch ein nachvollziehbarer Migrationsgrund. Auf der anderen Seite stehen die Pull-Faktoren, die vermeintlich besseren Chancen in Europa, die Hoffnung auf Arbeit, Gesundheitsversorgung, Bildung und

auf Schutz vor willkürlicher Polizeigewalt. Angesichts der Zahl der Migranten auf dem Weg nach Europa, die im Jahr 2015 bis heute geradezu explodiert ist, scheint es wichtig, die Fluchtanreize herunterzuschrauben. Doch noch wichtiger ist die Bearbeitung der Fluchtursachen.

Wenn es darum geht, Fluchtgründe zu identifizieren, muss der globale Norden auch die eigene Verantwortung sehen: Wenn immer mehr Ackerfläche durch industrielle Plantagenwirtschaft beansprucht wird und dadurch zu wenig Grundnahrungsmittel erzeugt werden, wenn die – durch unsere energieintensive Produktions- und Lebensweise geförderte – Erderwärmung mit ihren Begleiterscheinungen, den Wetterextremen, weiter fortschreitet, wenn afrikanische Produkte auf dem Weltmarkt keine Chance haben, wenn Trawler-Flotten die küstennahen Gewässer leer fischen, wenn Staaten aus geo- und wirtschaftspolitischem Interesse destabilisiert werden, dann werden noch viel mehr Menschen als heute ihr Heil in Flucht und Migration suchen.

Unterrichtsmaterialien für alle Lernstufen

In der aktuellen Situation kommt der Schule eine besondere Bedeutung zu: Viele Schülerinnen und Schüler sind durch Halbwissen verunsichert, der oft manipulativ eingesetzten Informationsflut der Medien ausgeliefert und populistischer Propaganda ausgesetzt. Sie sollen mit ihren Ängsten ernst genommen werden, durch Faktenwissen eine höhere Sachkompetenz erlangen und eigene Lösungsvorschläge erarbeiten. Misereor bietet für alle Lernstufen Unterrichtsmaterialien an, die sich von der Website www.misereor.de/fuer-lehrer kostenfrei herunterladen lassen:



Syrienflüchtlinge in einem Lager im Nordirak

Foto: Gottschalk/Misereor 2015

„Kinder auf der Flucht“: Ein Unterrichtsentwurf für die Grundschule, der den Fluchtweg eines syrischen Mädchens darstellt und Kindern helfen soll, sich in die Situation und die Gefühle von Flüchtlingen einzufühlen.

„Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität“: Ein Unterrichtsentwurf für die Sekundarstufe I, der die Überlebenshilfe und psychosoziale Betreuung für traumatisierte Flüchtlinge im Nordirak durch Misereor-Partner vorstellt und die Schülerinnen und Schüler ermutigt, eigene Vorschläge für sinnvolle Hilfsprojekte zu erarbeiten.

„Fluchtursachen und Fluchtwege“: Eine Muster-Doppelstunde für die Sekundarstufe II, die Schülerinnen und Schüler zur Auseinandersetzung mit Fluchtursachen und der Situation junger Flüchtlinge in Deutschland führen will.

„Flucht – Bleiben oder Gehen“: Ein Projekttag für die Sekundarstufe II, der Vorurteile abbauen und Perspektivwechsel ermöglichen soll; am Beispiel einer Fluchtgeschichte werden die Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen, äußeren und inneren Umständen einer Flucht sowie den Dilemmasituationen, in denen sich Flüchtlinge oft befinden, ergründet.

Diese Materialien eignen sich für die Fächer Sachkunde (Grundschule), Religion, Ethik, Politik/Gemeinschaftskunde sowie für den fächerübergreifenden Unterricht. Speziell für den Religionsunterricht wurde zudem folgende Publikation konzipiert:

„Menschen auf der Flucht“: Drei in sich abgeschlossene Module für die Sekundarstufe I knüpfen an Misereor-Hungertücher an und verbinden die Themen Flucht und Asyl, Fremdheit und Integration, Fluchtursachen, Gerechtigkeit und Solidarität mit biblischen Texten.

Schule soll junge Menschen stark machen, damit sie in der aufgeheizten Debatte einen eigenen Standpunkt einnehmen und sich an der politischen Diskussion beteiligen können.

Petra Gaidetzka, Jahrgang 1958, ist Dipl.-Theologin und Referentin in der Abteilung „Bildung und Pastoralarbeit“ beim katholischen Hilfswerk „Misereor“.



Foto: Monday/Misereor

Sie koordiniert dort die schulische Bildungsarbeit.

kb.schule@misereor.de

MATERIALIEN

Grundschule, Klassen 1–4

Kinder auf der Flucht

Erscheinungsjahr: 2015, 8 Seiten
<http://tinyurl.com/h53vcw9>



Sekundarstufe I, Klassen 5–10

Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität

Erscheinungsjahr: 2015, 11 Seiten
<http://tinyurl.com/gqlh4fa>



Sekundarstufe I, Klassen 5–10, Religionsunterricht

Menschen auf der Flucht

Erscheinungsjahr: 2015, 41 Seiten
<http://tinyurl.com/pz7hhbq>



Sekundarstufe II, Klassen 11–13

Fluchtursachen und -wege

Erscheinungsjahr: 2015, 14 Seiten
<http://tinyurl.com/zygtsxh>



Sekundarstufe II, Klassen 11–13

Projekttag zum Thema „Flucht“

Erscheinungsjahr: 2016, 16 Seiten
<http://tinyurl.com/z2fo8mk>



Zahlen und Fakten 2015

Mehr Asylsuchende als je zuvor

Wie viele Flüchtlinge sind tatsächlich nach Deutschland gekommen? Und wie viele davon sind hier geblieben? Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verzeichnete einen Rekord von 442.000 Asylersanträgen im Jahr 2015. Das sind allerdings erheblich weniger als die 1,1 Mio. registrierten Zugänge im EASY-System. Wie ist diese Differenz zu erklären?

von Dirk Morlok

Das sogenannte „EASY-System“ ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Mit ihm sind zwischen Januar und Dezember 2015 in Deutschland fast

Monate vergehen. Durch diese Verzögerung ist unklar, wie viele Erstregistrierte später tatsächlich einen Asylantrag stellen. Nach Angaben der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 18/7625) kommen rund

1,1 Mio. Menschen neu registriert worden. Diese Zahl liegt deutlich unter vielen Prognosen, die Politiker in der zweiten Jahreshälfte aufgestellt hatten. Sprachen verschiedene Parteien und Behörden von bis zu 1,5 Mio. Flüchtlingen für 2015, überschlug sich die CSU mit ihrer Prognose von bis zu 7 Mio. Menschen, die in den kommenden Jahren inklusive Familiennachzug nach Deutschland kommen könnten – politische Stimmungsmache auf dem Rücken der Flüchtlinge.

13 % der in EASY registrierten Asylsuchenden nicht in der ihnen zugeordneten Erstaufnahmeeinrichtung an. Auch danach gibt es eine unbekannt große Größenordnung an Menschen, die keinen Asylantrag in Deutschland

stellt. Im Klartext: Nicht jeder, der in Deutschland registriert wird, stellt hier später auch einen Asylantrag. Die Gründe dafür können unterschiedlich sein: Einige Menschen wollen gar nicht nach Deutschland. So berichtete die Süddeutsche Zei-

tung im Oktober 2015 von Flüchtlingen, die nach Österreich wollten, von österreichischen Behörden aber weiter nach Deutschland gebracht wurden. Für manche war Deutschland auch nur Transitland zur Weiterreise in andere EU-Staaten. Gerade im letzten Quartal 2015 haben viele ihre Reise beispielsweise nach Skandinavien fortgesetzt. Nach Angaben von Ministerpräsident Torsten Albig hat allein Schleswig-Holstein im Jahr 2015 über 60.000 Flüchtlinge nach Skandinavien durchreisen lassen. Und mitunter kehren Menschen auch bereits vor einer Asylantragstellung in ihr Heimatland zurück. Auch kommt es beispielsweise vor, dass Flüchtlinge

sich auf eigene Faust zu Verwandten im Bundesgebiet begeben, anstatt das ihnen zugeteilte Bundesland anzusteuern. Das treibt die Zahl der Registrierten nach oben, ebenso wie andere Mehrfach- und Fehlregistrierungen seitens der Behörden.

Von den 1,1 Mio. im EASY-System registrierten Asylsuchenden kamen etwa zwei Drittel aus Syrien, dem Irak und Afghanistan.

Die dadurch entstandene Unschärfe bewegt sich im sechsstelligen Bereich. Auf absehbare Zeit bleibt deshalb offen, wie groß die Zahl derer ist, die als im Laufe des Jahres 2015 angekommene Asylsuchende letztendlich in den Kommunen unterzubringen sind.

Hohe Schutzquoten und eine Scheindebatte

Von den 1,1 Mio. im EASY-System registrierten Asylsuchenden kamen etwa zwei Drittel allein aus den drei Staaten Syrien, dem Irak und Afghanistan. Zusammen mit Eritrea machen diese drei Herkunftsländer im Jahr 2015 die Hälfte der registrierten Asylersanträge aus. Sie alle haben sehr gute Chancen auf Anerkennung. Die bereinigte Schutzquote für Syrer, Iraker und Eritreer betrug nahezu 100 %, für Afghanen

Die Balkanstaaten spielten im vergangenen Jahr immer weniger eine Rolle. Ihre Zahl war bereits im Mai 2015 rückläufig.

rund 80 %. Das bedeutet auch, dass der Großteil der Asylsuchenden in Deutschland bleiben wird. Sie zu integrieren, ist eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein fundiertes Integrationskonzept lässt die Bundesregierung allerdings weiterhin vermissen.

Stattdessen führte der Bundesinnenminister eine monatelange Debatte um den zu bewältigenden Zustrom an Flüchtlingen aus den sogenannten „sicheren Herkunftsländern“. Jedoch spielten die Balkanstaaten im Laufe des vergangenen Jahres immer weniger eine Rolle. Ihre Zahl war bereits im Mai 2015 rückläufig. Der monatelange Ruf nach der Begrenzung der Flüchtlingszahlen aus sogenannten

„sicheren Herkunftsländern“ war also eine Scheindebatte.

Großer Bearbeitungsrückstau beim Bundesamt

Auch im Jahr 2015 warteten Hunderttausende Asylsuchende darauf, endlich einen Entscheid zu bekommen. Doch der Rückstau beim Bundesamt für Migration und

Der monatelange Ruf um die Begrenzung der Flüchtlingszahlen aus „sicheren Herkunftsländern“ war eine Scheindebatte.

Flüchtlinge (BAMF) ist auf 365.000 unerledigte Anträge (Stand: Dezember 2015) angestiegen, ein Zuwachs von 116 % im Vergleich zum Jahresende 2014. Einige Hunderttausend Neuangekommene sind noch gar

nicht im Asylverfahren und werden ihren Antrag erst noch stellen. Nach Schätzungen von BAMF-Präsident Weise liegt die Zahl der noch nicht gestellten Asylanträge bei ca. 300.000 bis 400.000. Die Zahl der Altfälle, die bereits länger als ein Jahr auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warten, lag Ende 2015 bei knapp 90.000, unter ihnen rund 20.000 afghanische, irakische und eritreische Asylsuchende mit sehr hoher Anerkennungschance; fast 25.000 dieser Altfälle sind bereits seit mehr als zwei Jahren nicht entschieden.

Rückkehr zu Einzelfallprüfungen kontraproduktiv

Doch auf unkomplizierte Verfahren wird das BAMF in Zukunft

verzichten. Gerade 2015 hat eine Verfahrenspraxis zu rascheren Asylverfahren und einer erheblichen Arbeitsentlastung geführt: das Schriftverfahren für Asylsuchende aus Syrien, dem Irak und Eritrea. Insbesondere deswegen konnten beim BAMF Ende 2015 etwa 150 % mehr Asylentscheidungen als 2014 verbucht werden, 55 % davon betra-

fen Syrer. Doch das unkomplizierte Schriftverfahren wird aufgegeben: Ab Januar 2016 gelten wieder Einzelfallprüfungen für Asylsuchende aus Syrien, dem Irak und Eritrea. Ein widersinniger Rückschritt, denn ihre Anerkennungsquote beträgt nahezu 100 %. Auch Dublinverfahren für Syrer wurden wieder aufgenommen. Geprüft wird dabei die eventuelle Zuständigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates. Vor dem Hintergrund unerledigter Aktenberge ist das ein zusätzlicher bürokratischer Akt, der das monatelange Warten auf den Asylentscheid unnötig in die Länge zieht. ■

Dirk Morlok, Jahrgang 1974, ist diplomierter Sozialarbeiter und seit 13 Jahren bei der Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ tätig. Zu seinem Aufgabengebiet gehören unter anderem die Beratung in Asylfragen und die Aufbereitung von Zahlen und Statistiken.



Asylrecht und Menschenrechte

Die Mär der rechtswidrigen Flüchtlingspolitik

Große Verwirrung herrscht in Politik und Medien über die Rechte der bei uns ankommenden Flüchtlinge. Auch wenn viele im Sinne des Asylrechts keine anzuerkennenden Flüchtlinge sind, haben sie dennoch oft einen Rechtsanspruch auf staatlichen Schutz. Und auf ein menschenwürdiges Dasein. Damit sie das in ihrer Heimat haben, sind die Fluchtursachen zu bekämpfen.

von Hermann Striedl

Wie ein Orkan brach der Flüchtlingsstrom über Europa herein. Unvorhersehbar? Seit Jahrzehnten gibt es Warnungen, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Ausbeutung armer Staaten zu humanitären Katastrophen führen wird. Ursache der Völkerwanderung ist nicht die Willkommensgeste der Bundeskanzlerin, denn die Flüchtlinge waren längst unterwegs. Hungernde und frierende Menschen, darunter viele Kinder, Alte und Kranke, waren unter unsagbaren Mühen und Gefährdungen aus ihrer Heimat geflohen und standen an unseren Grenzen.

Es war eine Geste der Menschlichkeit, die deutschen Grenzen zu öffnen. Es mag sein, dass dies auch durch den Wunsch ausgelöst wurde, das ramponierte Ansehen Deutschlands aufzupolieren, oder durch den Wunsch der Wirtschaft nach billigen Arbeitskräften. Nichtsdestotrotz war Angela Merkels Handeln moralisch geboten.

Doch die Stimmung verschlechterte sich schnell. Brandstifter verbreiteten ihre Parolen von der Überfremdung des Vaterlandes, drohender Islamisierung, Unterwanderung durch Terroristen und Kriminelle, Verlust abendländischer

Kultur. Es gelang ihnen, Ängste zu schüren, die in Protesten und Straftaten bis hin zu versuchtem Mord mündeten. Die Brandstifter waren

Unrichtig ist, dass die nicht nach dem Asylrecht anzuerkennenden Flüchtlinge keinen Rechtsanspruch auf staatlichen Schutz hätten.

nicht nur rechtsextreme Chaoten, sondern auch Menschen aus der gesellschaftlichen Mitte. Selbst Politiker etablierter Parteien nutzen Ausländerfeindlichkeit als schnödes Wahlkampfmittel.

Asylrecht und Genfer Flüchtlingskonvention

Sicher bringt die Flüchtlingswelle für Deutschland große Probleme, fordert materielle und auch persönliche Opfer. Verständlich ist die Meinung, dass Deutschland nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen kann. Unannehmbar ist aber, dass keine vernünftigen humanen Maßnahmen vorgeschlagen werden. Unannehmbar ist vor allem, dass Hass gegen Ausländer geschürt wird, dass ihr Leben gefährdet ist. Das Verwirrspiel, das von Politik und Medien betrieben wird, zeigt sich darin,

dass oft pauschal von „Asylsuchenden“ gesprochen wird, die nach dem geltenden Asylrecht aber kein Bleiberecht in Deutschland hätten.

Richtig ist, dass Menschen, die aus ihrer Heimat auswandern und in Deutschland einwandern wollen, im rechtlichen Sinn meist keine anzuerkennenden Flüchtlinge sind. Nach dem deutschen Asylrecht und der Genfer Flüchtlingskonvention werden nur diejenigen als Flüchtlinge anerkannt, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität oder politischen Gesinnung von ihrem Heimatstaat verfolgt werden. Ihnen muss Asyl gewährt werden. Krieg, Hunger, Umweltkatastrophen, nicht vom Heimatstaat ausgehende Gefahren der Ermordung, Folter, Vergewaltigung und Versklavung sind dagegen kein Grund, als Flüchtling anerkannt zu werden.

Unrichtig ist aber die Behauptung, dass die nicht nach dem Asylrecht anzuerkennenden Flüchtlinge in Deutschland und Europa keinen



Foto: Thorben Wengert/pixellode

Rechtsanspruch auf staatlichen Schutz hätten. Unrichtig ist auch die Behauptung, dass die Aufnahme von Menschen, die vor Tod, Folter oder Vergewaltigung flohen, gegen das allgemeine Recht oder gegen völkerrechtliche Vereinbarungen verstößt.

Menschenrechte und Völkergewohnheitsrecht

Der Schutz der Menschenrechte ist spätestens seit der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 anerkanntes Völkergewohnheitsrecht. Dies ist in der einschlägigen Literatur unbestritten. Diese völkerrechtliche Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet erforderlichenfalls zur Aufnahme gefährdeter Personen. Da der Gel-

Der Schutz der Menschenrechte ist seit 1948 anerkanntes Völkergewohnheitsrecht. Dies verpflichtet zur Aufnahme gefährdeter Personen.

tungsbereich des Asylrechts hier nicht anwendbar ist, ist die Art der Schutzebringung dem Aufnahmestaat überlassen. Solange keine gesetzlichen Regelungen getroffen

werden, gilt hier wie für alle im Geltungsbereich des Grundgesetzes Befindlichen dessen Artikel 1: Den Hilfesuchenden ist ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Da die unbegrenzte Aufnahme hilfesuchender Menschen für einzelne Staaten nicht möglich ist, sind alle Staaten gefordert, dafür zu

Die gegenwärtigen Versuche, die Zuwanderung in den Griff zu bekommen, sind eine hilflose Symptombekämpfung.

sorgen, dass die Betroffenen nicht aus ihrer Heimat fliehen müssen. Die Fluchtursachen wurden überwiegend geschaffen durch wohlhabende Staaten, die ärmere Staaten ausbeuten, Kriege führen oder unterstützen, Lebensgrundlagen und Umwelt zerstören. Sollte sich die Völkergemeinschaft hier nicht einigen können, entsteht eine nicht zu bremsende Völkerwanderung. Die gegenwärtigen Versuche, die Zuwanderung in den Griff zu bekommen, sind eine hilflose Symptombekämpfung. Erforderlich ist eine Ursachenbekämpfung.

Überall ein menschenwürdiges Leben ermöglichen

Die Abschottung durch Außengrenzen samt der Tatsache, dass dadurch weitere Menschen ertrinken oder

vermeidbar. Ein friedliches Miteinander setzt voraus, dass die reichen Länder von ihrem Reichtum abgeben. Es setzt von der Politik ein Umdenken voraus. Nicht das „immer Mehr“, nicht der Wille zur Macht, sondern die Verantwortung für alle kann ein humanitäres Chaos verhindern.

Durch Gewalt lässt sich die Flucht von Hungernden und ums Überleben Kämpfenden nicht unterbinden. Kriege sind lediglich geeignet, Menschen zu töten oder Kriegsflüchtlinge zu erzeugen. Gegenwärtig erblüht insbesondere auch in Deutschland ein unglaublicher Militarismus. Dass das Eingreifen in kriegerische Auseinandersetzungen völkerrechtswidrig ist, soll hier nicht vertieft werden. Wenn aber nur ein Teil der in nächster Zeit für eine irrsinnige Aufrüstung geplanten finanziellen Mittel für humanitäre Maßnahmen verwendet würde, dann wäre dem Frieden und der Sicherheit viel mehr gedient. ■

Hermann Striedl, Jahrgang 1938, ist Jurist und war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht



Regensburg. 2003 trat er in die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.

www.hermannstriedl.wordpress.com

Lehren, Chancen, Perspektiven

Brain gain statt brain drain

Die massenhafte Migration trifft auf ein konzeptloses Europa. Abschottung löst jedoch keine Probleme. Sinnvoll wäre mehr Weitsicht, ein migrationspolitisches Konzept und eine intensivere Entwicklungszusammenarbeit. Denn Migration kann für die Entwicklung eines Landes auch förderlich sein – wenn die Ausgewanderten mit neuem Know-how zurückkehren.

von Ulrich Post

Die Zahl der Flüchtlinge ist im vergangenen Jahr gestiegen und wird weiter steigen – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Mehr als 60 Mio. Menschen sind derzeit auf der Flucht, 86 % davon finden Zuflucht in ihrem Heimatland oder einem anderen Entwicklungsland. Ein großer Teil der globalen Fluchtbewegungen findet in Asien und Afrika statt. Nur ein kleiner, aber zunehmender Teil der Flüchtlinge gelangt nach Europa. Die Staaten außerhalb der EU, die viele Flüchtlinge aufgenommen haben, benötigen zusätzliche Unterstützung. Zum einen durch humanitäre Hilfe, zum anderen müssen die Kapazitäten der besonders stark betroffenen Länder zur Aufnahme und Versorgung der

gilt, eine „verlorene Generation“ von Flüchtlingen zu verhindern.

Konflikte und Krisen vor Ort bewältigen

Auch ohne im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention politisch verfolgt zu sein, werden mehr Menschen nach Deutschland und Europa kommen. Diese Migranten haben

oft ähnliche Motive wie die Asylsuchenden: eine Kombination aus Konflikten, politischer Instabilität und wirtschaftlicher Unsicherheit.

Überalterung hier, ein sehr hoher Anteil junger Menschen dort. Die Sozialsysteme der Aufnahmeländer spielen nach Aussagen von Migrationsforschern keine wichtige Rolle bei der Entscheidung eines Menschen pro oder contra Abwanderung.

Um Fluchtursachen zu überwinden und Flüchtlinge zu un-

terstützen, sollten deutlich mehr Mittel in die Prävention von Konflikten und Krisen investiert werden. Humanitäre Hilfe leistet darüber hinaus Hilfe in akuten Flüchtlingskrisen und sollte dabei auch ein besonderes Augenmerk auf Binnenflüchtlinge richten, um ihnen Zugang zu Hilfe und Schutz zu ermöglichen. Schließlich besteht in den Herkunftsländern ein großer Bedarf, die Flüchtlinge bei Rückkehr und Reintegration zu unterstützen, damit die Rückkehr als Neuanfang und Beginn der Wiedereingliederung begriffen werden kann.

Sie suchen nach Perspektiven für bessere Lebensbedingungen. Diese Wanderungsbewegungen werden in den nächsten Jahren noch zunehmen, u.a. wegen der globalen demografischen Ungleichheit:

Migration kann wichtige Entwicklungsbeiträge für die Migranten selbst und für deren Herkunfts- und Aufnahmeländer leisten.

Wir benötigen in Deutschland und der gesamten EU ein migrationspolitisches Konzept, nicht nur kurzfristige Instrumente.

Flüchtlinge gestärkt werden. Zur Versorgung gehören nicht nur Unterbringung und Ernährung, sondern auch weitergehende Angebote wie Bildung und Ausbildung sowie ein Zugang zum Arbeitsmarkt. Es

Migrationspolitisches Konzept entwickeln

Wir benötigen in Deutschland und besser noch in der gesamten EU ein migrationspolitisches Konzept, das Ziele formuliert und nicht nur kurzfristige Instrumente. Dabei geht es innerhalb der EU nicht nur um die Anwendung gleicher

Wenn die Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich ist, verbessert sie den Wohlstand in den Regionen, in denen sie tätig ist.

Standards bei Asylverfahren und der Versorgung von Flüchtlingen sowie um eine faire Aufteilung von Verantwortung und Lasten. Es geht auch um die Aussetzung des gescheiterten Dublin-Systems und eine Neuregelung der Flüchtlingsaufnahme, einschließlich einer Diskussion über die Vor- und Nachteile von Aufnahmequoten.

Grenzsicherungen für Zuwanderer helfen aller Erfahrung nach nicht dabei, ihre Zahl zu reduzieren, weil sich die Schmuggeldienstleistungen professionalisiert haben, online und über soziale Medien bessere Informationen zur Verfügung

zu verhindern. Denn: Migration kann wichtige Entwicklungsbeiträge für die Migranten selbst und für deren Herkunfts- und Aufnahmeländer leisten. Wenn das gelingen soll, muss es erstens politisch gewollt sein, zweitens bedarf es eines fairen Interessenausgleichs zwischen Herkunfts- und Aufnah-

meländern sowie den Migranten. Drittens müssen die Rechte der Migranten sichergestellt werden, um Lohndumping, Ausbeutung und Diskriminierung zu verhindern.

Entwicklungszusammenarbeit fördern

Migration sollte nicht bekämpft, sondern angemessen geregelt werden. Dabei kann auch die Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielen. Wenn sie erfolgreich ist, verbessert sie den Wohlstand in den Regionen, in denen sie tätig ist. Die Erfolgswahrscheinlichkeit von Entwicklungszusammenarbeit

aber auch Chancen: Migration gilt als Treiber von Entwicklung. Zirkuläre Migration und die Reintegration von Migranten in ihren Heimatländern sollten stärker gefördert werden. Durch Beratungsangebote lassen sich die sozialen Kosten von Migration in den Herkunftsländern verringern und Angebote entwickeln, die Rücküberweisungen der Migranten entwicklungsförderlich einzusetzen. So könnte aus einem „brain drain“ ein „brain gain“ werden – aus einem „Gehirn-Abfluss“ ein „Gehirn-Gewinn“.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen alles tun, um weitere humanitäre Katastrophen an den Außengrenzen zu verhindern. Seenotrettung ist dafür unerlässlich, aber es müssen auch mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten für nicht anerkannte Asylsuchende und Migranten geschaffen werden, z.B. durch die Vergabe humanitärer Visa oder durch eine Erleichterung des Familiennachzugs. Das entlastet die Regierungen der Herkunftsländer nicht aus ihrer Verantwortung für eine an den Menschenrechten und dem Gemeinwohl orientierte Politik. ■

Zirkuläre Migration und die Reintegration von Migranten in ihren Heimatländern sollten stärker gefördert werden.

stehen und die lokalen und internationalen Migranten-Netzwerke zu weiterer Migration ermutigen. Migrationsforscher weisen darauf hin, dass Grenzsicherungen zwar die Migrationsrouten verändern, nicht aber die Zahl der Migranten.

Es sollte nicht Ziel von Entwicklungspolitik sein, Migration aus Entwicklungsländern nach Europa

steigt, wenn sie ihre Konzepte mit den Herkunftsländern abstimmt und sich die Geberländer besser untereinander koordinieren.

Migration ist für die Betroffenen riskant, kann zu einem Abfluss dringend benötigten Wissens führen, negative Auswirkungen auf die Familienstrukturen haben und die Aufnahmeländer belasten. Sie birgt

Ulrich Post, Jahrgang 1953, studierte Politische Wissenschaften und Volkswirtschaft und war danach viele Jahre als Redakteur für diverse Medien tätig. Von 1988 bis 1992 leitete er ein Medienprogramm in Lesotho. Seit 1996 arbeitet er für die Deutsche Welthungerhilfe, zunächst als Pressesprecher, seit 2004 als Leiter der Abteilung „Politik und Außenbeziehungen“.



ulrich.post@welthungerhilfe.de

Flüchtlingsunterkünfte

Wohnraum, keine Stahlcontainer!

Flüchtlinge brauchen Unterkünfte. Menschenwürdige Unterkünfte. Die Kommunen und Landkreise stehen vor einer großen Herausforderung, auf die sie völlig unvorbereitet sind. Da die Zeit meist knapp ist und alles schnell gehen muss, kommen nur trockene Bauweisen infrage: Stahl oder Holz. Doch neben der Bauzeit sind auch noch andere Aspekte wichtig.

von Günther Hartmann

Als erste große Institution meldete sich im Juli 2015 die Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen mit dem Positionspapier „Flüchtlinge brauchen Wohnungen, keine Behälter!“ zu Wort. Darin übt sie scharfe Kritik an der bisher üblichen Unterbringung in Stahlcontainern und begründet dies mit medizinischen, psychologischen und sozialen Argumenten: „Durch die Kondenswasserbildung und die geringe Luftwechselrate infolge absoluter Diffusionsdichtigkeit entstehen oft hohe Luftfeuchtigkeit und Schimmelbildung, die eine Gefährdung der Gesundheit darstellen. Die Kleinteiligkeit, Stapelbarkeit und Reihung einer Containerunterkunft bildet die Einrichtung als einen bürokratischen Akt des Verwaltens und rein technologischen Verwahrens menschlicher Schicksale ab. Der Charakter des Provisorischen und Transitorischen trägt schon visuell nicht zu einer Integration ihrer Bewohner in die Gesellschaft, sondern zu einer Stigmatisierung bei. Optisch unterstreichen Container das Gefühl und die Wahrnehmung von Ortlosigkeit und beliebiger anonymer Disponierbarkeit.“

Die klare Forderung: „Bei der Erstellung von Gemeinschaftsunterkünften ist auf genormte Stahl-Wohncontainer zu verzichten.“ Als Alternative wird empfohlen, die Vorzüge von Vorfertigung, modularer Bauweise und Typisierung über das auch psychologisch positiv besetzte Material Holz auszuschöpfen.

Die Kleinteiligkeit, Stapelbarkeit und Reihung einer Containerunterkunft bildet die Einrichtung als Akt technologischen Verwahrens menschlicher Schicksale ab.

Wichtig ist auch, dass die Möglichkeit besteht, Module an anderer Stelle und in anderen Funktionen wie beispielsweise als Studentenunterkünfte oder Monteurpensionen weiter zu nutzen oder in gleicher Funktion an andere Orte zu translozieren. Und: „Auch im Falle eines vollständigen Abrisses und anschließender Entsorgung ist mit nachwachsenden Rohstoffen und der geringen ‚grauen Energie‘ bei der Errichtung Nachhaltigkeit zu gewährleisten.“

Moderne Vorfertigung ermöglicht kurze Bauzeiten

Die Vorfertigung großer Wand-, Decken- und Dachelemente oder gar kompletter Raummodule in wettergeschützten Werkhallen sorgt dafür, dass die Bauqualität steigt und auf den Baustellen die Montagezeiten kurz und mit wenig Lärm, Staub und Dreck verbunden sind. Eine serielle Vorfertigung identischer Bauelemente beschleunigt die Abläufe und senkt die Kosten. Hier profitiert der Holzbau von technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte: von IT-basierten Planungs- und Fertigungsmethoden sowie von modernen Transport- und Hebewerkzeugen sowohl in den Werkhallen als auch auf den Baustellen.

Der Grad der Vorfertigung kann sehr hoch sein: Außenwände können mit eingebauten Fenstern geliefert werden, Raummodule mit eingebauten Nasszellen, Haustechnikinstallationen und Möbeln. Die Dimensionen der Bauteile werden

vor allem durch ihre Transportierbarkeit begrenzt: von der Tragfähigkeit der Fahrzeuge, der Straßenbreite und der Durchfahrhöhe unter Brücken. Das Gewicht stellt im Holzbau – im Gegensatz zu anderen Bauweisen – kein Problem dar.

Energieeffizienz bedeutet niedrige Betriebskosten

Die Holzrahmenbauweise ist leicht, weil bei ihr – ähnlich wie bei historischen Fachwerkhäusern – die Tragkonstruktion aus Balken be-



Foto: Günther Hartmann

Positives Beispiel: acht um einen Platz gruppierte Einzelgebäude in Holzrahmenbauweise für 120 Flüchtlinge in Königsbrunn

steht und ihre Zwischenräume mit Wärmedämmung gefüllt sind. Die hervorragenden Wärmedämmeigenschaften sind bei einer Betrachtung der Betriebskosten über mehrere Jahre durchaus bedeutsam. Die Heizkosten schlecht gedämmter Stahlcontainer sind vielfach höher als die von gut gedämmten Holzrahmenbauten – erst recht, wenn sie wie bei temporären Gebäuden oft üblich im Winter mit Strom beheizt und im Sommer mit Strom gekühlt werden.

Das durch niedrige Heizkosten mittel- und langfristig gesparte Geld sollte in die bauliche Qualität der Unterkünfte investieren werden – sowohl innen als auch außen. Denn ist die Flüchtlingsunterkunft ein optischer „Schandfleck“, entsteht bei den Einheimischen unnötigerweise ein Gefühl von Ärger und Abneigung, was die Kommunikation und Integration erschwert. Und für die Flüchtlinge gilt das natürlich ebenso. Integration beginnt damit, sich an einem Ort wohlfühlen.

Architektur hat Einfluss auf Psyche und Verhalten

Da Flüchtlinge zunächst nicht arbeiten dürfen und wenn doch, dann oft

kann diese mindern. Sie kann dazu beitragen, dass die Flüchtlinge entspannter sind und achtsamer mit ihren Mitbewohnern und mit der Bausubstanz umgehen. Hier kommt wieder das Holz ins Spiel.

Wie der österreichische Medizin-Professor Maximilian Moser in einem zwölfmonatigen Langzeitversuch mit vier Schulklassen nachwies, wirkt eine Innenausstattung aus Holz beruhigend. Die Schüler waren weniger aggressiv, wiesen eine geringere Herzschlagfrequenz auf und waren seltener krank.

Optisch unterstreichen Container das Gefühl und die Wahrnehmung von Ortlosigkeit und beliebiger anonymer Disponierbarkeit.

keinen Arbeitsplatz finden, halten sie sich mehr als andere Menschen in ihren Unterkünften auf und müssen sich die engen Räume mit ihnen fremden Menschen teilen. Das führt zu Stress, Frustration und Aggression. Eine durchdachte Architektur mit angenehmen Baumaterialien

Dass Holz die Gesundheit fördert, steht für Moser außer Zweifel. Über die Gründe dafür kann er nur spekulieren, denn es gibt dazu noch zu wenig Forschung und somit keine wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse. Klar ist nur: Holz ist unserem Körper seit jeher



Foto: Günther Hartmann

Negatives Beispiel: vier aus Stahlcontainern zusammengesetzte Gebäudezeilen für 400 Flüchtlinge im Münchner Stadtteil Messestadt

vertraut, die heute künstlich hergestellten Materialien sind ihm dagegen fremd.

Nachfrage lässt Preise für Stahlcontainer steigen

Gegen Ende des Jahres 2015 änderte sich die Situation plötzlich

von selbst in eine positive Richtung: Die Preise und Lieferzeiten der bisher üblichen Stahlcontainer waren immer mehr angestiegen – und Holz war plötzlich nicht mehr nur die bessere, sondern auch die preisgünstigere Alternative. Um die Produktivität der Holzbaubranche zu steigern, ging der Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks mit der Initiative „Schneller Wohnraum“ in die Offensive. Die Ziele sind zum einen eine stärkere Kooperation zwischen den einzelnen Betrieben, zum anderen eine einfachere Kommunikation zwischen den Kommunen und Innungen.

Während sich in der Vergangenheit nur relativ wenige größere Holzbaubetriebe dem Bau von Flüchtlingsunterkünften widmeten – die mit großen Hallen und großen Maschinen –, können nun auch mittlere und kleinere Betriebe bei

für alle Gebäude. Der genannte Grund: Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum hätte eine hohe Dringlichkeit und hohe Wärmeschutzstandards wären da kontraproduktiv. Der Absatz von Ziegeln könnte zurückgehen, da Ziegel-Außenwände wegen ihrer schlechten Wärmedämmeigenschaften unattraktiv dick werden.

Mit einer intensiven „Beratung“ politischer Entscheidungsträger einer ging eine Medienkampagne. „Deutscher Dämmwahn verschärft die Flüchtlingskrise“ lautete beispielsweise am 19. Oktober 2015 eine Schlagzeile in der Tageszeitung „Die Welt“. Solche Aktionen haben eine lange Tradition. Seit der ersten EnEV gehört die Ziegelindustrie zu den großen Bremsern bei der Energieeinsparung. Immer wieder schaffte sie es durch geschickte Lobbyarbeit, die Wärme-

Integration beginnt damit, sich an einem Ort wohlfühlen.

der Bewältigung dieser dringenden Bauaufgabe mitarbeiten. Dazu ging Ende September 2015 die gleichnamige Internetplattform online. Kurz darauf folgte der Deutsche Holzwirtschaftsrat mit einer Website, die nachahmenswerte Beispiele zeigt.

Ziegelindustrie versucht, Situation auszunutzen

In die Diskussion mischte sich im Herbst 2015 plötzlich ein unerwarteter Teilnehmer ein: Die bayerische Ziegelindustrie plädierte für die Aussetzung der schon beschlossenen Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) zum 1. Januar 2016 – nicht nur für Flüchtlingsunterkünfte, sondern

schutzanforderungen niedrig zu halten. Doch diesmal scheiterte sie: Obwohl Bayern die Interessen der Ziegelindustrie unterstützte, fand ein diesbezüglicher Antrag auf der Bauministerkonferenz am 30. Oktober 2015 keine Mehrheit. Das lag auch an der damals bevorstehenden Weltklimakonferenz in Paris.

Ausstellung „Making Heimat“ thematisiert das Bleiben

Nach dem hessischen Positionspapier nahm in den Architekturdiskussionen das Thema „Flüchtlingsunterkünfte“ zunächst nur langsam an Fahrt auf, ist aber inzwischen dominierend. So war es keine Überraschung, dass der Ausstellungsvor-

schlag „Making Heimat. Germany, Arrival Country“ des Deutschen Architektur museums den Wettbewerb für die Gestaltung des Deutschen Pavillons auf der Internationalen Architektur-Biennale 2016 in Venedig gewann.

Es geht dabei sowohl um die viel zitierte „Willkommenskultur“

Soziologen und Psychologen beleuchteten es aus verschiedenen Blickwinkeln. Und es zeigte sich, dass es zwei konträre Ansätze gibt: Der eine Ansatz ist, die Entstehung von „Ghettos“ tunlichst zu vermeiden und Flüchtlinge möglichst schnell in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Das gelingt am bes-

Warum drehen sich alle Diskussionen und Überlegungen nur um die Asylsuchenden, jedoch nicht um die fast genauso vielen legalen Einwanderer aus anderen EU-Staaten?

als auch um die noch kaum thematisierte „Bleibekultur“. Zur „Willkommenskultur“ gehören die Auffanglager und Unterkünfte, von denen elf in Venedig präsentiert werden – ergänzt durch eine umfassende Online-Datenbank, die laufend um neue Projekte erweitert wird. Diese will die Realität in ihrer Vielfalt abbilden. Und sie soll den politischen Entscheidungsträgern in den Kommunen und Landkreisen eine umfassende und übersichtliche Informationsgrundlage bieten. Zur „Bleibekultur“ werden deutsche Stadtviertel mit hohem Ausländeranteil untersucht. Diese zeichnen sich durch besondere Eigenschaften aus: günstige Mieten, Zugang zu Arbeitsplätzen sowie ethnische Netzwerke, die Ankommende aufnehmen und ihnen mittel- und langfristig einen sozialen Aufstieg ermöglichen.

Symposium „Flucht nach vorne“ wirft Fragen auf

Mitte März 2016 fand in München die bisher spannendste Veranstaltung zum Thema statt: das zweitägige Symposium „Flucht nach vorne“. Stadtplaner, Architekten,

den durch eine kleinteilige Zumschung. Der andere Ansatz ist, Einwandererviertel als etwas Positives zu betrachten und von klassischen Einwanderungsländern und -städten zu lernen.

Interessant an der Veranstaltung war auch, dass Fragen erörtert wurden, die weit über den Tunnelblick der aktuellen Debatten hinausgingen: Welche Chancen bietet die Zuwanderung einem Staat mit schrumpfender Bevölkerung? Warum drehen sich alle Diskussionen und Überlegungen nur um die Asylsuchenden, jedoch nicht um die fast genauso vielen legalen Einwanderer aus anderen EU-Staaten? Ist unsere Unterscheidung zwischen „guten“ Flüchtlingen, die wegen Krieg oder politischer Verfolgung zu uns kommen, und „schlechten“ Flüchtlingen, die aus wirtschaftlichen Motiven zu uns wollen, sinnvoll und richtig?

Einig waren sich aber alle: Integration muss das Ziel sein. Dafür braucht es Konzepte. Für den Anfang sind die paar Quadratmeter Wohnraum zwar wichtig, doch das Weitere findet außerhalb statt. Und: Wir haben ein generelles

BUCHTIPPS

Peter Cachola Schmal, Oliver Elser, Anna Scheuermann (Hrsg.)
Making Heimat. Germany, Arrival Country
Hatje Cantz, Juni 2016
288 Seiten, 9,80 Euro
978-3-7757-4141-5



Jörg Friedrich u.a. (Hrsg.)
Refugees Welcome
Konzepte für eine menschenwürdige Architektur
Jovis, Juli 2015
256 Seiten, 28,00 Euro
978-3-86859-378-5



Doug Saunders
Die neue Völkerwanderung – Arrival City
Pantheon, April 2013
576 Seiten, 16,99 Euro
978-3-570-55211-7



Wohnungsproblem. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für die Einheimischen, für die legalen Einwanderer aus der EU und für die Flüchtlinge gleichermaßen. ■

Günther Hartmann,
Jahrgang 1965,
studierte Architektur
und war nach dem
Diplom zunächst in
verschiedenen Archi-
tektur- und Stadt-
planungsbüros tätig. Seit 2008 arbeitet er
hauptberuflich als Journalist. In die ÖDP
trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verant-
wortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

New World Order

Entflechtung einer Verschwörungstheorie

Charakteristisch für Rechtsradikale und Rechtspopulisten ist ihr Opfergehab. An unseren Misere sind Verschwörer schuld: früher die Juden, heute die EU oder die Moslems. Dabei wird unser Leben heute vor allem von der Weltwirtschaft bestimmt. Und die lässt sich nicht so einfach lenken. Oder doch? Immerhin ist auf dem Dollar-Schein eine „New World Order“ erwähnt. Was hat es damit auf sich?

von Paul Holmes

Wikipedia definiert eine „Verschwörung“ als „gemeinsame und verdeckte Planung von Handlungen zum Nachteil anderer“. Die auf dem Dollar-Schein genannte „New World Order“ (NWO) erfüllt je nach Blickwinkel nur zwei oder doch alle drei der notwendigen Grundsätze: (1) Es gibt eine Ge-

fasst hat. Will die Federal Reserve (FED), die den Dollar als Währung verwaltet, die Welt kontrollieren? Die Antwort lautet: in etwa. Betrachten wir die Indizien.

Indiz 1: Dollar als Leitwährung

Es dürfte nicht überraschen, dass die Währung der USA sich zu deren

Hier sollte vielleicht lieber von einem „libertären“ Markt die Rede sein. Er ist nämlich gar nicht frei, sondern gelenkt und willkürlich. Bis in die 1960er-Jahre blieb die Dollar-Währung eine Geldausgabe wie alle anderen, doch dann entstand eine Volkswirtschaftslehre um Friedrich von Hayek und Milton Friedman. Diese beeinflusste Politiker wie Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die ihre Theorien als „Reaganomics“ bzw. „Monetarismus“ umsetzten. Noch haben wir keine NWO, aber sehr wichtige Voraussetzungen dafür: den Gebrauch der Währung als Lenkungsinstrument der Volkswirtschaft durch Kontrolle der Geldmenge (= Monetarismus) und das Zurückdrängen staatshaushalterischer, also fiskalischer Instrumente (= Keynesianismus).

Den Dollar der 1960er-Jahre als „Geldausgabe wie alle anderen“ zu beschreiben, war etwas abgekürzt. Er war schon damals eine Welthandelswährung, doch innerhalb eines Stabilitätssystems namens „Bretton Woods“, das die gewaltigen Schwankungen der Wechselkurse, die die 1930er-Jahre charakterisierten und enorme Verluste zeitigten,

im vertretbaren Rahmen halten sollte. Innerhalb des Systems fungierte er als Leitwährung mit einer Rückbindung an die Feinunze Gold in Höhe von 35 Dollar. Die anderen Währungen durften im Rahmen auf- oder abgewertet werden. Der Status des Dollars als Leitwährung bildete die Grundlage des nächsten Schritts zur Dominanz.

Im März 1973 kollabierte das System kurz vor der Welthandelskrise, die durch die Erhöhung des Ölpreises seitens der Herstellerländer (OPEC) ausgelöst wurde. Zu dieser Zeit war Henry Kissinger im Auftrag Präsident Richard Nixons in den Öl produzierenden Ländern unterwegs, um deren Bindung an die US-Wirtschaft zu stärken. In den Zeiten des Bretton-Woods-Sys-

Man ist „Verschwörer“, wenn man die libertäre Marktordnung unterstützt und fördert. Jeder kann Verschwörer sein.

tems konnten Staaten mit eigenen Devisen Öl kaufen. Jetzt handelte Kissinger eine Direktbindung von Öl an den Dollar aus: Saudi-Arabien und andere Ölproduzenten verpflichteten sich, den Ölpreis ausschließlich in Dollar auszuweisen. Es entstand der sogenannte „Petro-Dollar“. Öl importierende Länder waren gehalten, Geldreserven in Dollar aufzubauen.

Das 19. Jahrhundert brachte mit dem Pfund Sterling den ersten Währungshegemon zustande. Eingeleitet zunächst durch die Verbreitung der Währung über den Handel, konnte die Bank of England die Attraktivität der Währung durch eine Bindung an den Goldwert noch erhöhen. Man errichtete den sogenannten „Gold-Standard“. Zum Zeitpunkt des Niedergangs



Ursache von Verschwörungstheorien: Auf dem 1-Dollar-Schein befindet sich links das Bild einer Pyramide mit geheimnisvollem Auge und der lateinische Spruch „Novus Ordo Seclorum“, wörtlich übersetzt „Neue Ordnung der Zeitalter“.

des Bretton-Woods-Systems in den Jahren 1971 bis 1973 hatte der Dollar eine ähnliche Verbreitung als Welthandelswährung. Doch die

wäre sie eine bloße Landeswährung wie alle anderen, wegen der eklatanten Handels- und Haushaltsdefizite weitaus weniger wert wäre.

Indiz 2: Libertäre Unternehmenskultur

Auch nach dem Niedergang des Bretton-Woods-Systems sind die USA führende Welthandelsmacht geblieben. Durch eine Reihe von bilateralen Verpflichtungen haben sie die meisten Länder der Welt in Abhängigkeit gebracht – vor allem, weil diese Länder ohne Dollar kein Öl bekämen. Die Positionierung des Dollars als Welthandelswährung führte zu einer enormen

Rückbindung an Gold hatte gerade aufgegeben werden müssen.

Die nachfolgende Positionierung der Währung als Standardzahlungsmittel für Öl und Gas hat ihr bis heute einen ähnlichen Rückhalt und Stabilität verliehen wie seiner-

Die Entwicklungen entziehen sich vollständig dem öffentlichen Diskurs. Es werden im Hintergrund Fakten geschaffen, die unser aller Leben ändern.

zeit das Pfund mit dem Gold. Nicht umsonst redet man vom „schwarzen Gold“. Der Dollar avancierte zur globalen Reservewährung, bei der alle Beteiligten ein großes Interesse hatten, den Wert stabil zu halten. So stützt der Petro-Dollar die amerikanische Staatswährung, die,

Aufwertung der New Yorker Börse: Eine Unternehmensfinanzierung in einer starken, stabilen und weitverbreiteten Währung ist sehr attraktiv.

Aber wer an dieser Börse notieren will, der muss deren AGBs unterzeichnen. Und diese AGBs machen aus dem frisch notierten

Heute existieren eine allgemeine Wirtschafts-ideologie, eine etablierte Leitwährung und eine definierte Unternehmenskultur.

meinsamkeit und diese ist (2) verdeckt (d.h. in einer Demokratie ohne hinreichende Pflege der Willensbildung), doch nur nach Sichtweise (3) vorsätzlich zum Nachteil anderer. Wie das Immunsystem auf einen falschen Anreiz, reagiert die Öffentlichkeit mit einer gewissen Fieberhaftigkeit auf die Anwesenheit signifikanter Bestandteile einer Verschwörung. Und wie die menschliche Psychologie so ist, dichtet man gerne fehlende Ansätze dazu. Doch wer davon redet, setzt voraus, dass etwas geplant wird, dass jemand ein Ziel ins Auge ge-

Gründerwerten bekennt. Sie machte das viele Jahre lang rein plakativ, druckte die Lehrsätze von Thomas Hobbes und Johannes Calvin auf ihre Dollar-Scheine, so wie die Bundesrepublik große deutsche Persönlichkeiten wie Annette von Droste-Hülshoff oder Balthasar Neumann auf die DM-Scheine. Stark abgekürzt und vereinfacht werden amerikanische Gründerwerte von der einen oder anderen Form des Libertarismus wiedergegeben: Eine starke, militarisierte Schutzmacht umgibt einen „freien“ Markt, der alles bestimmen darf.

Unternehmen einen Teilnehmer am libertären Markt. Wie der Markt in Realität dort aussieht, wo er seine Ware verkauft, ist erstmal egal. Es wird ein Lenkinstrumentarium in der Chefetage installiert, das für den Verdrängungswettbewerb aufrüstet. Zur Logik einer New Yorker Börsennotierung gehört, Wettbewerber

der New Yorker Börse notieren lässt, tut das. Hört man damit auf, ist man kein „Verschwörer“ mehr und Repressalien bleiben aus. Jeder kann Verschwörer sein. Es herrscht ein Kommen und Gehen. Es ist eine Gemeinsamkeit der „Willigen“. Unsere FDP gehört beispielsweise dazu, auch große Teile der CDU.

nehmenskultur in Deutschland zu bestimmen, sondern die der Wähler. Die Verschwörung ist also da, wird allerdings nicht von einer einzelnen Gruppierung oder gar Geheimgesellschaft betrieben. Die Mitglieder der real existierenden Verschwörung sind überall, auch neben uns in der U-Bahn. Wer das beherzigt, versteht die Lage, wie sie ist.

Über Yanis Varoufakis' „Time for Change“

Die rote oder die blaue Pille?

„Diese Wirtschaft tötet“, sagt Papst Franziskus. Wie es dazu kommen konnte, das erklärt der griechische Ex-Finanzminister in einem 184 Seiten dünnen Buch. Er zeigt darin – einfach lesbar, elegant und verständlich geschrieben – ihre historische Entwicklung von den Anfängen bis hin zur heutigen Ausprägung, die Mensch und Umwelt existenziell gefährdet.

von Bernd Wimmer

Der Beginn des Wirtschaftens liegt im Überschuss, d.h. in dem Umstand, dass überhaupt etwas produziert wird. Geschichtlich gesehen war dies das Getreide. Die erste Schrift taucht in Mesopotamien auf. Damit wur-

Nach diesen Grundlagen entwickelt er aus geschichtlichen Zusammenhängen Erklärungsmuster für Ungleichheit, Preise gegen Werte, die Marktgesellschaften, die Fabriken und damit entstehende Gesellschaftsschichten. Dies führte

Der Unterschied zwischen einer Demokratie und dem Markt ist, dass bei demokratischen Wahlen jeder Bürger eine Stimme hat.

den Getreidemengen festgestellt, die Bauern in gemeinsamen Vorratslagern deponierten. Damit war auch die Grundlage gelegt für Schulden und Geld. Das war wiederum die Grundlage für die Herausbildung von Bürokratie, Staaten und Heeren, um den Überschuss zu verwalten und verteidigen zu können. Religion und Priesterschaft sind Varoufakis zufolge aus der Herausbildung einer Ideologie entstanden, die die Mehrheit überzeugen sollte, dass die Herrschenden rechtmäßig herrschten. Das „es“ so sein musste.

zu Klassenkämpfen und der Herausbildung von Schulden, Gewinn und Reichtum. Virtuos schlägt er die Brücke zu Krediten, Banken, unvermeidlichen Crashes und Staatsschulden.

Tauschwerte contra Lebenswerte

Aus Sicht der Ökologie besteht folgendes Grundproblem, erklärt anhand eines unschönen, vereinfachten Beispiels: einem Waldbrand. Das Feuer erhöht nämlich rein rechnerisch den Tauschwert in einer Gesellschaft. Brennende Bäume,



Foto: Yanis Varoufakis

Yanis Varoufakis, Jahrgang 1961, ist ein griechisch-australischer Wirtschaftswissenschaftler sowie Autor mehrerer Fachbücher und zahlreicher Fachartikel. Nach Lehrtätigkeiten in Essex, Cambridge, East Anglia, Glasgow und Sidney folgten Professuren in Athen und Austin/Texas. Einem breiten Publikum bekannt wurde er 2011 durch sein Buch „Der globale Minotaurus“, das die Entstehung der Finanzkrise beleuchtet. 2013 veröffentlichte er „Time for Change“, das 2015 in deutscher Übersetzung erschien. Von Januar bis Juli 2015 war Varoufakis unter dem frisch gewählten griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras Finanzminister.

mit ihnen alle Pflanzen und Tiere, haben zunächst keinen Tauschwert, die Löschflugzeuge jedoch einen hohen, ebenso das Kerosin. Das Einkommen der Händler, die es liefern, erhöht sich. Beim Wiederaufbau der Häuser und Strommasten sind die Löhne und Materialkosten Tauschwerte, die durch Waldbrand entstanden sind und sich zum Nationaleinkommen addieren. Kern

Demokratie heißt: Der Souverän entscheidet. Es ist nicht Sache der New Yorker Börse, die Unternehmenskultur in Deutschland zu bestimmen, sondern die der Wähler.

schnellstmöglich zu vernichten, um sich das Marktmonopol zu sichern. Unterstützend betreibt der Monetarismus eine reine Angebotspolitik. Zweitrangig sind Kundenwünsche: Mal sind sie wichtig, mal nicht. Sollten sie wichtig werden, ist es Aufgabe der Chefetage, dies als „Warnsignal“ zu erkennen und abzustellen. Man kämpft dezidiert nicht um Leumund wie im „rheinischen Kapitalismus“, sondern um Rendite.

New World Order reloaded

Nun existieren eine allgemeine Wirtschafts-ideologie, eine etablierte Leitwährung und eine definierte Unternehmenskultur. Werfen wir nun einen Blick auf die eingangs genannte Definition einer Verschwörung:

(1) Gemeinsamkeit: Das Bankensystem „Federal Reserve“ (FED), die New Yorker Börse, Finanzunternehmen wie „BlackRock“ und viele andere arbeiten gemeinsam daran, die amerikanische Volkswirtschaft in eine Weltwirtschaft zu konvertieren. Man ist „Verschwörer“, wenn man die libertäre Marktordnung unterstützt und fördert. Jeder, der Dollar ausleiht, jeder, der sich an

(2) Geheimhaltung: Besagte Entwicklungen entziehen sich vollständig dem öffentlichen Diskurs. Es werden im Hintergrund Fakten geschaffen, die unser aller Leben ändern. Mit legitim besorgten Bürgern wird nur unzulänglich Rücksprache gehalten. Die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft werden ausgehöhlt – auch von der SPD. Über die Vorherrschaft einer einzigen Währung und die Akzeptanz einer einzigen Unternehmenskultur in der Welt hat noch kein Parlament entschieden. Mit den „Freihandelsabkommen“ TTIP und TiSA wird diese Entwicklung mit einer neuen Raffinesse fortgesetzt. Der Bundestag darf die fertig verhandelte Vertragsform des hochkomplexen Regelwerks nur noch „debattieren“.

(3) Benachteiligung anderer: Wem die Souveränität Deutschlands unwichtig ist, sieht hier keinen Nachteil. Alle Unternehmen wollen ihre Einflussphäre erweitern, natürlich machen sie das ohne Rücksprache. Nach ihrer Auffassung liegt keine Verschwörung vor. Doch Demokratie heißt: Der Souverän entscheidet. Es ist nicht Sache der New Yorker Börse, die Unter-

Ziel der „Planung“

Den Petro-Dollar wird es in Ewigkeit nicht geben können, weil das Zeitalter des Öls demnächst zu Ende geht. Anhänger des Libertarismus wissen das und arbeiten mit Nachdruck daran, bilaterale Verbindlichkeiten mit Washington – pathetisch: „die transatlantische Brücke“ – zu festigen. Dazu dienen die „Freihandelsabkommen“ TTIP und TiSA mit ihrer Bevorzugung ausländischer Dienstleister. Keiner soll überrascht sein, wenn Zentralregierungen nachher die Bewegungsfreiheit einer örtlichen Behörde genießen – einer US-amerikanischen wohlgerneht. Weil dann nicht mehr die Politik, sondern das US-amerikanische Geld die Welt regiert. Aber so weit sind wir noch nicht. ■

Paul Holmes, Jahrgang 1956, studierte Philosophie und Germanistik sowie anschließend Bautechnologie. Seit 1986 ist er als Bauprojektant tätig. Der ÖDP trat er im Jahr 2000 bei. Von 2002 bis 2004 war er Beisitzer im Landesvorstand Bayern, von 2004 bis 2006 Stellvertretender Vorsitzender im Kreisverband München-Mitte, seit 2006 ist er Ordentliches Mitglied im Bundeschiedsgericht.



j.p.holmes@gmx.de

des Problems ist also demzufolge, dass Marktgesellschaften einseitig den Schwerpunkt auf die Tauschwerte legen und die Bedeutung der Lebenswerte immer mehr an den Rand drängen.

tie kontra Tauschwerte und keine ausufernden Privatisierungen als Allheilmittel! Der Unterschied zwischen einer Demokratie, die – idealisiert gesprochen – dem Gemeinwohl dient, und dem Markt ist, dass

Das Funktionieren einer echten Demokratie ist essenziell für eine humane und ökologische Wirtschaft.

Die einzige Lösung für dieses Problem ist eine Forderung von Varoufakis, die wir als ÖDP sofort unterschreiben können: Demokra-

bei demokratischen Wahlen jeder Bürger eine Stimme hat, während im Markt der Einfluss vom Reichtum abhängt. Dies unterstreicht den herausragenden Wert des hohen Gutes „Demokratie“. Das Funktionieren einer echten Demokratie ist somit essenziell für eine humane und ökologische Wirtschaft.

ONLINETIPPS

Sven Crefeld,
Zacharias Zacharakis
Ein Manifest wie ein Gedicht
Zeit, 09.02.2016
<http://tinyurl.com/hutoaq5>

Interview mit Yanis Varoufakis
Herr Ex-Finanzminister, warum wirken die Milliardenkredite in Griechenland nicht?
Business Insider Deutschland, 04.02.2016
<http://tinyurl.com/hg6fg4b>

Interview mit Yanis Varoufakis
Bittere Bilanz
WDR, Funkhaus Europa, 06.11.2015
<http://tinyurl.com/zvwotsb>

Interview mit Yanis Varoufakis
Ich wurde als gefährlicher Dummkopf dargestellt
Zeitmagazin, 30.07.2015
<http://tinyurl.com/nd9ooy3>

Gespräch im Yanis Varoufakis
Zur Eurokrise
NachDenkseiten
Teil 1, 31.03.2014
www.nachdenkseiten.de/?p=21256
Teil 2, 01.04.2014
www.nachdenkseiten.de/?p=21258

Wahrheit in der Wüste der Realität

In seinem Nachwort greift Varoufakis ein Bild aus dem Science-Fiction-Film „Matrix“ auf: Die Menschheit hat die Wahlmöglichkeit zwischen einer roten und einer blauen Pille, um auf die durch „die Wirtschaft“

BUCHTIPP

Yanis Varoufakis
Time for Change
Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre
Hanser, Juli 2015
184 Seiten, 17,90 Euro
978-3-446-44524-6



gekommen ist: Die Menschen sind Sklaven von Maschinen und von unpersönlichen Märkten. Die Menschen laufen Tag für Tag dem Erwerb von Dingen nach, die sie gar nicht brauchen. Die Menschen verhalten sich wie idiotische Viren, die den Organismus, den Planeten, auf dem sie leben, zerstören. Die Menschen, die diese Wahrheiten sehen und aussprechen, werden von einer Gesellschaft, die es nicht erträgt, sich selbst im Spiegel der Logik und des kritischen Denkens zu sehen, bestraft.

Ein Fortschritt wäre es, wenn möglichst viele Menschen die rote Pille nehmen würden. Varoufakis

Die rote Pille zu nehmen bedeutet, dass wir uns für die Wahrheit entscheiden, für ein schwieriges und gefährliches, aber wahres Leben.

entstandenen Probleme zu reagieren. Die blaue Pille würden wir nehmen, wenn wir den Verlockungen der Wirtschaft und den Lügen der Mächtigen glauben. Doch dann hätten wir keine Zukunft. Die rote Pille zu nehmen bedeutet, dass wir uns für die Wahrheit entscheiden, für ein schwieriges und gefährliches, aber wahres Leben.

Die bittere Wahrheit ist, wozu es die letzten paar Tausend Jahre

bleibt aber Lösungsmöglichkeiten schuldig. Vielleicht folgt ja ein zweites Buch von ihm in diese Richtung. Die ÖDP kann auf alle Fälle von sich behaupten, die rote Pille genommen zu haben. Sie muss weiterhin konsequent aufklären – aber auch Lösungsmöglichkeiten anbieten: die Gemeinwohlökonomie oder Postwachstumsökonomie oder ein anderes Geld- und Finanzsystem. ■

Human-ökologisches Grundeinkommen

„Pro Monat 1.000 Euro“

In der letzten Ausgabe der ÖkologiePolitik wurden im Artikel „Raus aus dem Hamsterrad“ die Vorteile eines human-ökologischen Grundeinkommens gegenüber dem aktuellen Sozialsystem aufgezeigt. Allerdings blieben auch einige wichtige Fragen offen: zur Höhe, zur Finanzierung und zu den gesellschaftlichen Auswirkungen. Die beantwortet der Autor nun.

Interview mit Kurt Rieder

ÖkologiePolitik: Herr Rieder, wie hoch sollte ein human-ökologisches Grundeinkommen sein?

Kurt Rieder: Die Höhe richtet sich nach dem, was ein Mensch in Deutschland für Grundbedürfnisse, also für Essen, Kleidung,

Wohnen und für ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe, benötigt. Eine weitere Richtschnur für die Höhe bestimmt sich anhand dessen, welche Beträge bislang an Grundsicherungsleistungen beansprucht werden konnten. Zurzeit

pro Monat. Wie reagiert das Grundeinkommen darauf?

Eine interessante Frage – und eine vielleicht überraschende Antwort: Die Mieten werden auf das Grundeinkommen reagieren. Durch das jetzige Grundsicherungssystem

„Jeder Bürger kann frei entscheiden, ob er den Großteil seines Grundeinkommens für eine teure Miete ausgibt oder lieber woanders hinzieht.“



Kurt Rieder, Jahrgang 1960, ist Dipl.-Verwaltungswirt (FH) und seit 1983 in verschiedenen Funktionen in Arbeitsagenturen und Jobcentern tätig. In die ÖDP trat er 2011 ein und ist heute Vorsitzender im ÖDP-Kreisverband Aachen-Düren-Heinsberg und im Landesarbeitskreis „Grundeinkommen“ der ÖDP Nordrhein-Westfalen. Außerdem ist er Mitglied im „Bundesnetzwerk Grundeinkommen“ und in der regionalen „Netzwerkinitiative Grundeinkommen Aachen“.

kurt.rieder@oedp.de

wären das pro Monat rund 1.000 Euro für Erwachsene und rund 500 Euro für Kinder und Jugendliche. Überlegenswert ist dabei, das volle Grundeinkommen bei Heranwachsenden erst dann auszuzahlen, wenn eine erste Berufsausbildung abgeschlossen wurde. Dies erhöht den Anreiz, sich in jungen Jahren für seine persönliche Bildung einzusetzen, und eröffnet für jeden Einzelnen die Möglichkeit eines regelmäßigen Hinzuverdienstes zusätzlich zum Grundeinkommen. So wäre auch dafür gesorgt, dass weiterhin genügend gut ausgebildete Menschen für Tätigkeiten aller Art in Voll- oder Teilzeit zur Verfügung stehen.

Nun sind die Lebenshaltungskosten regional stark unterschiedlich. In München kostet eine 1-Zimmer-Wohnung 700 bis 800 Euro Miete

werden – und das mit steigender Tendenz – sowohl „Landflucht“ als auch Gewinne des „Miet-Hai-Managements“ in nicht hinnehmbarer Weise staatlich subventioniert. Mittlerweile haben sich „Vermietungskonzerne“ in größeren Städten auf Grundsicherungsempfänger eingestellt, die jeden Monat von Jobcentern und anderen Grundsicherungsstellen eine völlig überzogene Miete pünktlich überwiesen bekommen. In Universitätsstädten und Ballungsräumen verschärft sich die Situation durch wachsende „Mieter-Konkurrenz“ zwischen Grundsicherungsempfängern, Studenten, Geringverdienern und leibberechtigten Flüchtlingen derart, dass fast jeder Preis für eine noch so schäbige Wohnung gezahlt wird. Die Tendenz des Bleibens und Zuzugs in die Städte wird durch die

existierenden Regelungen verstärkt, da die „ortsüblichen Mieten“ von der öffentlichen Hand, hier insbesondere von den ohnehin klammen Kommunen, übernommen bzw. subventioniert werden müssen. Hinzu kommen – ökologisch sehr

„Durch das jetzige Grundsicherungssystem werden sowohl ‚Landflucht‘ als auch Gewinne des ‚Miet-Hai-Managements‘ staatlich subventioniert.“

bedenklich – Tendenzen für überhöhten Energieverbrauch, insbesondere beim Heizen, die ebenfalls über diverse Grundsicherungsstellen abgerechnet werden und von den Kommunen zu tragen sind. Kommunen und Ländern würden sich erhebliche finanzielle Handlungsspielräume eröffnen.

Führt der Verzicht auf einen „Mietspiegel-Zuschlag“ nicht zu großen Wanderungsbewegungen?

Jeder Bürger kann frei entscheiden, ob er den Großteil seines Grundeinkommens für eine teure Miete ausgibt oder lieber woanders hinzieht. Trotzdem kann und sollte die öffentliche Hand natürlich den sozialen Wohnungsbau und Öffentlichen Nahverkehr fördern.

Wie soll das human-ökologische Grundeinkommen finanziert werden?

Da gibt es verschiedene Ansätze. Götz W. Werner, Inhaber einer großen Drogeriemarktkette und wohl prominentester Verfechter des Grundeinkommens in Deutschland, will es mit einer generellen Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf rund 50 % finanzieren. Andere Ansätze setzen auf eine „negative Einkommenssteuer“ oder sehen Grundeinkommen als eine Art Umverteilung von oben nach unten. Es gibt aber auch wirtschaftsliberale Ansätze, die insbesondere auf kon-

sumtiv positive Auswirkungen beim Wirtschaftswachstum durch erhöhte Kaufkraft setzen, sodass vor allem ein „Mehr an Konsum“ die Finanzierung des Grundeinkommens sichern soll. Gerade dies will das human-ökologische Grundein-

kommen nicht. Es will vielmehr unsere Wirtschaft umwelt- und ressourcenbewusst steuern.

Wie teuer käme denn ein Grundeinkommen?

Nach aktuellem Stand rund 800 Mrd. Euro pro Jahr.

Soll die Finanzierung ausschließlich über ökologische Steuern erfolgen?

Nein, sinnvoll ist eine Mischung aus sozialen und ökologischen Komponenten. Ich favorisiere ein 5-Säulen-Modell. Das wäre robust genug, auch mal ein Schwächeln der einen oder anderen Säule zu verkraften. Die Säulen 1 und 2 wären

„Auf Nachfragen werden automatisch Angebote entstehen. Die Preise für gewerbsmäßige Leistungen werden allerdings steigen.“

zusätzliche Einnahmen, die sich aus dem Umbau unseres Steuersystems ergeben – bei Säule 1 aus einer ökologischen und gemeinwohlorientierten Neuausrichtung, bei Säule 2 durch mehr Gerechtigkeit, d.h. den Wegfall zahlreicher Steuererleichterungen. Säule 3 wären die Mittel, die momentan ins hochkomplexe und intransparente Fürsorgesystem fließen, Säule 4 ergibt sich aus der Einsparung von dessen immen-

sem Verwaltungsaufwand. Säule 5 wären Mittel, die sich aus einem entspannteren Alltag und einer vorausschauenderen Politik ergeben, in der Prävention statt Reparatur betrieben wird. Das würde nach meinen Schätzungen sogar zu einem Überschuss von mehr als 100 Mrd. Euro pro Jahr führen, der dann anderweitig verwendet werden kann. Doch das ist jetzt nur eine Annäherung. Der tatsächliche Weg entsteht erst beim Gehen. Flankiert wird dieser Prozess von dem Fokus auf ein Leben mit einem Mehr an Suffizienz, d.h. Genügsamkeit, Gelassenheit und Zufriedenheit. Ein Weniger an Besitz und Konsum wird durch ein Mehr an Zeit und Lebensfreude kompensiert.

Was passiert mit den vielen unangenehmen Arbeiten, die keiner freiwillig machen möchte, die aber trotzdem getan werden müssen? Wie motiviert man Menschen dazu?

Der Sinn eines human-ökologischen Grundeinkommens liegt nicht darin, ein „Schlaraffenland light“ zu organisieren. Alle Arbeiten, für die es eine Nachfrage gibt, werden erledigt – durch subsistent

kräfte sind sehr hoch, die Gehälter aber nicht. Deshalb ziehen viele geeignete Menschen sich während der Ausbildung oder kurz nach Berufsabschluss aus diesem Erwerbsfeld zurück, obwohl ihnen die Tätigkeit grundsätzlich zusagt. Bei der Altenpflege liegt die Durchschnittsverweildauer im Beruf derzeit bei weniger als fünf Jahren – Tendenz sinkend. Da lohnt sich die dreijährige Ausbildung kaum. Ein Grundeinkommen würde bewirken, dass viele diese Tätigkeit nur in Teilzeit ausüben, was eine psychische und körperliche Entlastung bedeutet, wodurch qualifizierte Fachkräfte

ihren Beruf länger ausüben. Das Nein-Sagen-Können wird auch dazu führen, dass die Tätigkeit insgesamt lukrativer werden muss – was natürlich aus der Sicht der Pflegebedürftigen eine Verteuerung bedeutet. Dem kann jedoch entge-

„Ein Weniger an Besitz und Konsum wird durch ein Mehr an Zeit und Lebensfreude kompensiert.“

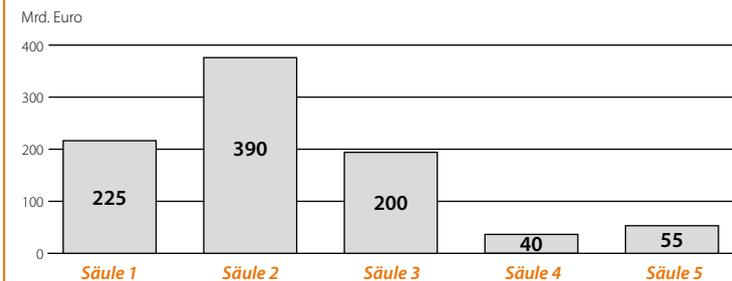
gengewirkt werden, indem Familienangehörige, Freunde und Nachbarn es sich eher als im jetzigen System erlauben können, die Pflege zumindest teilweise selbst in die

Hand zu nehmen. Grundsätzlich gilt auch nach der Einführung eines Grundeinkommens: Es wird eine Marktwirtschaft herrschen. Auf Nachfragen werden automatisch Angebote entstehen. Die Preise für solche gewerbsmäßigen Leistungen

werden allerdings steigen. Da hilft dann wiederum Subsistenz und Suffizienz.

Herr Rieder, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

5-Säulen-Modell zur Grundeinkommensfinanzierung



Erforderliche Höhe:
810 Mrd. Euro

Σ Säulen 1–5:
910 Mrd. Euro

Säule 1: Lenkung (ökologisch & gemeinwohl-orientiert)

- Steuern auf umweltschädigende Stoffe
- Steuern auf umweltschädigende Produktionen und Dienstleistungen
- Pauschalen auf Entfernungs- und Transportkosten
- Umsetzung eines konsequenten Verursacher-, Kosten- und Haftungsprinzips

Säule 2: Umbau Steuersystem, gerechtkeitsorientiert

- Wiedereinführung Vermögenssteuer auf Privatvermögen von 2 % (hohe Freibeträge von 280.000 Euro/Person)
- Einkommensteuer: Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 % (ab 150.000 Euro/Einzelveranlagung)
- Erhöhung der Schenkungs- u. Erbschaftssteuer auf das Niveau von 1996
- Eindämmung von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten (entsprechend der „Petersberger Vorschläge“)
- Einführung einer Devisen-Umsatzsteuer von 0,5 %

Säule 3: Wegfall intransparenter Fürsorge-Leistungen

- Arbeitslosengeld II inkl. Sozialgeld SGB II
- Grundsicherung für Rentner nach SGB VI
- Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII
- Kindergeld, Elterngeld
- Steuerliche Erleichterungen

Säule 4: Reduzierung Bürokratie

- Wegfall bzw. Reduzierung von Leistungsberechnungen und Antragsbehörden
- Geringere Ausgaben für „passive“ Arbeitsmarktpolitik
- Wegfall bzw. Reduzierung von Kontrollbehörden

Säule 5: Reduktion volkswirtschaftliche Kosten

- Geringere Gesundheitsausgaben (weniger stresskranke Arbeitnehmer, weniger Armutskranke)
- Weniger Vandalismus und Kriminalität
- Weniger illegale Beschäftigung
- Mehr Familienarbeit (Pflege von Angehörigen usw.)

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

Plädoyer für eine ÖDP 4.0



Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

dieses bekannte chinesische Sprichwort wird eher als „Verwünschung“ verstanden, denn „interessant“ wird eine Zeit meist erst im Rückblick: Krisen, Umstürze, Veränderungen beispielsweise machen Zeiten „interessant“. Die Gegenwart bestätigt: Wir leben bereits in interessanten Zeiten und es stellt sich die Frage, ob und wie wir als Gesellschaft die vielfältigen Herausforderungen positiv meistern können.

Das Überthema Flucht verstellt den Blick auf weitere schwerwiegende Systemfehler, die wiederum direkt und indirekt Fluchtursachen schaffen. Postdemokratische Zustände lassen uns erleben, dass wir weitestgehend nicht mehr politisch, sondern ökonomisch regiert werden. Die Spaltung der Gesellschaft in wenige reiche und immer mehr arme Menschen beschleunigt sich dramatisch. Während Papst Franziskus in seiner Umwelt-Enzyklika eine Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialökologie, ja eine Ökologie des Alltagslebens sowie eine generationenübergreifende Gerechtigkeit und das Prinzip des Gemeinwohls fordert, findet politisch das Gegenteil statt. Laudato si steht für politischen Widerstand, Konsumverzicht, Protest gegen Ausbeutung von Mensch und Natur und für einen Umbau des globalen Wirtschaftssystems. Nicht aus Jux oder Toleranz, sondern aus zwingender Überlebensnotwendigkeit. Die ÖDP thematisiert seit ihren Anfängen das Richtige.

Dass nun in zwei Landtagswahlen unter ÖDP-Beteiligung (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz) die Wählerinnen und Wähler quer durch alle Parteien auf reinen Protest und nicht auf Inhalte gesetzt haben, bedauere ich sehr.

Unsere Politik wird heute von Autoren vielfältig gestützt. Und daher müssen wir laut werden, damit wir gehört werden, und wir müssen das Thema aufheben, das quasi vor unseren Füßen liegt: 85 % der Menschen verlangen nach einer Studie eine andere Wirtschaftspolitik.

Auch wenn wir die Forderung nach einer Ökologie des Alltagslebens bereits in unserem Programm verankert finden, sah sich der Bundesvorstand in den letzten Monaten veranlasst, mit den Landesvorständen am Konzept einer sog. Konfliktlinie zu arbeiten. Die Bundesprogrammkommission war zusammen mit unseren Arbeitskreisen und vielen Gliederungen mit der notwendigen Optimierung unseres Bundespolitischen Programms beschäftigt. Die „klare Kante“ muss erkennbar werden. Die zentrale Botschaft der ÖDP 4.0 lautet: Mensch vor Profit! Wir wollen möglichst allen Initiativen und Gruppen, die heute jenseits von politischen Parteien unsere Themen diskutieren, ein Angebot machen, ein höchst moralisches Angebot: die ÖDP, die Partei des Gemeinwohls.

Lasst uns daher gemeinsam und mit ganzer Kraft ein Programm auflegen, das seinesgleichen sucht. Ein Programm, das nicht weichgespült ist und im Parteienspektrum unauffällig bleibt, sondern ein Programm, das nur einem Ziel verpflichtet ist: einem guten Leben für alle Menschen, getragen von Gerechtigkeit und Bewahrung dessen, was für die einen „Schöpfung“ ist und für die anderen ein wunderbarer, schützenswerter Lebensraum.

Ihre


Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Landtagswahlergebnisse nicht zufriedenstellend

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat die ÖDP 0,7% (2011: 0,9%) und in Rheinland-Pfalz 0,4% (2011: 0,4%) der Stimmen erhalten. Hier gab es immerhin einen Zugewinn in absoluten Stimmen und Wahlkreisandertergebnisse bis 3,7%. Dennoch können uns die Wahlergebnisse nicht zufriedenstellen. Es ist nicht gelungen, unsere Lösungskonzepte den Wählerinnen und Wählern nahezubringen. Die Ergebnisse werden uns nicht davon abhalten, im Sinne einer enkeltauglichen Politik weiterhin aktiv zu bleiben.

Der ÖDP-Bundesverband bedankt sich bei allen aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Es waren unglaubliche Anstrengungen nötig, vor allem im Bereich der Sammlung von Unterstützungsunterschriften. Der Bundesverband hat beide Wahlen sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht massiv unterstützt.

Diese Wahlen waren eine Denkmittelwahl (Flüchtlingsthematik), bei der wichtige Themen und insbesondere die Landespolitik leider so gut wie keine Rolle gespielt haben. Für die ÖDP bleiben die existenziell wichtigen Themen wie Wachstums-wende, Ressourcen-/Energiewende, Klimabelastung, Ökologisches Gleichgewicht, Gemeinwohlorientierung, Familiengerechtigkeit und

Kinderfreundlichkeit, Gesundheitspolitik nach wie vor und jetzt noch drängender auf der Agenda: Sozialabbau und gesellschaftliche Spaltung mit all ihren negativen Auswirkungen brauchen einen glaubwürdigen politischen Partner.

Eine Ellenbogenpolitik mit neuen Feindbildern wird keine Lösun-

Eine Ellenbogenpolitik mit neuen Feindbildern wird keine Lösungen bringen.

gen bringen. Was die Gesellschaft braucht, ist eine Politik, die offen auf alle Menschen zugeht, ihre Sorgen und Ängste aufgreift, ehrlich alle Probleme auf den Tisch legt und sich auch vor unbequemen Wahrheiten nicht scheut. Die großen Volksparteien haben die Brisanz und das Protestpotenzial nicht erkannt und dafür die Quittung erhalten.

ÖDP professionalisieren

Wir müssen unsere ÖDP professionalisieren und weiter voranbringen. Das braucht Zeit sowie gut durchdachte, kluge Entscheidungen. Vieles hat der Bundesvorstand im vergangenen Jahr bereits auf den Weg gebracht:

■ Eine Diskussion um die „Konfliktlinie“ mit dem Ziel, die ÖDP klar zu positionieren und besser von den anderen Parteien abzugrenzen.

■ Es ist die wichtige Erkenntnis gereift, im Internet und den „Sozialen Netzwerken“ stärker präsent zu sein. Dazu wurde eine Internet-Arbeitsgruppe gegründet. Es müssen die Webseiten der ÖDP-Kreisverbände stärker ausgebaut, aber auch mehr Präsenz auf Facebook gezeigt werden. Die Landesverbände sollten sich zusätzlich auf dem Kurznachrichtendienst Twitter engagieren.

■ Es sollen mehr finanzielle Mittel für hauptamtliches Personal zur Verfügung gestellt werden. Auch wird in Würzburg ab Herbst 2016 wieder eine Ausbildungsstelle geschaffen.

■ Ein Strukturkonzept für den Aufbau und die Reaktivierung ei-

ner starken kommunalen Basis der ÖDP soll auf den Weg gebracht werden, um überregionale Wahlen besser bestreiten zu können. Die Teilnahmevoraussetzungen der Landesverbände müssen so verbessert werden, dass beispielsweise das Sammeln von Unterstützungsunterschriften zukünftig weitgehend eigenständig erledigt werden kann. Ein weiterer Punkt: Kampagnenfähigkeit der ÖDP stärken!

■ Es sind Schulungen, z.B. zum Sammeln von Unterstützungsunterschriften, geplant.

■ Die Bundesprogrammkommission hat das Bundespolitische Programm überarbeitet und dies für den nächsten Bundesparteitag vorgelegt.

■ Auf der Agenda ganz oben steht die Mitgliederwerbung, vor allem die Werbung jüngerer und aktiver Mitglieder.

Antritt zur Bundestagswahl flächendeckend

Natürlich müssen und werden wir die aktuellen Wahlergebnisse kritisch analysieren. Was ist gut, was ist schlecht gelaufen? Wie können wir es beim nächsten Mal besser machen? Das nächste Mal wird die Bundestagswahl 2017 sein. Dazu gibt es Beschlüsse des Bundesvorstands und der Landesverbände,

alleine wird mit Sicherheit nicht fruchten; dies zeigen andere Parteien beispielhaft.

„Quo vadis ÖDP?“ fordert den Diskurs

Unter dem Beitragstitel „Quo vadis ÖDP?“ wurden in letzter Zeit auch einige Streitpunkte ausgefochten, die zeigen, dass wir trotz vieler Gemeinsamkeiten auch Themen ha-

blindem Protest mit ungewissem Ausgang müssen Ökologie und Demokratie in Zukunft stärker unterstützt werden. Auch dazu brauchen wir viele Menschen, die vor Ort glaubwürdig über die ÖDP reden und sie bekannter machen. Auch das kann die ÖDP nur, wenn sie stärker darauf schaut, was unsere erfolgreichen Kommunalpolitiker und Bürgermeister in ihren Kommunen politisch in Wahlkämpfen, aber auch im Alltagsgeschäft richtig gemacht haben. Sie haben oftmals mit wenigen Mitgliedern angefangen und kontinuierliche Aufbauarbeit geleistet.

Etwas Vergleichbares überall zu erreichen, muss unser Ziel sein. Die oben erwähnten Maßnahmen sollen helfen, Erfahrungen besser auszutauschen und die Kommunikation in der ÖDP allgemein zu verbessern.

Lassen Sie uns die erfolgreichen Methoden weiter kultivieren und

Die Stärke der ÖDP

liegt in der kommunalen Basis.

möglichst flächendeckend zur Wahl anzutreten. Es müssen 16 Landeslisten aufgestellt und in der Regel bis zu 2.000 Unterstützungsschreiben pro Bundesland gesammelt werden. Nur dann besteht die Chance, die wichtige Hürde (0,5%) für zusätzliche staatliche Mittel aus den Wählerstimmen der Bundestagswahl zu nehmen.

ben, bei denen wir uneins sind. Dies ist nicht unüblich und fordert einen Diskurs heraus, den die ÖDP auch führen muss. Demokratie braucht die Auseinandersetzung, den fairen Streit, aber auch den guten Kompromiss. Wir sollten gründlich überlegen, worauf wir uns in Zukunft konzentrieren wollen und müssen.

Strukturaufbau vorantreiben

Auf einer Arbeitssitzung zum Aufbau- und Strukturkonzept am 16.04.2016 sollen wichtige Weichenstellungen getroffen werden, um die Partei strukturell voranzubringen. Es muss dabei auch festgelegt werden, wie das vorgenannte Ziel erreicht werden kann. Klar ist aber auch: Die Stärke der ÖDP liegt in der kommunalen Basis. Die Basis ist das Fundament der ÖDP, daraus resultiert ihre bisherige Stärke, die z.B. auch zum Mandat im Europäischen Parlament geführt hat. Wir brauchen möglichst viele neue Kreis- und Ortsverbände. Menschen wählen Menschen! Und daher ist es wichtig, vor Ort präsent zu sein, um das nötige Vertrauen für künftige Wahlen zu erarbeiten. Eine „Parteistruktur von oben“

Demokratie braucht die Auseinandersetzung, den fairen Streit, aber auch den guten Kompromiss.

Es liegt an uns, ob wir uns mit vielen kleinen Themen oder an uns selbst abarbeiten, oder ob wir es schaffen, die großen politischen Herausforderungen zu erkennen, die unter dem Dach der Konfliktlinie „Mensch vor Profit“ weiter vertieft werden müssen. Darauf müssen wir uns bei den bevorstehenden Bundestagswahlen konzentrieren und wieder einen begeisternden Markenkern für die heutige Zeit generieren.

Rückblick zu den Landtagswahlen 2016: Die Wählerinnen und Wähler haben ihren teils berechtigten, überwiegend aber diffusen Protest ausgedrückt, in der Sache selbst hingegen nichts bewegt. Statt

durch neue Ideen nachhaltig besser und professioneller werden. Und das geht nur, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, um dem erklärten Ziel näherzukommen. ■

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27–29,
55118 Mainz, Tel.: (0 61 31) 67 98 20,
Fax: (0 61 31) 67 98 15
Mobil: (0 61 31) 87 10 542



politik@oedp.de

Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Auch im Jahr 2016 liegt einer der Schwerpunkte meiner Arbeit im Europäischen Parlament auf der Verhinderung der Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA. Anfang Februar hat sich das Europaparlament in einer Empfehlung an die EU-Kommission für eine ambitionierte Weiterführung der Verhandlungen zu TiSA (Trade in Services Agreement) ausgesprochen. Bei der Empfehlung an die EU-Kommission handelt es sich um ein falsches Signal, das vermittelt, dass wir – die gewählten Volksvertreter im Europäischen Parlament – mehrheitlich für TiSA und somit für die Aushöhlung des Rechtsstaates und für den Liberalisierungswahn der Kommission sind. Ich bin gegen die Weiterverhandlung des TiSA-Abkommens und habe deshalb auch dagegen gestimmt. Dabei bleibe ich auch.

Im Ausschuss für Menschenrechte, in dem ich Mitglied bin, war ein wichtiges Thema die Lage der Demokratie in Polen. Die neue rechtsnationale Regierung hat unmittelbar nach ihrer Regierungsübernahme Reformen eingeleitet, die meiner Meinung nach nicht mit den Grundwerten der Europäischen Union vereinbar sind. So hat sie die Befugnisse des Verfassungsgerichts eingeschränkt und unliebsame Richter abberufen. Eine Medienreform stellt die öffentlichen Rundfunkanstalten unter die direkte Kontrolle der Regierung, außerdem ist der direkte Zugriff auf die Kommunikationsdaten der Bevölkerung geplant. Dies alles ist ein Bruch wichtiger demokratischer Rechte. Deshalb begrüße ich es, dass die Kommission eine Untersuchung der Rechtsstaatlichkeit in Polen eingeleitet hat. Leider wird die Untersuchung im Geheimen geführt. In einem Brief an die EU-Kommission habe ich auf Transparenz gedrängt. Zu kritisieren ist auch, dass gegen Ungarn, das ähnliche Gesetze verabschiedet hat, nichts unternommen wird, weil die dortige Regierungspartei Mitglied des europäischen Parteienbündnisses der Christdemokraten und Konservativen ist.

Mit den Waffengesetzen in der EU habe ich mich in den vergangenen Wochen ebenfalls beschäftigt. Ich begrüße ausdrücklich die Pläne der EU-Kommission, die Waffengesetze innerhalb der Europäischen Union zu verschärfen. So sollen Privatleute halbautomatische Waffen in Zukunft nicht mehr besitzen dürfen. Auch sollen sie Feuerwaffen, deren Bestandteile oder Munition nicht mehr über das Internet erwerben können. Nach meiner Ansicht gibt es kei-



Vor wenigen Tagen erschien die zweite Ausgabe meines Europa-magazins, in dem Sie noch mehr über meine Arbeit als Europaabgeordneter erfahren können. Kostenlose Exemplare können Sie bei meiner Mitarbeiterin bestellen unter bodisco@klausbuchner.eu

ne vernünftigen Argumente dafür, warum Privatpersonen überhaupt im Besitz von Schusswaffen sein sollten. Das Gewaltmonopol in Deutschland liegt beim Staat, deshalb sollte auch nur der Staat über Schusswaffen verfügen dürfen. Das gilt etwa für die Polizei, die für den Schutz der Bevölkerung verantwortlich ist. Die Statistiken belegen, dass es insbesondere in Regionen, in denen viele Waffen registriert werden, auch mehr Todesfälle durch Schusswaffenverletzungen gibt. Vereinfacht ausgedrückt: mehr Waffen, mehr Tote.

In Deutschland gibt es allerdings heftige Kritik an diesen sehr sinnvollen Plänen der Kommission. Denn hierzulande gibt es eine starke, auch politisch bestens vernetzte Waffenlobby. Wie stark diese Lobby ist, habe ich auch am eigenen Leib erfahren. Denn nachdem ich mich für strengere Waffengesetze ausgesprochen hatte, wurden mein E-Mail-Postfach und mein Facebook-Account von Waffenarrern regelrecht zugemüllt.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

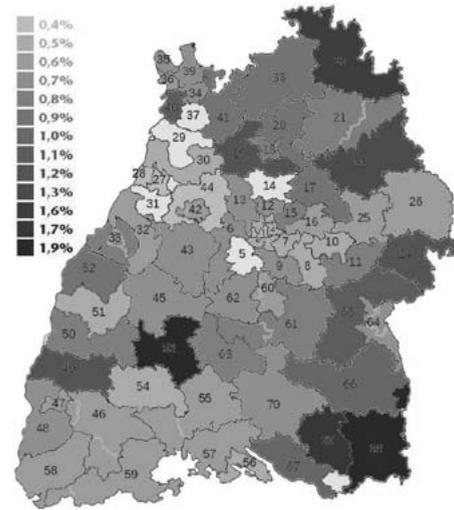
K. Buchner

Klaus Buchner

Baden-Württemberg

Landtagswahlergebnis unter schwierigen Bedingungen

Baden-Württemberg hat gewählt. 38.509 Wahlberechtigte, also 0,72 %, haben sich für die ÖDP entschieden. Im Vergleich zur letzten Landtagswahl 2011, als 42.539 Wahlberechtigte (= 0,85 %) bei der ÖDP ihr Kreuzchen gemacht hatten, hat die ÖDP also leicht an Stimmen eingebüßt. Bei der Bewertung des zunächst enttäuschenden Wahlergebnisses muss jedoch die grundverschiedene Ausgangsposition bedacht werden: Bei der Landtagswahl 2011 hatten die Grünen und auch die ÖDP von der Atomkatastrophe in Fukushima Rückenwind erhalten. Konservative, die zwar unbedingt aus der Atomenergie aussteigen wollten, aber auf keinen Fall die Grünen wählen wollten, hatten sich für die ÖDP entschieden. Bei dieser Landtagswahl hatten die Grünen nun mit Winfried Kretschmann einen beliebten Ministerpräsidenten vorzuweisen, der Stimmen zog. Dass die grün-rote Regierung insbesondere bei der Gesellschafts- und Bildungspolitik durchaus auch Schwächen zeigte und die zunehmende Konzernnähe von Kretschmann und den Grünen nicht unproblematisch ist, spielte angesichts der guten Wirtschaftslage bei der Wahl nur eine untergeordnete Rolle. Überschattet wurde die Wahl von der Flüchtlingskrise, bei der klar war, dass sachliche und differenzierte Lösungsvorschläge sowie die Forderung nach einer konsequenten Bekämpfung der Fluchtursachen kaum die Massen bewegen würden. Die Ausgangslage war also eher un-



Grafik: Erik Hofmann

günstig. Berücksichtigt man dies, kann man positiv festhalten, dass die ÖDP über einen recht treuen Wählerstamm verfügt. Erfreulich ist auch, dass wir in einigen Wahlkreisen vor allem im Norden des Bundeslandes – besonders deutlich u.a. in Neckarsulm und Mannheim I – zulegen konnten. Und schließlich ist auch die wachsende Fangemeinde in den sozialen Netzwerken etwas, worauf sich aufbauen lässt.

Gerade noch rechtzeitig zur Landtagswahl ist die neue Webpräsenz des Landesverbandes ins Netz gegangen. Falls Sie es noch nicht gemacht haben, besuchen Sie die doch mal (www.oedp-bw.de)! Vom Erscheinungsbild und von der Bedienung her handelt es sich auf jeden Fall um einen Fortschritt. In den nächsten Monaten werden Schritt für Schritt auch die Kreiswebpräsenzen auf das neue System (TYPO3) umgestellt, das bereits der Bundesverband und die meisten anderen Landesverbände verwenden.

Im Rahmen des Wahlkampfes gab es zahlreiche Aktivitäten: Meist handelte es sich um Vorträge, darüber hinaus nahm der Landesverband aber auch wieder an der jährlichen Demonstration beim Atomkraftwerk Neckarwestheim teil. Vor fünf Jahren hatte sich in Fukushima die Atomkatastrophe ereignet, vor dreißig Jahren in Tschernobyl. Der kurz vor der Demonstration bekannt gewordene schwere Störfall im elsässischen Atomkraftwerk Fessenheim macht deutlich, wie dringlich ein schnellerer Ausstieg aus der Atomenergie ist. Auch im Rahmen des Landesparteitags am 23./24. April in Emmendingen wird es eine Aktion geben: So besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Besichtigung des Antiatom-Mahnmals in Wyhl mit

anschließender Mahnwache und thematischem Redebeitrag.

Um dem fortschreitenden Klimawandel entgegenzuwirken, soll die Stromerzeugung von fossilen auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Damit die Energieversorgung auch sichergestellt ist, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint, soll Strom in großem Maße gespeichert werden. Gleichzeitig ist in den politischen Leitlinien der Europäischen Kommission vorgesehen, die Energiepolitik zu reformieren, neu zu strukturieren und eine neue europäische Energieunion zu schaffen. Mit der Speicherung von Strom und der Energieunion wird sich insbesondere das engagierte baden-württembergische ÖDP-Mitglied Andreas Wagner, ein Elektroingenieur, befassen, der für sieben Monate in Brüssel als Parlamentarischer Assistent unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner zur Seite steht. Wir freuen uns mit ihm über seine neue Tätigkeit und wünschen ihm, dass sie ihm wertvolle neue Einblicke und Erfahrungen bringt.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de*

Bayern

Mrasek kritisiert das CSU-Nein zur CETA-Volksbefragung

Die Landtags-CSU hat im Februar eine Volksbefragung zu CETA abgelehnt, obwohl viele Kommunen in Bayern in höchster Sorge wegen Abkommen wie TTIP und CETA sind. ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek kritisierte diese Verweigerungshaltung: „Vor einem



Foto: ÖDP Bayern

Jahr ließ sich Horst Seehofer für seine angebliche neue ‚Bürgerbeteiligung‘ – die sogenannte Volksbefragung – feiern, heute – wenn’s drauf ankommt – kneift er.“

Die ÖDP ist Bayerns Partei für Bürgerbeteiligung und Wählerwillen, stellt Mrasek fest. Sie hat zahlreiche Volks- und Bürgerbegehren initiiert. Aktuell organisiert die ÖDP München in der Landeshauptstadt das Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle! Für ein sauberes München“ (www.raus-aus-der-steinkohle.de).

Sicherheitskonferenz: MdEP Buchner fordert Signal gegen Waffenexporte

Der ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner forderte anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz Signale Deutschlands gegen den Waffenexport in Kri-



Foto: Team Klaus Buchner

senländer. Einen „Beitrag mit Vorbildcharakter“ könne hierzu auch der Münchner Bundestagsabgeordnete und CSU-Rüstungsexperte Florian Hahn leisten, so Buchner. Hahn solle sich aus der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik zurückziehen. „In diesem Gremium treffen sich Rüstungslobbyisten, Beamte des Verteidigungsministeriums und Abgeordnete. Da wird jede gebotene Distanz zwischen Parlamentariern und Lobbyisten aufgegeben. Deshalb findet man deutsche Waffen in den Krisengebieten der Welt“, kritisiert der ÖDP-Europaabgeordnete.

Buchner: „Diese Waffenexporte und die Kungelei der Politik mit den Rüstungslobbyisten müssen beendet werden. So trägt Deutschland dazu bei, dass Menschen nicht vor dem Terror aus ihren Heimatländern fliehen müssen.“

*Hintergrund zur Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik:
<https://www.dwt-sgw.de/ueber-die-dwt/praesidium/>*

Neuwahl der Kommissionen auf dem Bundeshauptausschuss am 09.07.2016

Der ÖDP-Bundeshauptausschuss findet am Samstag, den 09.07.2016, 11 Uhr, voraussichtlich in Würzburg statt. Auf dieser Sitzung werden die Bundesprogrammkommission und die Bundessatzungskommission für zwei Jahre neu gewählt. Beiden Kommissionen müssen laut Satzung mindestens 5, höchstens 11 gewählte Mitglieder angehören. Interessierte Kandidatinnen und Kandidaten sollten sich ab sofort beim ÖDP-Bundesverband melden, damit wir die Wahlen entsprechend vorbereiten können.

Kontaktieren Sie bitte: Dr. Claudius Moseler,
Tel.: (061 31) 67 98 20, politik@oedp.de

ÖDP-Europaabgeordneter Klaus Buchner feierte seinen 75. Geburtstag

ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz und Landesvorsitzender Klaus Mrasek gratulierten im Februar unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus



ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz (links) und Landesvorsitzender Klaus Mrasek (rechts) gratulierten MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner mit Ehefrau Rosemarie zum 75. Geburtstag.

Buchner mit Ehefrau Rosemarie zum 75. Geburtstag. Zahlreiche Gratulanten der ÖDP München und der ÖDP Bayern schauten vorbei.

„Prof. Buchner ist ein profilierter und sachkundiger Gegner der Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA. Im Gegensatz zu den Europaabgeordneten von CDU/CSU und SPD nutzt er sein Mandat unabhängig, frei von Konzernspenden und ohne Rücksichtspflichten gegenüber der Bundeskanzlerin, um die für Deutschland entstehenden Gefahren durch TTIP offenzulegen“, sagte der bayerische ÖDP-Vorsitzende.

Kontakt: ÖDP-Bayern, Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de

ÖDP Rheinland-Pfalz

Landtagswahl bringt kleinen Stimmengewinn

Die ÖDP in Rheinland-Pfalz konnte am 13.03.2016 ihr Wahlergebnis der letzten Landtagswahl von 0,4 % der Stimmen halten. Wir konnten einen kleinen Stimmengewinn verbuchen und dies trotz schwieriger Umstände in der gesamten politischen Großwetterlage (merkelsche Flüchtlingspolitik). Berausend ist dieses Ergebnis sicherlich nicht. Positiver Nebeneffekt: Wir konnten wertvolle Erfahrungen sammeln, neue Mitglieder gewinnen und die Partei bekannter machen.

2011 hatte die ÖDP 6.997 Stimmen (0,37 %) im Land, 2016 sind es immerhin 8.614 Stimmen (0,40 %) bei den Landesstimmen (Zweitstimmen). Prozentual ein Plus von 8,5 %. Die höhere Wahlbeteiligung bescherte der ÖDP also auch ein Mehr an absoluten Stimmen. Bei den Wahlkreisstimmen (Erststimmen) konnten wir uns von 4.706 auf 7.763 Stimmen verbessern. Leider konnten nur 10 Wahlkreiskandidaten nominiert werden (2011: 8). Hier holten wir die nachfolgenden Ergebnisse:

Ergebnisse der Wahlkreiskandidaten:

Bad Neuenahr-Ahrweiler:	3,7 % (Klara-Luisa Nett)
Bingen:	3,0 % (Annette Rößler)
Mainz II:	2,4 % (Dr. Claudius Moseler)
Mainz I:	1,9 % (D. Wolf-Rammensee)
Bernkastel-Kues:	1,5 % (Johannes Schneider)
Ingelheim:	1,5 % (Walter Konrad)
Alzey:	1,2 % (Stephan Krell)
Vulkaneifel:	1,1 % (Michael Kneißl)
Mutterstadt:	1,0 % (Elisa Uhl)
Wittlich:	1,0 % (Erik Hofmann)

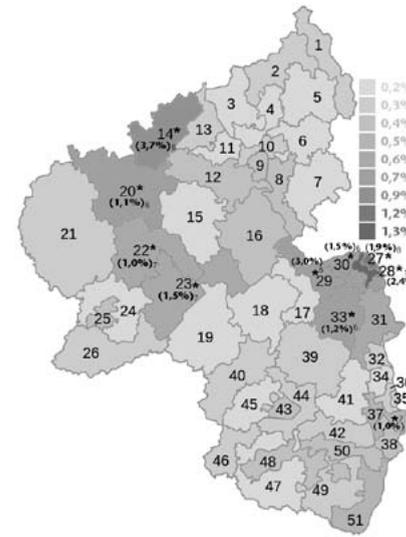
Wir gratulieren unseren Wahlkreiskandidaten sehr herzlich zu ihren Ergebnissen, die sehr deutlich über den Landesstimmenergebnissen lagen. Teilweise gab es im persönlichen Umfeld auch sehr gute Spitzenergebnisse. Diese Ergebnisse sind eine gute Grundlage für zukünftige Wahlen, v.a. für die Europa- und Kommunalwahlen,



(V.l.n.r.) Dagmar Wolf-Rammensee, Walter Konrad, Dr. Claudius Moseler im Landtagswahlkampf

die 2019 stattfinden. Sie zeigen aber auch, dass mit mehr Wahlkreiskandidaten auch mehr Landesstimmen zu holen wären. Damit dieses Ziel in drei bzw. fünf Jahren erfolgreich in Angriff genommen werden kann, ist der Strukturtaufbau wieder stärker in den Fokus zu nehmen.

Wir haben im Rahmen des Wahlkampfes verschiedene Medien und Werbeformate neu eingesetzt, von der klassischen Wahlzeitung als Beilagenwerbung und in Direktverteilung bis hin zur Facebook-Werbung. Der



Erfolg dieser Mittel wird in den nächsten Wochen ausgewertet. Bei Redaktionsschluss (wenige Tage nach der Wahl) hatte der ÖDP-Landesvorstand Rheinland-Pfalz das Ergebnis noch nicht abschließend beraten.

Kontakt: ÖDP-Landesverband Rheinland-Pfalz
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98-20, Fax: (0 61 31) 67 98-15
buero@oedp-rlp.de

Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

ÖDP mit neuem Landesvorstand

Am 31. Oktober 2015 fand in Berlin ein außerordentlicher Landesparteitag des Landesverbandes Brandenburg statt mit dem Ziel, nach mehrjähriger Inaktivität wieder einen Landesvorstand zu wählen, der den Landesverband in die Bundestagswahl 2017 führen soll.

Den LPT führte Manfred Link vom Bundesvorstand mithilfe der Berliner Landesvorstandsmitglieder Larissa Dloczik und Manfred Tessin durch.



V.l.n.r.: Jörg-Rainer Collin, Marion Herrmann, Manfred Link, es fehlt Stephan Matthes.

Es konnten die drei wesentlichen Vorstandsämter besetzt werden. Die Mitglieder wählten – jeweils einstimmig – Jörg-Rainer Collin aus Brandenburg a. d. Havel zum Vorsitzenden, Stephan Matthes aus Potsdam zum Stellv. Vorsitzenden und Marion Herrmann aus Bernau zur Landesschatzmeisterin. Als Kassenprüfer fungieren Dietrich von Buch aus Wilmersdorf bei Angermünde und Achim Hippel aus Grünheide.

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern hatte aufgrund des Wegzugs seines Vorsitzenden seit geraumer Zeit keinen funktionsfähigen Vorstand mehr. Deshalb wurden die Mitglieder zu einem Landesparteitag am 12. März 2016 nach Waren (Müritz) eingeladen, um u. a. einen neuen Landesvorstand zu wählen.



V.l.n.r.: Lothar Podewilt, Siggie Hess, Klaus Wagner, Michael Andres, Manfred Link, es fehlt Peter Schädel.

Als Versammlungsleiter war wiederum Manfred Link vom Bundesvorstand angereist, verstärkt durch Manfred Tessin vom Landesvorstand Berlin.

Auch bei dieser Veranstaltung gelang es, einen neuen Landesvorstand zu bestimmen. Die Mitglieder entschieden sich – jeweils einstimmig – für Klaus Wagner als Vorsitzenden, für Peter Schädel als Stellv. Vorsitzenden sowie Ingulf-Michael Andres als Landesschatzmeister. Siegfried Hess und Lothar Podewilt wurden zu Kassenprüfern gewählt.

Dieser neue Vorstand soll ebenso den LV Mecklenburg-Vorpommern in die Bundestagswahl 2017 führen. Die Mitglieder stimmten auch mehrheitlich dafür, im Herbst 2016 noch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern anzutreten.

Den neuen Vorstandsteams in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wünschen wir viel Erfolg.

Kontakt: ÖDP Mecklenburg-Vorpommern,
Goethestr. 43, 17192 Waren (Müritz)
Tel.: (0 39 91) 16 71 31, info@oedp-mv.de

50. Bundesparteitag mit intensiven Programmdebatten

Auf dem 50. Bundesparteitag der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) haben sich am 9. und 10. April rund 230 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet in Würzburg versammelt. Der Parteitag war geprägt von intensiven Diskussionen zur Neufassung des Bundespolitischen Programms mit Blick auf die Bundestagswahl 2017.



Prof. Dr. Klaus Buchner bei seiner Rede

In ihren Berichten bekräftigten die Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz, ihr 1. Stellvertreter Volker Behrendt, Generalsekretär Dr. Claudius Moseler und der Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner die Notwendigkeit einer starken ÖDP.

ÖDP-Bundesvorsitzende Schimmer-Göresz charakterisierte ihre Partei als „nichts für Feiglinge oder Kurzstreckenläufer“. Sie wolle die ÖDP als Gemein-



Der neu gewählte Beisitzer in Bundesvorstand, Benjamin Jäger aus Nordrhein-Westfalen

Reden und Statements zum
50. Bundesparteitag demnächst auf
www.youtube.com/oedptv

wohl-Partei im Parteispektrum der Bundesrepublik etablieren. Eine Strukturreform der Partei soll diesen Plan begleiten. Generalsekretär Dr. Claudius Moseler ging in seinem Statement auf die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ein und machte in Bezug auf das Ergebnis der AfD deutlich: „Eine Ellenbogenpolitik mit neuen Feindbildern wird keine Lösungen bringen.“ Der Abgeordnete der ÖDP im Europäischen Parlament, Prof. Klaus Buchner, dankte dem amtierenden Bundesvorstand für seine Arbeit. Buchner kritisierte scharf die Haltung der Bundesregierung und der Europäischen Kommission zum geplanten Freihandelsabkommen CETA zwischen Kanada und der EU.

Bei der Nachwahl des Bundesschatzmeisters bestätigten die Delegierten den bisher kommissarischen Bundesschatzmeister Christoph Raabs im Amt. Auf den frei gewordenen Posten des Beisitzers rückte Benja-



Offiziell nun Bundesschatzmeister: Christoph Raabs aus Bayern

min Jäger in den Bundesvorstand nach. Der Bochumer ist gleichzeitig Vorsitzender im Landesverband NRW und setzte sich in der Stichwahl gegen Johannes Schneider aus Rheinland-Pfalz durch.

Der Parteitag verabschiedete einen Initiativantrag gegen Geldwäsche und Steuerflucht, ausgelöst durch die Debatte um die sog. Panama-Papiere. Darin fordert die ÖDP Strafgebühren gegen Banken, die Geschäfte mit intransparenten Firmen machen und die Umsetzung der EU-Antigeldwäscherichtlinie durch die Bundesrepublik. Auch folgten die Delegierten in weiten Teilen



Kurt Rieder und Johannes Stirn bei ihrem Vortrag zum Ökologischen Grundeinkommen

einem vom Bundesvorstand eingereichten Änderungsantrag zum Thema Asyl und Flucht. Die Delegierten legten dabei den Fokus auf die Beseitigung der vielfältigen Fluchtursachen. Eine „Festung Europa“ wurde ebenso abgelehnt wie Obergrenzen. Die Dublin-Verträge sollen auf den Prüfstand. Die ÖDP bekennt sich zu einem starken Staat, der geltende Rechtsnormen einfordern und Verstöße ahnden müsse. Nur ein friedliches Zusammenleben aller könne Integration positiv gelassen.

Am 19./20.11.2016 ist der nächste Bundesparteitag der ÖDP in Bonn. Dort will die Partei das bundespolitische Programm vollständig überarbeitet haben.

Alle Informationen zum Parteitag finden Sie unter <http://tinyurl.com/ze9xysn>.

Der Bundesparteitag hat einen neuen **Bundesarbeitskreis „Humanökologisches Grundeinkommen“** (BAK höGE) ins Leben gerufen. Wer Interesse an der Mitarbeit hat, wende sich bitte an: info@oedp.de oder unter Tel. (09 31) 404 86 0

Für Europa begeistern



Workshop

für junge ÖDP-Mitglieder in Berlin

Bist du unter 35 Jahre alt und interessierst dich für die EU und europäische Politik?

Bist du begeistert von einem demokratischen Europa unterschiedlicher Völker?

Der ÖDP-Bundesverband bietet allen Interessierten am 09./10.09.2016 in Berlin einen Workshop zum Thema Europapolitik an. Ziel ist es, sich auszutauschen, zu vernetzen und für Europapolitik auch mit Hinblick auf die nächste Europawahl zu begeistern. Die Entscheidungswege in den EU-Institutionen und bei den Abgeordneten sollen dabei genauso behandelt werden wie die professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Fahrt-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden vom Bundesverband bezuschusst.

Interesse? Dann melde dich bei pablo.ziller@oedp.de
Anmeldeschluss ist der 31. Juli 2016.

Im Hungerstreik gegen die mediale Missachtung

Siegfried Scharpf wohnt in Ravensburg und ist Gründungsmitglied der ÖDP. Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg wurde ihm die notwendige Aufmerksamkeit für seinen ÖDP-Wahlkampf von Medien und Öffentlichkeit versagt. So trat der Bezirksschornsteinfeger in den politischen Hungerstreik. Seine einzige Nahrung: Wasser, Kaffee und Zigaretten.

von Pablo Ziller

ÖkologiePolitik: Lieber Herr Scharpf, wie geht es Ihnen?

Siegfried Scharpf: Ich fühle mich wie neugeboren! Der Landtagswahlkampf liegt hinter mir und ich habe 17 kg nur für die ÖDP abgenommen. Jetzt brauche ich noch einen weiteren Wahlkampf – dann hab ich Idealgewicht.

Ist Ihnen das Landtagswahlergebnis auf den nüchternen Magen geschlagen oder hatten Sie vor der Bekanntgabe schon etwas gegessen?

Ach, das Wahlergebnis war doch gar nicht anders zu erwarten. Es gab in diesem Moment einfach keinen Platz für die Ideen der ÖDP. Es gab in der Mehrzahl keine überlegten Wähler. Es ging nur um Zustimmung oder Ablehnung zu einem Thema, aber es gab einfach keinen Platz für neue politische Ideen. Ich bin aber schon seit den Anfangsjahren in der ÖDP und bin daher einiges gewohnt.

Was war Ihre erste Mahlzeit nach dem wochenlangen politischen Hungerstreik?

Rote Beete mit gebratenem Schafskäse.

Lecker! Wieso sind Sie in den Hungerstreik getreten?

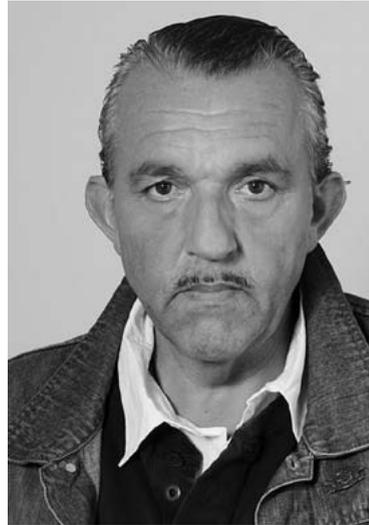
Ich hab wie in jedem Frühjahr bereits 12 Fastentage privat für mich selbst gemacht. Und danach wusste ich, jetzt kommen noch drei bis vier Wochen Wahlkampf. Dazu kam, dass uns die Presse komplett ignoriert hat, wir wurden auf keine Podiumsdiskussion eingeladen, also mit allen Mitteln verschwiegen. Da brauchte ich ein Werkzeug, um diese Ignoranz aufzubrechen. Der Hungerstreik war da mein Weg, Aufmerksamkeit zu erregen.

Was hat der Hungerstreik für Sie und für die ÖDP in Ravensburg gebracht? Die Stimmen gingen ja trotzdem zurück.

Der Hungerstreik hat mir eine große Aufmerksamkeit in der Presse gebracht. Höhepunkt war ein Fernsehbeitrag in der Abendschau. Dennoch war mir schon klar, dass ich die AfD-Wähler auch damit nicht beeindruckt würde. Der Stimmenverlust war schlicht nicht aufzuhalten.

Wie hat Ihr Umfeld reagiert (Familie, Bekannte, Wähler)?

Alle haben sehr positiv reagiert.



Siegfried Scharpf, 60 Jahre alt und Gründungsmitglied der ÖDP

Foto: privat/Siegfried Scharpf

Ich bekam aufmunternde Zuschriften aus dem ganzen Bundesland.

Wie geht es nun weiter bei der ÖDP in Ravensburg?

Ich selbst bin Fraktionsvorsitzender der ÖDP im Kreistag, mit der wir gute Erfolge erzielen, und wir sind sehr akzeptiert auch beim Landrat. Zusätzlich bin ich noch seit 1984 Stadtrat. Ich bin daher ein bekannter Kopf für regionale Themen, wobei ich mich besonders gegen Wohnungsnot und im Verkehrsbereich engagiere. Die herrschende Politik macht hier den eklatanten Fehler, auf immer mehr Auto- und Lastwagenverkehr zu setzen. Ich arbeite hier dagegen, weshalb ich auch nicht viele politische Freunde habe. Jeder wünscht sich hier eine neue (Daten-)Autobahn und glaubt, dass dann alles besser werden würde. Wir arbeiten da eher an einer Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs und fordern beispielsweise kostenlose Busverbindungen und stabile Taktungen.

Herr Scharpf, wir danken Ihnen für Ihr Engagement und für das Gespräch.

ÖDP gründet niederbayerischen Jugendverband



Landshut. Die ÖDP hat erstmals einen Bezirksverband ihres Jugendverbandes „Junge Ökologen“ (JÖ) gegründet. Die Teilnehmer der Gründungsversammlung wählten am Samstag in Landshut Lena Heilmeier aus Ergoldsbach (Landkreis Landshut) zur Bezirks-

Papsch (Passau) sowie Emilia Kirner, Robin Teichgreber und Jonas Huber von der JÖ Landshut gewählt.

ÖDP-Bezirksvorsitzender Urban Mangold, der die Gründung der niederbayerischen JÖ leitete, kündigte weitere Neugründungen der Jungen Ökologen in mehreren niederbayerischen Landkreisen an.

Die Gründungsversammlung beschloss einstimmig, die niederbayerischen Bundestagsabgeordneten mit offenen Briefen aufzufordern, für ein Ende der Waffenexporte einzutreten. Nach Ansicht der JÖ gibt es zu wenig kritische Distanz zwischen Abgeordneten und Rüstungslobbyisten. Außerdem fordern die Jungen Ökologen die sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks Isar II.

Nach Ansicht der JÖ gibt es zu wenig kritische Distanz zwischen Abgeordneten und Rüstungslobbyisten.

vorsitzenden. Stellvertretende Vorsitzende sind Sandra Beinbauer aus Büchlberg (Landkreis Passau) und Fabian Sedlmeier aus Mainburg (Landkreis Kelheim). Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden Elisabeth



Der neue Niederbayern-Vorstand der Jungen Ökologen (von rechts): Vorsitzende Lena Heilmeier, die Vorstandsmitglieder Elisabeth Papsch, Robin Teichgreber, Jonas Huber, Sandra Beinbauer, Fabian Sedlmeier, der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende Urban Mangold und Emilia Kirner

Foto: Junge Ökologen

Fernsehbeitrag über Siegfried Scharpf: <http://tinyurl.com/hc8g27f>



Bundesvorsitzende besucht BAK Christen & Ökologie

Eine bessere gegenseitige „Befruchtung“ sei das Ziel der Zusammenarbeit von Bundesvorstand und den Bundesarbeitskreisen, führte die ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz bei ihrem Besuch des Bundesarbeitskreises Christen und Ökologie aus. Dieser traf sich vom 29. bis 31. Januar im Begegnungs-

zentrum Friedberg-Ottmaring bei Augsburg zu seiner ersten Mitgliederversammlung dieses Jahres.

Weitere Themen dieses Gedankenaustauschs waren die eventuelle Teilnahme des Bundesarbeitskreises am Kongress Christlicher Führungskräfte, die Einbindung der Andachten bei den Bundesparteitagen und das Verfahren bei der Veröffentlichung von Pressemitteilungen des Bundesarbeitskreises. Ferner ging es um Info-Stände beim diesjährigen 100. Katholikentag in Leipzig und

Der inhaltliche Schwerpunkt des Treffens war die Flüchtlingskrise.

um die Frage, ob der Bundesarbeitskreis beim Evangelischen Kirchentag 2017 zusätzlich zum traditionellen Info-Stand auch eine eigene Veranstaltung mit einem profilierten Referenten anbieten könne.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Treffens war die Flüchtlingskrise, über deren Ursachen und grundsätzlichen Lösungen das Vorstandsmitglied Dieter Nießner ein Referat hielt.

An allen drei Tagen war die Teilnahme an der Zentrumsmesse des Begegnungszentrums möglich. Statt des sonst üblichen Spaziergangs fand eine Besichtigung der nahe gelegenen Wallfahrt Herrgottsruh in Friedberg und der Kirche St. Georg in Friedberg-Rettenberg statt. Die nächste Mitgliederversammlung ist vom 28. bis 30. Oktober 2016 im Kloster Kirchberg (Berneuchener Haus) in Sulz am Neckar. Interessierte melden sich bitte beim Vorsitzenden Dirk Uehlein (dirk.uehlein@web.de). (ag)



Einige Teilnehmende in der Wallfahrtskirche Herrgottsruh in Friedberg bei Augsburg

Ausbildung absolviert und fest im Team integriert

Am 16. Februar 2016 hat Katharina Möhrke ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation in der Bundesgeschäftsstelle der ÖDP in Würzburg erfolgreich abgeschlossen. Die Ausbildung wurde auf zweieinhalb Jahre verkürzt und auch durch die Spendenbereitschaft unserer Mitglieder ermöglicht. Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz gratulierte der jüngsten Mitarbeiterin der ÖDP und übernahm sie zugleich in ihr Arbeiterteam. Nun wird Katharina Möhrke als Assistentin der kaufmännischen Geschäftsführerin, Doris Hüben, fest angestellt. (pz)



Die Bundesvorsitzende (l.) freut sich über ihr den erfolgreichen Ausbildungsabschluss von Katharina Möhrke.

Beitrittsantrag

... für eine Politik mit Zukunft!

ödp

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der **Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)** und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich beantrage eine
 sofortige reguläre Mitgliedschaft.
 Schnuppermitgliedschaft.

Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

X
Telefon

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsstag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaft(en):

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

X
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Daten der Familienmitglieder gesondert auflisten und mitschicken)
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat laut § 2.2 der Finanzordnung der ÖDP.
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich/Wir ermächtige(n) die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

jährliche halbjährliche Abbuchung

Hinweis: Ich/Wir kann/können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

X
Kontoinhaber(in)

X
BIC

X
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für die Ziele der ÖDP einzusetzen, wie sie im Grundsatzzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien und der Organisation Scientology.

Ich möchte *nicht* automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie gemäß § 4 Bundesdatenschutzgesetz Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Die Ökologisch-Demokratische Partei verarbeitet und speichert die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person ausschließlich für interne Zwecke der Partei und unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei findet nicht statt.

Bitte senden Sie diesen Antrag an:
 ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
 Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29 | info@oedp.de

X
Datum, Unterschrift

Mit über 50 nochmal Eltern

Die Kinder sind schon länger aus dem Haus, doch nun wird Deutschland von Hilfesuchenden geradezu „überrieselt“. Was kann der Einzelne da tun? Familie Schauerte lässt sich nicht unterkriegen und bietet zwei minderjährigen Schutzsuchenden ein neues Zuhause. Ein Kurzbericht.

von Martin Schauerte

Letztes Jahr rief uns eine Freundin vom Jugendamt an und fragte an, ob wir uns vorstellen könnten, für zwei minderjährige Flüchtlinge als Pflegeeltern da zu sein. Nach einem Informationsabend stand unser Entschluss fest: Ja, wir würden nochmal Eltern. Bald kam der Tag, an dem wir die Jungen abholen sollten. Da saßen nun Mahmud, 16 Jahre alt, und sein Bruder Mohammad, 14 Jahre alt. Mahmud beantwortete die Fragen über den Dolmetscher sehr offen. Er erzählte von der Ermordung seines Vaters und seiner älteren Schwester durch die Taliban und auch von seiner eigenen Entführung auf dem Weg zur Schule und der anschließenden Folter. Eine Mitarbeiterin fragte danach, ob das Schicksal der Jungen uns verunsichert hätte, die Rolle der Pflegeeltern zu übernehmen. Wir antworteten ihr, das Gegenteil wäre der Fall, das Schicksal der Jungen

hätte uns umso mehr bestärkt, ihnen ein schönes Zuhause zu bieten.

Das Zusammenleben mit den Jungen verlief problemlos. Mahmud spricht glücklicherweise etwas Englisch, sodass wir uns ganz gut miteinander verständigen können. Aber mein Englisch ist nichts gegen das

Er erzählte von der Ermordung seines Vaters und seiner älteren Schwester durch die Taliban.

perfekte Denglisch, das Martina mit den Jungen spricht! Allerdings gingen die Jungen nicht alleine aus dem Haus, zu groß war die Angst ohne Sprachkenntnisse vor all den fremden Menschen. Mahmud erzählte in den nächsten Tagen noch von der Flucht in den Iran, von der gefährlichen Arbeit auf dem Bau, bei der er weiteres Geld für die Flucht und für die Schule von Mohammad verdiente. Und auch über seine Mutter und die beiden kleineren Geschwister, die in Afghanistan zurückgeblieben sind und zu denen der telefonische Kontakt abgebrochen ist. Die Ungewissheit, wie es ihrer Familie geht, hat auch uns erschüttert.

Nach sieben Wochen gingen die Jungen endlich zur Schule, früher hatten wir keinen Platz bekommen. Erschwerend kam hinzu, dass Mahmud nur zwei Jahre und Mohammad auch nur drei Jahre in Afghanistan zur Schule gegangen sind. Sie haben jetzt morgens in ei-

ner internationalen Klasse Deutsch, Englisch und Mathematik und Mohammad kann nachmittags noch in einer regulären deutschen Klasse den Unterricht verfolgen.

Wichtig ist, dass sie jetzt einen geregelten Tagesablauf haben. Martina hat mit den Jungs jeden Tag Deutsch gelernt, aber das kann eine Schule, auch mit ihren Sozialkontakten, nicht ersetzen. Die beiden sind sehr sportlich, Mohammad spielt Fußball, beide laufen gerne und Mahmud hat den dicken Pflegevater dazu gebracht, mit ihm in einen Fitnessclub zu gehen.

Es ist ein sehr harmonisches Zusammenleben. Von vornherein haben die beiden uns mit Vater und

Mutter angesprochen, was wir nie von ihnen gefordert hätten. Mahmud hilft Martina sehr viel in der Küche, kocht auch gerne mal selbst und es wird viel gescherzt und gelacht. Und für uns ist es immer wieder eine Freude zu sehen, wie die beiden ihre verlorene Kindheit zurückgewinnen. Und wenn sie dann noch dem Dolmetscher sagen, sie würden uns lieben, dann geht uns das Herz auf. Martina sagte, es war die beste Entscheidung, die wir je getroffen haben. ■

Martin Schauerte, Jahrgang 1962, ist Elektrotechniker und arbeitet als IT-Servicemanager bei einer Versicherung. In die ÖDP trat er 2010 ein und ist seit 2014 Stellv. Landesvorsitzender in NRW und seit Oktober 2015 auch Kreisvorsitzender in Köln.



Schmerzensgeld für PV-Anlage in Kinderheim Südafrikas

Die Großaitinger ÖDP-Kreisrätin Gabi Olbrich-Krakowitz, urde im Jahr 2007 während eines Sprachurlaubs in Südafrika als Fußgängerin von einem Motorrad erfasst und schwer verletzt. Es begann ein jahrelanger, aufreibender Rechtsstreit gegen den südafrikanischen Road Accident Fund (staatlicher Entschädigungstopf für Verkehrsunfälle), bei dem ihr im Mai 2014 vom Gericht Schmerzensgeld zugesprochen wurde.



Gabi Olbrich-Krakowitz

Schon beim ersten Aufenthalt in Südafrika war der ÖDP-Politikerin aufgefallen, dass es fast keine PV-Anlagen gibt. Deshalb stand für Olbrich-Krakowitz von Anfang an fest, dass sie mit dem Schmerzensgeld einen Beitrag zur Energiewende in Südafrika leisten will. Nach eingehender Recherche fand sie ein Kinderheim mit einem geeigneten Dach und auch eine Solarfirma, die eine fachlich fundierte Montage leisten konnte. Da zudem die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) das Projekt mit 8.000 Euro unterstützten, erhielt ein Kinderheim in Durban eine 7,5-kWp-PV-Anlage, die umgerechnet 21.000 Euro gekostet hat. Die konsequente und streitbare Atomkraftgegnerin, die selbst bereits seit 1991 eine ei-



Foto: Gabi Olbrich-Krakowitz

gene PV-Anlage betreibt, möchte mit dieser Spende ein Zeichen setzen. In Südafrika ist Strom knapp und die Sonne scheint kräftig. Trotzdem sollen bis zu 8 Atomkraftwerke gebaut werden. Dabei wäre nach Ansicht von Gabi Olbrich-Krakowitz dort mit Sonnenenergie viel möglich. Es würde die Versorgung verbessern und zudem dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen.

Bei der offiziellen Übergabe der Anlage hat Olbrich-Krakowitz die Gelegenheit genutzt, den älteren Kindern den Dokumentarfilm „Yellow Cake – the dirt behind Uranium“ zu zeigen und mit ihnen über die Folgen der Atomenergie zu sprechen. Zudem hat sie sich in Kapstadt, Durban und Johannesburg mit örtlichen Vertretern von Greenpeace getroffen und jeweils einen Dokumentarfilm übergeben, mit dem die Gruppen nun in öffentlichen Filmvorführungen die Bevölkerung informieren werden.

Die Aktion der ÖDP-Kreisrätin aus dem Landkreis Augsburg veranlasste die Augsburger Allgemeine Zeitung zu einem Interview und einer ausführlichen Berichterstattung. Auf die Frage, woher sie ihre Zähigkeit habe, den Prozess durchzustehen und noch ein Projekt zu starten, antwortete Gabi Olbrich-Krakowitz mit einem Lächeln: „Ich bin 25 Jahre in der ÖDP, da lernt man das.“ (pz)

Ökodorf sucht UnterstützerInnen

Für das Bauprojekt „Ökodorf Blankensee MV“ werden Mitarbeiter/Projektpartner und Siedler sowie finanzielle Förderer gesucht. Menschen mit Idealen, Engagement und Verantwortungsbewusstsein sollen das Dorf, in dem gelebt und gearbeitet wird, gründen, aufbauen und beleben. Ein Muster wird etabliert: ein Leben in Eigenverantwortung, frei von Zwängen und Konsumabhängigkeit, gemeinschaftlich und gemeinsam mit allen Generationen, global vernetzt und lokal-regional versorgt.

<http://wohnportal-berlin.de/idee/ausnatur-mitnatur-zurnatur>
ulrich.senoner@gmail.com, Tel.: (0 15 75) 662 77 35

Die Stiftung für Ökologie und Demokratie lädt ein:

23./24. September 2016

„Die Anfänge der ökologischen Bewegung in Deutschland und was ist aus ihr geworden?“

Frankenakademie, Lichtenfels

11./12. November 2016

Rhetorikseminar:

„Wie bringe ich meine Botschaft besser rüber?“

in der PfalzAkademie, Lambrecht/Pfalz

Infos unter: www.stiftung-oekologie-u-demokratie.de
oder Tel.: (0 72 72) 36 48



Zusammengestellt von Pablo Ziller



Asyl ist ein Akt der Menschlichkeit

(14.04.2016) „Eine wirkungsvolle Flüchtlingspolitik muss an der Wurzel ansetzen, also zur Beseitigung der vielfältigen und historisch differenziert zu sehenden Fluchtgründe beitragen“, so Dr. Hermann Schweiger, Mitglied im Bundesvorstand der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Der praktizierende Allgemeinarzt zeigt sich sehr zufrieden mit dem Diskussionsverlauf und der Abstimmung zum Themenbereich.

Antrieb für die Diskussion seiner Partei seien eine länder- und generationenübergreifende Gerechtigkeit sowie das Prinzip des Gemeinwohls und damit das gute Leben für alle Menschen gewesen, so Dr. Schweiger. Wer Fluchtbewegungen begrenzen wolle, komme nicht umhin, Politik, vor allem Wirtschafts-, Finanz-, Klima-, Umweltpolitik und Friedenspolitik glaubwürdig und konsequent neu zu denken sowie konkrete Entscheidungen zu treffen. Speziell die Bedingungen für die Teilnahme am Weltmarkt müssten grundlegend „fairändert“ werden, ansonsten sei das Gerede um die Bekämpfung der Fluchtursachen nicht glaubwürdig. Das bedeute konkret: „Existenzsichernde Löhne gesetzlich garantieren, Arbeitsschutzvorschriften der UN-Arbeitsorganisation beachten und die Gesetze zum Schutz der Lebensgrundlagen, wie Wasser, Bo-



Dr. Hermann Schweiger

Foto: Bundespressestelle

den, Klima und Artenvielfalt weiter verbessern“, so Dr. Schweiger. Wer hier Verantwortung ernst nehmen wolle, müsse sich zwangsläufig dafür einsetzen, Freihandelsabkommen in Fairhandelsabkommen umzuwandeln. Private Schiedsgerichte oder auch einen sog. Internationalen Handelsgerichtshof zum einseitigen Schutz von Investoren lehnt die ÖDP kategorisch ab.

Die Delegierten des ÖDP-Parteitag forderten, das Asylrecht menschenwürdig zu gestalten, und zwar europa- bzw. weltweit. In allen europäischen Staaten müssen geflüchtete Menschen nach Menschenrechts-Standards aufgenommen und behandelt werden, nur so sei die europäische Idee glaubwürdig und vertretbar. Das ÖDP-Konzept enthält eine Vielzahl von Forderungen, um sich diesem Ziel anzunähern.

Auch eine gelingende Integration zum Wohle aller ist der ÖDP wichtig. Dies sei leistbar, wenn Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und von möglichst allen mitgetragen werde. Dabei müsse streng darauf geachtet werden, dass es zu keiner Bevorzugung von Migranten gegenüber der einheimischen Bevölkerung komme. Die ÖDP bekennt sich zu einem starken, finanziell und personell gut ausgestatteten Staat. Dieser müsse darauf achten, dass gelten-

de Rechtsnormen eingehalten und Verstöße geahndet werden. Nur ein friedliches Zusammenleben aller könne Integration positiv gelingen lassen.

Die ÖDP erteilt einer „Festung Europa“ eine klare Absage, fordert mehr finanzielle Unterstützung der internationalen Flüchtlingshilfswerke und will die Dublin-Verträge auf den Prüfstand stellen. Obergrenzen für Geflüchtete erachtet die Partei als äußerst problematisch. An die Stelle der „Drittstaatenregelung“ soll die Verantwortung der EU-Mitgliedsländer treten. Maßstab der Verteilung oder eines finanziellen Ausgleichs soll die Einwohnerzahl der einzelnen Länder sowie ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sein. „Wir können die ängstlichen Behauptungen von Alternativlosigkeit durch positive, gerechte und für alle hilfreiche Alternativen überwinden“, schließt Dr. Hermann Schweiger ab.

ÖDP-Bundesvorsitzende verlangt Rücktritt Gabriels

(29.03.2016) Mit der Absicht, das CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada vorläufig ohne Zustimmung des Bundestages in Kraft zu setzen, krönt nach Auffassung der Bundesvorsitzenden der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Gabriela Schimmer-Göresz, Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) seine bisherige Rolle eines politischen Wendehalses. Die ÖDP-Vorsitzende verlangt daher

den Rücktritt des Wirtschaftsministers.

„Mag ja sein, dass sich Gabriel von reichen und hysterischen Deutschen, wie er sie nennt, seine Wirtschaftspolitik nicht kritisieren lassen will. Wir jedenfalls dulden



Grafik: Bundespressestelle

nicht, dass ein wortbrüchiger Vizekanzler unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit Füßen tritt, ökologische Zusammenhänge ignoriert und dies alles auf dem Altar des Profits opfert. „Ich fordere deshalb den Rücktritt des Wirtschaftsministers Gabriels!“, so Schimmer-Göresz. Auch rief sie die Mitglieder des Deutschen Bundestages dazu auf, sich eine derartige Entmachtung des Parlaments nicht bieten zu lassen.

„Wer nach monatelangem millionenfachem Bürgerprotest, fehlender Transparenz, bleibenden Risiken durch die Regulatorische Kooperation und der weiteren Bevorzugung globaler multinationaler Unternehmen durch eine Parallelgerichtsbarkeit namens ‚Internationaler Handelsgerichtshof‘ meint, eine ‚übliche Praxis‘ anwenden zu können, indem er den Bundestag aus der Verantwortung entlässt“, der habe, so Schimmer-Göresz, die demokratischen Grundregeln nicht verstanden. Gabriel sei nicht nur für die gesamte sozialdemokratische Partei (SPD) nicht mehr tragbar, sondern habe auch als Wirtschaftsminister ausgedient.

ÖDP zu den Ergebnissen der Landtagswahlen

(13.03.2016) Stuttgart/Mainz. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg hat die ÖDP 0,7% (2011: 0,9%) und in Rheinland-Pfalz 0,4% (2011: 0,4%) der Stim-

wie vor und jetzt noch drängender auf der Agenda: Sozialabbau und gesellschaftliche Spaltung mit all ihren negativen Auswirkungen brauchen einen glaubwürdigen politischen Partner. „Eine Ellenbogenpolitik mit neuen Feindbildern

wird keine Lösungen bringen. Was die Gesellschaft braucht, ist eine Politik, die offen auf alle Menschen zugeht, ihre Sorgen und Ängste aufgreift und ehrlich alle Probleme auf den Tisch legt und sich auch vor unbequemen Wahrheiten nicht scheut. Die großen Volksparteien haben die Brisanz und das Protestpotenzial nicht erkannt und jetzt die Quit-

tung erhalten“, so ÖDP-Generalsekretär Claudius Moseler. Die Wählerinnen und Wähler haben ihren teils berechtigten, überwiegend aber diffusen Protest ausgedrückt, in der Sache selbst hingegen nichts bewegt. Statt blindem Protest mit ungewissem Ausgang müssen Ökologie und Demokratie in Zukunft stärker unterstützt werden. „Wir brauchen eine Weichenstellung hin zu einer am Gemeinwohl aller orientierten Politik“, betont der ÖDP-Generalsekretär.

Die ÖDP bedankt sich bei all den Frauen und Männern, die den Mut aufgebracht haben, ihre Stimme für mehr Demokratie, mehr Ökologie und mehr soziale Gerechtigkeit und damit letztlich für ein friedvolles und gedeihliches Zusammenleben zu geben. „Wir danken allen ÖDP-Aktiven in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für den engagierten Wahlkampf.“



Dr. Claudius Moseler

Foto: Bundespressestelle

Zum Artikel „Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen verletzt Frauen- und Patientenrechte“, ÖP 169

Wellnessgutscheine kompensieren nicht fehlenden Nachwuchs

Als Hausgeburtshebamme begleite ich rund 70 Hausgeburten pro Jahr und erlebe dabei die krasse Situation von 100%iger Zustimmung für meine Arbeit, zahlreichen unterstützenden Leserbriefen, Motherhood-Aktionen und dem Überschütten mit Wellnessgutscheinen, um meine Arbeitskraft noch über Jahrzehnte zu erhalten. Warum nur, frage ich mich, wählen so viele Hebammen selbst die Hausgeburt als Geburtsort für ihre Kinder, fühlen sich aber selten berufen, selbst welche zu begleiten? Es gibt keinen Nachwuchs. Das ist das eigentliche Dilemma der ganzen Krise. Keinen Nachwuchs für das Herzstück des Hebammenberufs, der häuslichen Versorgung der Familien von Anfang der Schwangerschaft über die Geburt dort bis hin zum Ende der Stillzeit.

Die meisten Hebammen arbeiten – sofern freiberuflich – in Teilzeit. Damit ist eine umfassende Begleitung von Familien mit wenigen Hebammen nicht zu leisten. Alles ist zerhackt, die eine macht Vorsorge, die andere den Geburtsvorbereitungskurs, zur Geburt geht es in die Klinik und zum Wochenbett ist hoffentlich auch noch irgendeine Hebamme greifbar. Wie soll so Bindung und Einfühlung entwickelt werden, wenn Leben in Teilzeitberufstätigkeit der Hebamme nur von 8 Uhr bis 12 Uhr gequetscht werden muss?

Das sei der Zeitgeist, höre ich oft, und ich würde eben noch als eine der wenigen Hausgeburtshebammen dagegen arbeiten. Heutzutage, im Zeitalter der Arztzentren und Geburtshäuser mit festen Arbeitszeiten sei eben kaum noch jemand bereit, sich auf andere Lebensformen und unwägbar Arbeitszeiten einzulassen. Auf den Bauernhöfen werden Tiere geplant besamt, um mit den Geburten nicht den Urlaub der Familie zu gefährden. Warum sollte es da bei uns Menschen anders sein? Im August ein Kind im Süden Deutschlands zu bekommen bedeutet, sehr schwer eine Hebamme zu finden, denn die wenigen brauchen auch einmal Urlaub. Die Krankenkassen melden dagegen, dass es noch nie so viele freiberufliche Hebammen gab. Doch wo stecken sie? Ein paar mögen Statistikleichen sein, viele davon decken jedoch inzwischen Bereiche ab, die sehr fragwürdig sind. Kurse wie Wellness und Bewegung in der Schwangerschaft oder Klangschalenmassagen von

Hebammen mögen angenehm sein, die Geburtshilfe ist trotzdem der Beruf, der das Herzstück der Hebammen bildet und eben kaum noch frei, das heißt außerhalb von Kliniken, ausgeübt wird. Doch wie damit umgehen? Hebammen zwingen, in der Geburtshilfe zu arbeiten? Wohl kaum. Das könnte schadensträchtig werden. Die Hebammen in Zusatzausbildungen stecken, um sicherer in ihrem Kernberuf zu werden? Nein, Druck ist immer ein schlechtes Mittel. Warum also flüchten sich Hebammen in Bereiche, in denen sie keine Verantwortung mehr übernehmen? In denen sie ihren Beruf immer mehr verwässern? In denen sie sich immer überflüssiger machen? Die hohen Versicherungsprämien mögen ein Grund dafür sein. Er ist es aber nicht nur. Durch den Sicherstellungszuschlag der Krankenkassen erhalten Hebammen mit wenigen Geburten ihre Prämie finanziert. Diese Ausrede gilt nicht mehr. Die nächsten Jahre entscheiden, ob es in Deutschland noch einen wirklich freien Hebammenstand geben wird. Dafür müssen wir Hebammen aber auch zeigen, was in uns steckt, was wir können. Mit Bling-Bling und Chi-Chi ist das nicht zu schaffen. Wohl aber mit der Erfüllung unseres Auftrages, Familien ganzheitlich zu begleiten und die große Nachfrage nach Hausgeburten zu erfüllen. Dafür muss jede Hebamme Verantwortung übernehmen und sie tragen. Also, Hebammen, zeigt was ihr drauf habt! Ich biete Ausbildungsplätze für die freiberufliche Hebamentätigkeit an. Meldet euch bei mir.

Martina Eirich, 74542 Braunsbach a. Kocher

Zum Artikel „Warum wir die einen lieben und die anderen essen“, ÖP 167

Harter Tobak

Andreas Wagner stellt eine ganze Reihe von Behauptungen und Schlussfolgerungen auf, die ich nicht nachvollziehen, geschweige denn teilen kann. Eine umfassende Antwort sprengte den Rahmen eines Leserbriefs bei Weitem. U.a. setzt er Karnismus mit Massentierhaltung, Sklaverei, Unterdrückung von Frauen oder der Homosexualität gleich. Das ist schon harter Tobak. Ich möchte mich auf einen Punkt konzentrieren: Zwar anerkennt er, dass wir von Natur aus Alles-Esser sind, aber dem logischen Schluss, dass es demzufolge auch natürlich und legitim sein muss, dass wir – wie viele andere Spezies auch – töten, um zu essen, verschließt er sich. Des Weiteren empfinde ich es als unerträgliche Anmaßung, wenn er pflanzliches Leben geringwertiger einstuft als Tierisches. Wer gibt ihm das Recht dazu? Bloß weil eine

Karotte keine süßen Knopfaugen hat, deswegen will sie trotzdem leben, deswegen ist auch in ihr Gottes Geist, der sie wachsen und reifen lässt. Pflanzen sind zwar sehr viel mehr „anders“ im Vergleich zum Menschen als Tiere, aber Andersartigkeit kann ja kein Beweis für minderwertiges Leben sein.

Die moderne Forschung entdeckt von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vieles bei Pflanzen, das sich als soziale Organisation und Gefühle interpretieren lässt. Wenn wir aber Pflanzen dann nicht mehr essen dürfen, was essen wir denn dann? Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird das Leben der Pflanzen kurzerhand gar nicht erst thematisiert bzw. als geringwertiger vorausgesetzt. Wir können keine Photosynthese betreiben, wir leben davon, dass wir andere Lebewesen töten, um selber leben zu können. Das haben wir uns nicht ausgesucht, sondern das hat uns Gott so aufs Auge gedrückt. Es ist unsere Sache, was wir draus machen. Dass kein Lebewesen unnötig gequält werden soll – einverstanden. Wie viel Fleisch wir wirklich brauchen – auch darüber können wir diskutieren. Aber für einen moralischen Zeigefinger der Vegetarier/Veganer habe ich absolut kein Verständnis.

Michael Bartl, 92280 Kastl

Zum Artikel „Ein irreführender Begriff“, ÖP 169

Schulen für Eltern

Herr Dr. Resch betont darin die Bedeutung der Bindung, dem Urvertrauen, das ein gesundes Kind braucht, und sagt: „Bildung heißt auch, die Eltern zu befähigen, ihren Kindern ein Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln, (...) weil stabile Familien am ehesten Kindern die Sicherheit vermitteln können, die sie für eine befriedigende soziale Entwicklung brauchen.“

Genau dieser Punkt fehlt mir in unserem Parteiprogramm. Geld allein hilft nicht weiter. Jeder Vater und jede Mutter möchte das Beste für ihr Kind. Aber viele wissen nicht den richtigen Weg dahin. Über Generationen – verstärkt durch die beiden Weltkriege – wurden Traumatisierungen in den Familien ungewollt an die Kinder weitergegeben. Viele kleine und größere Probleme haben hier ihre Ursache.

Das Fachwissen ist vorhanden, findet aber keine angemessene Verbreitung. Über körperliche Krankheiten werden wir in den verschiedensten Medien ständig aufgeklärt. Psychische und soziale Probleme dagegen sind – mit wenigen Ausnahmen – tabu. Wer darunter leidet,

wird stigmatisiert. Eine Aufklärung über die systemischen Zusammenhänge bleibt aus. In der Gesellschaft herrscht kollektive Verdrängung.

Es gibt zwar Angebote für Elternfortbildungen, diese erreichen jedoch meist nicht die Problemfamilien. Es müsste dafür gesorgt werden, dass „Elternschulen“ so normal sind wie die Vorsorge während der Schwangerschaft. Vielleicht sollten sie sogar verbindlich sein. Für jeden Beruf braucht man einen Befähigungsnachweis, erworben durch mehrjährige Ausbildung. Ist Haare-

Umgezogen? Neue Kontonummer?

Helfen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

Vielen Dank!

Neue Adresse:

Vorname, Name _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Neue Bankverbindung:

IBAN _____

BIC _____

Name der Bank _____

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1,
97070 Würzburg, Fax: 09 31/ 4 04 86 -29,
E-Mail: mitgliederverwaltung@oedp.de

schneiden eine anspruchsvollere Tätigkeit als die Erziehung der eigenen Kinder?

Renate Geißler, 63928 Eichenbühl

Zum Artikel „Von Politikverdrossenheit keine Spur!“, ÖP 169

Demokratie zurück in die Hände der Basis

Alle Achtung vor den 250.000 Mutigen in Berlin (eine unserer Töchter mit Mann war auch dabei). Volksabstimmung: Ja! Aber warum sofort? Erst muss alles ans Licht! Dann kommt die Debatte unter den Menschen in den europäischen Völkern und dann das Volksbegehren. Vorher müssen alle Abgeordneten zu TTIP und Ceta Ja oder Nein sagen.

Was uns in Europa existenziell betrifft, müssen die Völker (nicht die Vertreter) selbst in die Hand nehmen und den Konzernen (weltweit) aus der Hand! Es wird höchste Zeit, die Demokratie an die Basis zurückzuführen.

Wolf Hermann, 88239 Wangen im Allgäu

Zur Leserdiskussion um das Thema „Quo vadis, ÖDP?“, ÖP 168 und 169

Das „Ö“ nicht ernst genommen!

Ich verfolge die Aktivitäten der ÖDP seit mehreren Jahren, noch als Außenstehender, sozusagen auf der Suche nach einer Partei, die ich unterstützen möchte.

Wäre die ÖDP so wie ihre Zeitschrift, die ÖP, so wäre ich wohl längst Mitglied. Nicht mit allen in den Beiträ-

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Es werden jedoch nur Zuschriften veröffentlicht, die eindeutig als Leserbrief gekennzeichnet und mit Vor- und Nachnamen, der vollständigen Adresse sowie einer Telefonnummer versehen sind. In der ÖkologiePolitik abgedruckt werden nur Name, Ort und PLZ.

Leserbriefe entsprechen nicht zwingend der Auffassung der Redaktion. Anonyme Briefe, Beleidigungen sowie „Offene Briefe“ und an Dritte gerichtete Schreiben werden nicht veröffentlicht.

Und bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Wir behalten uns sinnwahrende Kürzungen vor. Ein Recht auf Veröffentlichung eines Leserbriefes besteht nicht. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Juni 2016** an:

ÖDP/ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 4985 4050, presse@oedp.de

gen vermittelten Werten kann ich mich identifizieren. Andererseits ist es utopisch, DIE perfekte Partei zu erwarten. Insbesondere der teils sehr konservative Ansatz in der Familienpolitik lässt mich zögern. Zugleich fehlt mir als Biologe das „Ö“ im Programm – ernst genommener, konsequenter Umwelt-, Natur- und Artenschutz. Erst recht zögern lässt mich jedoch der Umgang miteinander abseits der wertegeleiteten ÖP-Artikel. Gerade in einer kleinen Partei, in der persönliches Engagement viel Arbeit bei begrenztem Erfolg bedeutet und die Frustrationstoleranz sehr strapaziert wird, ist es sehr wohl verständlich, dass Richtungsdiskussionen auch mit viel Wut im Bauch geführt werden. Bei Leserreaktionen aber, in denen mit Bezug auf die „Quo vadis, ÖDP?“-Beiträge jene, die zur Zukunftsdiskussion der Partei beitragen, als „von gewissen Kreisen beauftragtes [...] Element“ bezeichnet werden, deren „Klientelpolitik für Genderisten [...] bereits anderweitig aufgefallen“ sei, gemahnt die Formulierung so sehr an lang zurückliegende geglaubtes Blockwart-Denken, dass man sich fragt, inwieweit die in den ÖP-Beiträgen vermittelten Werte wirklich in der ÖDP verwurzelt sind. Ähnliches gilt für Beiträge, die „störrisches Beharren auf der Ehe für alle“ beklagen und sich damit ebenfalls störrisch gebärden. Wobei in keiner Weise klar wird, was eigentlich an der „Ehe für alle“ so verwerflich sein und wem sie schaden soll. „Im besten Sinne konservativ“ und werterhaltend, wie es eine Leserbriefautorin ausdrückt, sollte die ÖDP in der Tat sein: Achtsamkeit, Verantwortungsbewusstsein, Großherzigkeit und – ja – Liebe zählen dazu, aber keinesfalls Engstirnigkeit und Kleingeist.

Eher mit Humor zu nehmen ist da wohl der Leserbrief von Dr. Resch, der aufgrund eines „auf fast allen Gebieten“ erfolgreicherer, vorbildhaften Südens die „Denke“ in den nördlichen Bundesländern unterlegen sieht – und die größere Resonanz auf die ÖDP im Süden somit als positives Zeichen. Man muss Norddeutschland nicht lieben, das verlangt ja niemand. Eine „Saupreißn“-Mentalität zu fördern, kann die ÖDP aber erst recht nicht voranbringen. Auch als Norddeutscher habe ich meine Werte und brauche kein Vorbild dafür. Insofern sollte ich mir das mit der ÖDP-Mitgliedschaft vielleicht doch lieber nochmal überlegen?

Christian Seebass, 49074 Osnabrück

Geht's noch (unkonkreter)?

Wer christliche Werte nicht hat, braucht sie auch nicht aufgeben – in diesem Sinne verstehe ich den Artikel von Florence von Bodisco. Für die ÖDP wäre es fatal, nur

um sich „neuen Wählerschichten“ anzubiedern. Wo sollen die denn sein? „Moderne, urbane und eher alternativ lebende Menschen“ – geht's noch unkonkreter? Bin ich unmodern, weil ich die Ehe für alle nicht als erstrebenswert erachte? Ja, dann bin ich gerne unmodern, aber was heißt eigentlich modern für eine Partei? Was heißt „urban“ und wer lebt „eher“ alternativ? Ich habe mir ein Ökofahrzeug – VCD Umweltliste – gekauft. Bin ich jetzt alternativ oder eben doch nicht, weil ich ja sowieso unmodern bin? Die allgemeinen Aussagen, „wo wir wirklich punkten können“, haben wir schon so oft gehört – sie helfen niemandem weiter, der ÖDP am allerwenigsten.

Raimund Binder, 97074 Würzburg

Ökologisch oder Österreich?

Wofür steht ÖDP? Zu meiner aktiven Zeit habe ich mich immer geärgert, wenn ich erst den unverständlichen Parteinamen erklären musste. Schon im Parteinamen sollte doch die politische Richtung aufleuchten. Wenn man erst erklären muss, dass das Ö nicht für Österreich sondern für ökologisch steht, werden Chancen vertan. Wenn es in der Ökologie letztlich um den Erhalt unseres Lebenshauses geht, müssten Parteinamen in Richtung Aktion Leben oder Aktion Zukunft gehen. Warum nicht: Aktion Zukunft-ÖDP?

Was derzeit von etablierten Parteien ausgeht, ist doch echt kurzsichtig und primär auf Besitzstandswahrung aus. Wenn in unserem „Lebenshaus“ das Verhältnis zwischen Jung und Alt unausgeglichen ist und in den Flüchtlingsbewegungen ein Missverhältnis zwischen Hunger und Übersättigung offenkundig wird, sollten wir im Hinblick auf eine friedvollere Zukunft hier entsprechende Weichen stellen.

Simon Kirschner, 85080 Gaimersheim

Freund – Feind – Parteifreund

Wenn ich lese, zu welchen Mitteln manche ÖDP-Mitglieder meinen, greifen zu *m ü s s e n/d ü r f e n*, um jemandem zu schaden, dessen Ansichten man selber nicht teilt – dann kommt mir das Zitat von Franz Josef Strauß in den Sinn: „Freund – Feind – Parteifreund“.

Wer immer, wie im Falle von Florence von Bodisco, so weit ging, kann die ersten 15 Minuten lang stolz auf diese HELDENTAT sein – und das restliche Leben lang von Glück reden, wenn niemand außerhalb der ÖDP von diesen Vorgängen erfährt!

Regina Koller, 81927 München

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Juni 2016**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (0931) 40486-0, Fax: (0931) 40486-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)

Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Florence von Bodisco, Ulrich Brehme,
Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP,
Matthias Dietrich (md), Axel Gebhardt,
Erik Hofmann, Paul Holmes,
Dr. Manfred Link, Dr. Urban Mangold,
Dr. Claudius Moseler, Gabi Olbrich-Krakowitz,
Gabriela Schimjmer-Göresz,
Hermann Striedl, Bernd Wimmer

Externe Autoren

Petra Gaidetzka, Sarah Hammerl, Dirk Morlok,
Mike Nagler, Ulrich Post

Interviewpartner

Wiebke Judith, Jan Kowalzig,
Kurt Rieder, Siegfried Scharpf

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (030) 4985 4050, presse@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im August 2016

Wirtschaft, Gemeinwohl und Demokratie

Unser Wirtschaftssystem hat die verhängnisvolle Tendenz, die Kluft zwischen Arm und Reich ständig zu vergrößern. Immer weniger Menschen besitzen immer mehr. Und Besitz bedeutet Einfluss, bedeutet Macht. Das Gemeinwohl droht dabei, auf der Strecke zu bleiben. Verhindern kann das nur eine funktionierende Demokratie, denn bei Wahlen hat jeder Bürger eine Stimme und jede Stimme zählt gleich viel. Ohne Demokratie als Korrektiv ist eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft undenkbar. Doch es gibt natürlich auch starke Kräfte, die genau das verhindern wollen und deshalb einen Abbau der Demokratie vorantreiben.

TERMINE

Sa. 07.05.2016	Vortrag „Freihandelsabkommen und ihre Auswirkungen auf Kommunen“ von Prof. Dr. Klaus Buchner, MdEP (in Augsburg)
Mo. 09.05.2016	Vortrag „Digitale Demenz?“ von Katrin Vogt (in München)
Mo. 30.05.2016	Vortrag „Krieg um Öl und Erdgas“ von Daniele Ganser (in München)
Sa. 11.06.2016	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Schwabach)
Sa. 09.07.2016	ÖDP-Bundeshauptausschuss (in Würzburg)
So. 10.07.2016	Treffen der ÖDP-Landesverbände (in Würzburg)
So. 04.09.2016	Landtagswahl in Mecklenburg-Vorp.
So. 11.09.2016	Kommunalwahlen in Niedersachsen
So. 18.09.2016	Abgeordnetenhauswahl in Berlin
Sa./So. 19.–20.11.2016	ÖDP-Bundesparteitag (in Bonn)

